62483, VR

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

CONSEIL D'ETAT
16 -11- 2017
GREFFE

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Beschäftigung zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION
16 -11- 2017
RAAD VAN STATE
WETGEVING

16

DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS ZWISCHEN DEM FÖDERALSTAAT, DER WALLONISCHEN REGION, DER FLÄMISCHEN REGION, DER REGION BRÜSSEL-HAUPTSTADT UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT IN BEZUG AUF DIE KOORDINIERUNG DER POLITIK IN SACHEN ARBEITSERLAUBNIS MIT DER POLITIK IN SACHEN AUFENTHALTSGENEHMIGUNG UND IN SACHEN NORMEN FÜR DIE BESCHÄFTIGUNG UND DEN AUFENTHALT AUSLÄNDISCHER ARBEITNEHMER

INHALTSANGABE

Durch das vorliegende Dekret soll das Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer gebilligt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Begründung 4

Allgemeine Erläuterungen 4

Kommentar zu dem einzigen Artikel 17

Vorentwurf 18

Anlage

Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer
..... 19

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung

Dieser Dekretvorentwurf bezweckt die Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Teilumsetzung der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten (im Weiteren „Richtlinie 2011/98/EU" genannt) und weiterer europäischer Richtlinien, die zugunsten von Drittstaatsangehörigen, die sich zur Ausübung besonderer Arbeit in den Mitgliedstaaten aufhalten wollen, einen besonderen Aufenthaltsstatus schaffen.

Infolge der sechsten Staatsreform überträgt Artikel 6 §1 IX. Nummern 3 und 4 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen die Zuständigkeit für folgende Angelegenheiten auf die Regionen:

„3. die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, mit Ausnahme der Normen betreffend die Arbeitserlaubnis, die im Rahmen der spezifischen Aufenthaltssituation der betreffenden Personen ausgestellt wird, und die Befreiungen von Berufskarten, die an die spezifische Aufenthaltssituation der betreffenden Personen gebunden sind. Die Feststellung der Verstöße kann ebenfalls durch die vom Föderalstaat dazu ermächtigten Beamten erfolgen.

4. die Anwendung der Normen betreffend die Arbeitserlaubnis, die im Rahmen der spezifischen Aufenthaltssituation der betreffenden Personen ausgestellt wird. Die Überwachung der Einhaltung dieser Normen fällt in die Zuständigkeit des Föderalstaats. Die Feststellung der Verstöße kann ebenfalls durch die von den Regionen dazu ermächtigten Beamten erfolgen."

Diese Zuständigkeiten wurden der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf Basis von Artikel 139 der Verfassung zum 1. Januar 2016 von der Wallonischen Region übertragen.

Der Föderalstaat bleibt zuständig für die Ausarbeitung der Normen in Bezug auf die Arbeitserlaubnis, die hinsichtlich der besonderen Aufenthaltssituation der betreffenden Personen ausgestellt wird. Kraft seiner Restzuständigkeit bleibt der Föderalstaat auch zuständig für die Angelegenheiten, die sich auf das Verwaltungsstatut von Ausländern beziehen (Einreise ins Staatsgebiet, Aufenthalt, Niederlassung und Entfernen von Ausländern).

Die Richtlinie 2011/98/EU beinhaltet folgende Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten:

- zugunsten der Drittstaatsangehörigen, die in ihrem Hoheitsgebiet arbeiten wollen, muss ein einheitliches Antragsverfahren für die Erlaubnis sich im Hoheitsgebiet aufhalten und dort arbeiten zu dürfen, eingeführt werden. Dieses Verfahren führt zur Ausstellung eines einzigen Titels, welcher belegt, dass die erforderlichen Berechtigungen für den Aufenthalt und die Arbeit gewährt wurden;
- die Aufenthaltstitel, die gemäß der europäischen Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 von den Mitgliedstaaten denjenigen Drittstaatsangehörigen ausgestellt werden, die sich für andere Zwecke als zu Beschäftigungszwecken im Hoheitsgebiet aufhalten, müssen einen Vermerk über den Zugang zum Arbeitsmarkt umfassen;

- eine Reihe von Rechten (unter anderem die Gleichbehandlung zu Staatsangehörigen des betreffenden Landes) für die Arbeitnehmer, die keine EU-Staatsangehörigen sind, und auf die sich die Richtlinie bezieht.

Der wichtigste Zweck dieser Richtlinie ist die Vereinfachung des Zulassungsverfahrens für Drittstaatsangehörige, die in den Mitgliedstaaten arbeiten wollen, sowie die Harmonisierung der Regeln, die momentan in den Mitgliedstaaten gelten. Dank einer solchen Verfahrensvereinfachung verfügen Migranten und ihre Arbeitgeber über ein effizienteres Verfahren, das es auch vereinfacht, die Rechtmäßigkeit ihres Aufenthalts und ihre Berechtigung zum Zugang zum Arbeitsmarkt zu kontrollieren.

Diese europäische Richtlinie hätte bis spätestens 25. Dezember 2013 umgesetzt werden müssen. Diese Umsetzung erfolgte nur sehr begrenzt, sodass die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat.

Da die Regionen seit der sechsten Staatsreform größtenteils für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zuständig sind, wohingegen der Föderalstaat unter anderem für den Aufenthaltsstatus ausländischer Arbeitnehmer zuständig bleibt, muss ein Verfahren erarbeitet werden, das einerseits die Zuständigkeitsverteilung beachtet und andererseits zur Ausstellung eines einzigen Dokuments führt, das beide Aspekte regelt.

Im Sinne von Artikel 92bis §3 Buchstabe c) des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen schließen der Föderalstaat und die Regionen ein Zusammenarbeitsabkommen für die Koordinierung der Politik in Sachen Gewährung der Arbeitserlaubnis und Gewährung der Aufenthaltsgenehmigung, sowie in Sachen Normen für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ab.

2. Inhalt des Zusammenarbeitsabkommens

Das Zusammenarbeitsabkommen soll eine koordinierte Anwendung der Richtlinie 2011/98/EU gewährleisten.

Es verfolgt einen doppelten Zweck: einerseits die Einführung eines einheitlichen Antragsverfahrens, das im Rahmen eines kombinierten Verwaltungsakts zur Ausstellung eines kombinierten Titels führt, der gleichzeitig den Aufenthalt und die Arbeit genehmigt („kombinierte Erlaubnis"), und der einem Drittstaatsangehörigen erlaubt, sich legal im Belgischen Staatsgebiet aufzuhalten, um dort zu arbeiten; andererseits die Ausstellung eines Aufenthaltstitels, der einen Vermerk bezüglich des Zugangs zum Arbeitsmarkt für alle Drittstaatsangehörigen, die aus anderen als aus Arbeitsgründen einreisen, und die gemäß der europäischen Verordnung (EG) Nr. 1030/2002, gemäß Artikel 7 der Richtlinie „kombinierte Erlaubnis", im Besitz eines Aufenthaltstitels sind, enthält.

Da verschiedene Teile der Richtlinie zugleich unter die Zuständigkeit der Föderal- als auch der Regionalbehörden fallen, regelt das Zusammenarbeitsabkommen die Koordination für die gemeinsame Ausübung dieser Befugnisse und die Zusammenarbeit zwischen den entsprechenden Behörden dort, wo die Zuständigkeiten in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer oder die Zuständigkeiten in Sachen Arbeitserlaubnis und Aufenthaltsgenehmigung aufeinandertreffen.

Das Abkommen sieht auch ein System des Informationsaustauschs vor zwischen den verschiedenen zuständigen Behörden, die an den Inspektionen und Kontrollmaßnahmen im Rahmen der Einhaltung der Gesetze über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer und deren Aufenthalt beteiligt sind.

Die allgemeinen Bestimmungen des Entwurfs eines Zusammenarbeitsabkommens (Kapitel I, II und III) gelten für die Zuständigkeiten in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer. Es handelt sich dabei um die Bestimmung eines territorialen Anknüpfungspunkts, um Bestimmungen über die gegenseitige Anerkennung und um Bestimmungen in Sachen Überwachung, Kontrolle und Ahndung.

Kapitel IV widmet sich den Verfahrensbestimmungen des neuen einheitlichen Verfahrens und betrifft die Teilumsetzung der Richtlinie 2011/98/EU.

Das einheitliche Verfahren führt zur Erlangung einer kombinierten Erlaubnis oder eines anderen Aufenthaltstitels zu Arbeitszwecken für einen Zeitraum von mehr als neunzig Tagen (z. B. eine Blaue Karte EU). Die Blaue Karte EU und andere Aufenthaltstitel sind besondere Varianten der kombinierten Erlaubnis. Unter diesem Nenner werden künftige Aufenthaltstitel zu Arbeitszwecken für einen Zeitraum von mehr als neunzig Tagen aufgenommen (z. B. Saisonarbeit, unternehmensinterne Transfers (ICT), ...). Für diese Anträge gilt dasselbe einheitliche Verfahren aus Kapitel IV.

Kapitel V enthält einige Querschnittsbestimmungen zum Abkommen. Einerseits bezüglich der Übermittlung der Akten zwischen den zuständigen Behörden sowie der Schaffung einer elektronischen Plattform, andererseits bezüglich der gegenseitigen Information im Falle von Abänderungen der geltenden Normen und der Regelung im Falle von Rechtsstreiten letztlich bezüglich der Verteilung der anfallenden Kosten.

Die Durchführung mancher Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens wird mittels Ausführungszusammenarbeitsabkommens gemäß Artikel 92bis §1 Absatz 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen vorgesehen.

2.1 Einheitliches Antragsverfahren

Im Rahmen dieses einheitlichen Antragsverfahrens legt das Zusammenarbeitsabkommen eine Reihe von Vorschriften fest, die für die verschiedenen zuständigen Behörden gelten, und die die Regelung des Verfahrens zur Prüfung eines Antrags auf eine kombinierte Erlaubnis bezwecken.

Jede zuständige Behörde bestimmt, für ihr jeweiliges Zuständigkeitsgebiet, mit Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen die Bedingungen für die Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis der Drittstaatsangehörigen und bestimmt die Mittel für die Kontrolle sowie die entsprechenden Sanktionen.

Die betreffenden Behörden werden unter gegenseitiger Berücksichtigung der jeweiligen Befugnisse entscheiden, ob die Aufenthaltsgenehmigung und die Arbeitserlaubnis gewährt werden.

Unter Beachtung der Regeln in Bezug auf das einheitliche Antragsverfahren, die aus der Richtlinie 2011/98/EU hervorgehen, werden folgende Angelegenheiten im Zusammenarbeitsabkommen vereinbart:

- die weiteren Regeln für das Einreichen des Antrags werden bestimmt;
- die Behörde, die befugt ist, diesen Antrag entgegenzunehmen und die kombinierte Erlaubnis auszustellen, wird benannt;
- die Verpflichtung, die relevanten Informationen in Bezug auf die Unterlagen, die für das Einreichen eines vollständigen Antrags erforderlich sind, auf Anfrage dem Drittstaatsangehörigen und seinem Arbeitgeber zu verschaffen, wird formuliert;

- die Verpflichtung, dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen, welche ergänzenden Informationen oder Unterlagen erforderlich sind, wenn die zur Untermauerung des Antrags eingereichten Informationen oder Unterlagen unvollständig sind, wird vorgesehen;
- die Folge der Tatsache, dass innerhalb der in der Richtlinie vorgesehenen Frist keine Entscheidung getroffen wurde, wird vorgesehen;
- die Rechtsmittel im Falle einer Ablehnung oder Entziehung der kombinierten Erlaubnis werden festgelegt.

2.2 Kombinierte Erlaubnis

Das Muster der kombinierten Erlaubnis, wie in der Richtlinie 2011/98/EU vorgesehen, entspricht dem Muster, das in der Verordnung (EG) 1030/2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige beschrieben wird. Es ermöglicht den Mitgliedstaaten Informationen einzufügen, die unter anderem erwähnen, ob der Betroffene berechtigt ist zu arbeiten.

Das Zusammenarbeitsabkommen sieht auch die Ausstellung eines Aufenthaltstitels mit einem Vermerk über den Zugang zum Arbeitsmarkt für alle Drittstaatsangehörigen, die aus anderen als aus Arbeitsgründen einreisen, und die im Besitz eines Aufenthaltstitels sind, der oben genannter Verordnung entspricht, vor.

2.3 Umsetzung anderer europäischer Richtlinien in Bezug auf die Wirtschaftsmigration

Genauso wie die Richtlinie 2011/98/EU bilden auch andere Richtlinien einen Teil der Maßnahmen, die von der Europäischen Union ergriffen werden, um die Einwanderung von Drittstaatsangehörigen aus wirtschaftlichen Gründen in ihr Gebiet zu vereinfachen.

Die Umsetzung dieser Richtlinien muss ebenfalls mittels eines Zusammenarbeitsabkommens verwirklicht werden, das den Zweck hat, die Politik in Sachen Gewährung von Arbeitserlaubnissen und Aufenthaltsgenehmigungen sowie die Normen in Bezug auf die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zu koordinieren.

Dabei handelt es sich unter anderem um folgende Richtlinien:
- 2009/50/EG des Rates vom 25. Mai 2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung;
- 2014/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Beschäftigung als Saisonarbeitnehmer;
- 2014/66/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen eines unternehmensinternen Transfers;
- (EU) 2016/801 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zu Forschungs- oder Studienzwecken, zur Absolvierung eines Praktikums, zur Teilnahme an einem Freiwilligendienst, Schüleraustauschprogrammen oder Bildungsvorhaben und zur Ausübung einer Au-pair-Tätigkeit.

Ziel ist es, das Verfahren für die Zulassung ausländischer Arbeitnehmer zu vereinfachen, zu erleichtern und zu harmonisieren.

Es wurde vereinbart, dass das einheitliche Antragsverfahren, wie im Zusammenarbeitsabkommen bestimmt, für die in solchen Richtlinien gemeinten Drittstaatsangehörigen an-

gewandt wird und dass Artikel 92bis §1 Absatz 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen angewandt wird. Wenn die Durchführung dieser Richtlinien es erforderlich macht oder zulässt, können entsprechende ergänzende Verfahrensregeln über ein Ausführungszusammenarbeitsabkommen, dessen Wirksamkeit nicht von einem legislativen Zustimmungsakt abhängig ist, vorgesehen werden.

3. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1

Paragraf 1 Absatz 1 wendet Artikel 16 (1) der Richtlinie 2011/98/EU an, worin bestimmt wird, dass, wenn Mitgliedstaaten, um der Richtlinie nachzukommen, Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen, sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug nehmen. Die Umsetzung, die mit diesem Zusammenarbeitsabkommen durchgeführt wird, ist partiell, da die Umsetzung auch durch andere Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die zur Zuständigkeit der verschiedenen befugten Minister gehören, verwirklicht wird.

Paragraf 1 Absatz 2 bestimmt, dass manche Vorschriften mittels Ausführungszusammenarbeitsabkommen ausgeführt werden können, in Übereinstimmung mit Artikel 92bis §1 Absatz 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen und ermächtigt die Parteien, die für dessen Durchführung erforderlichen Bestimmungen gemeinsam festzulegen.

Paragraf 2 Absatz 1 sieht die Anwendung der Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens auf die sich auf die Wirtschaftsmigration beziehenden Richtlinien, die eine Zusammenarbeit zwischen dem Föderalstaat und den Regionen erforderlich machen, vor. Die genannten Richtlinien sind jene, die die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen, die im Gebiet der Union für einen Zeitraum von mehr als 90 Tagen in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen möchten, regeln. Diese Anwendung entspricht den Rahmenbedingungen der Sechsten Staatsreform. Die Regeln des Zusammenarbeitsabkommens gelten für die Drittstaatsangehörigen, die in den Richtlinien, die zum Zweck der Harmonisierung der Zulassung ausländischer Arbeitnehmer ein einheitliches Antragsverfahren einführen, die Ausstellung einer kombinierten Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis vorschreiben oder die auf belgischer Ebene verlangen, dass das Verfahren „kombinierte Erlaubnis" angewandt wird, gemeint sind.

Paragraf 2 Absatz 2 schreibt vor, dass damit den im ersten Absatz genannten Richtlinien nachgekommen wird, besondere zusätzliche Regeln in Bezug auf ein einheitliches Antragsverfahren in den Ausführungsabkommen bestimmt werden können.

Artikel 2

Dieser Artikel bestimmt, dass die diversen Behörden bei der Ausübung ihrer entsprechenden Befugnisse die Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens einhalten.

Artikel 3

Dieser Artikel definiert bestimmte Begriffe des Zusammenarbeitsabkommens.

Artikel 4

Dieser Artikel bestimmt das letztendliche Ziel des Zusammenarbeitsabkommens. Eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen zuständigen Behörden ist bei der Ausübung der Befugnisse in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer und im Hinblick auf die Koordinierung und Harmonisierung der Verfahren in Bezug auf Aufenthalts- und Ar-

beitserlaubnisse erforderlich. Dabei wird betont, dass jede Behörde hinsichtlich ihrer eigenen Befugnisse die vollständige Entscheidungshoheit behält.

Artikel 5

Dieser Artikel legt das Ziel der Zusammenarbeit fest. Diese Ziele umfassen:

1. die Koordinierung der Verteilung der Zuständigkeiten in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zwischen dem Föderalstaat und den Regionalbehörden;
2. die territoriale Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den Regionalbehörden aufgrund der Regel der territorialen Anknüpfung;
3. die Einhaltung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung;
4. die Koordinierung eines einheitlichen Verfahrens gemäß Richtlinie 2011/98/EU.

Artikel 6

Dieser Artikel zählt einige Querschnittsmaßnahmen auf, die in Kapitel V festgelegt werden.

Artikel 7

Dieser Artikel legt einen territorialen Anknüpfungspunkt fest, um die zuständige regionale Behörde für einen Antrag auf Arbeitserlaubnis zu bezeichnen.

In Nummer 1 wird der territoriale Anknüpfungspunkt festgelegt, wenn ein Antrag auf Arbeitserlaubnis für eine Beschäftigung bei einem einzigen Arbeitgeber eingereicht wird. Der Ort, an dem der Arbeitgeber niedergelassen ist, und der Ort der effektiven Beschäftigung des ausländischen Arbeitnehmers sind hier ausschlaggebend. Es gibt drei mögliche Szenarien:

- Besitzt der Arbeitgeber oder das Unternehmen, das eine Dienstleistung in Anspruch nimmt (z. B. im Falle einer Entsendung), eine oder mehrere Niederlassungseinheiten in einer oder mehreren Regionen, ist die zuständige regionale Behörde diejenige, in der sich die Aktivitäten des ausländischen Arbeitnehmers konzentrieren. Beispielsweise ein Arbeitgeber mit Hauptsitz in Brüssel wünscht einen Arbeitgeber zu beschäftigen, der zu 70 % in einer Niederlassungseinheit in Flandern arbeiten wird und zu 30% in der Wallonischen Region. In diesem Falle ist die flämische Behörde zuständig.
- Kann der Hauptarbeitsplatz nicht eindeutig festgelegt werden, ist die Region, in der sich der Gesellschaftssitz befindet, zuständig. Beispielsweise ein Arbeitgeber mit Gesellschaftssitz in Brüssel wünscht einen Arbeitnehmer zu beschäftigen, der zu 50 % in einer Niederlassungseinheit in Flandern arbeiten wird und zu 50 % in der Wallonischen Region. In diesem Falle ist die Behörde der Region Brüssel-Hauptstadt zuständig.
- Befindet sich in Belgien weder der Gesellschaftssitz noch eine Niederlassungseinheit des Arbeitgebers oder des Unternehmens, das eine Dienstleistung in Anspruch nimmt, ist die zuständige regionale Behörde diejenige, in der der Drittstaatsangehörige seine Aktivitäten verrichten soll. Beispielsweise ein ausländischer Arbeitgeber, der einen ausländischen Arbeitnehmer auf belgischem Grundgebiet beschäftigt, ohne hier über einen Sitz zu verfügen, und ohne dass er Nutzer im Rahmen einer Entsendung ist. In diesem außergewöhnlichen Falle wird die zuständige Behörde durch den effektiven Beschäftigungsort bestimmt.

In Nummer 2 wird der territoriale Anknüpfungspunkt festgelegt für die Anträge auf Arbeitserlaubnis für unbegrenzte Dauer. In diesem Fall ist der Wohnsitz des Arbeitnehmers ausschlaggebend und die Erlaubnis ist nicht an einen spezifischen Arbeitgeber gekoppelt.

Artikel 8

Ist die regionale Behörde, bei der der Antrag eingereicht wird, nicht territorial zuständig gemäß Artikel 7, leitet sie den Antrag innerhalb von vier Werktagen der zuständigen Be-

hörde weiter. In besonderen Fällen kann diese Frist durch ein Ausführungszusammenarbeitsabkommen verlängert werden.

Artikel 9

Die Regionen sind im Zuge der sechsten Staatsreform zuständig geworden für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, mit Ausnahme der Normen in Sachen Arbeitserlaubnis in Funktion der spezifischen Aufenthaltssituation des Betroffenen (Artikel 6 §1 IX. Nummer 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen). Das bedeutet, dass die Regionen für die Ausarbeitung der Vorschriften, die Anwendung, die Kontrolle und die Ahndung in dieser Materie zuständig sind. Dieser Artikel bestimmt, dass jede Behörde den gesetzlichen Rahmen bestimmt, in dem die Kontrolle, die Überwachung und die Handhabung der eigenen Vorschriften ausgeübt werden.

Eine angemessene und effiziente administrative Zusammenarbeit der verschiedenen befugten Inspektionsdienste ist für die Einhaltung der Gesetze über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer unerlässlich.

Artikel 10

Die Kontrollbefugnis ist gemäß Artikel 6 §1 IX. Nummern 3 und 4 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen in allen Fällen eine geteilte Zuständigkeit geblieben. Jede Behörde muss die Beamten bestellen, die befugt sind, Kontrolle und Überwachung in den Angelegenheiten der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer auszuüben.

Artikel 11

Die geteilte Kontrollbefugnis beinhaltet, dass gemäß Artikel 10 bestellte regionale Beamte befugt sind, innerhalb ihres eigenen Hoheitsgebiets föderale Verstöße festzustellen. Umgekehrt sind die gemäß Artikel 10 bestellten föderalen Beamten befugt, regionale Verstöße festzustellen.

Artikel 12

Auch die Befugnis im Zusammenhang mit Wirtschaftsmigration zu sanktionieren, wurde teilweise regionalisiert, gemäß den Bestimmungen von Artikel 6 §1 IX. Nummer 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen. Die verschiedenen Zellen „Administrative Geldbußen" sind befugt, Verstöße gegen ihre jeweiligen Vorschriften zu sanktionieren. Der Inspektor, der einen Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen gemäß Artikel 12 festgestellt hat, schickt dazu ein Exemplar des Protokolls an die befugte regionale Zelle „Administrative Geldbußen" und an die Direktion „Administrative Geldbußen" des Föderalstaats, wenn es sich um einen Verstoß gegen föderale Vorschriften handelt.

Artikel 13

Wenn ein Protokoll verschiedene Verstöße enthält, für die verschiedene Zellen „Administrative Geldbußen" zuständig sind, wird den verschiedenen Zellen „Administrative Geldbußen" ein Exemplar des Protokolls zugeschickt.

Artikel 14

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über die gegenseitige Anerkennung der regionalen Arbeitserlaubnisse. Die Begründung zum Gesetz vom 6. Januar 2014 bezüglich der Sechsten Staatsreform bestimmt, dass „die Regionen ihre Zuständigkeit in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer anwenden müssen, unter Berücksichtigung der belgischen Wirtschaftsunion, wie sie in Artikel 6 §1 VI. Absatz 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen beschrieben wird, was das Vorhandensein des freien Verkehrs von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital zwischen den Re-

gionen impliziert. Diese Grundsätze des freien Verkehrs umfassen den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung. Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung bedeutet laut Verfassungsgerichtshof, dass „bei einer Person, die Dienste auf dem Gebiet eines der Teilgebiete des Staates anbietet und dabei die dort geltenden Regeln einhält, davon ausgegangen wird, dass sie diese Tätigkeit frei auf dem Gebiet eines jeden anderen Teilgebiets dieses Staates ausüben darf, außer wenn dieses Teilgebiet nachweist, dass strengere Regeln auferlegt werden müssen im Hinblick auf ein gesetzmäßiges Ziel (VerfGH 29. April 2010, 41/2010, B.5.3)".

In Durchführung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung bestimmt der erste Paragraf von Artikel 14, dass der Drittstaatsangehörige, der über eine von einer Regionalbehörde erteilte gültige Arbeitserlaubnis für eine Beschäftigung in einer bestimmten Funktion bei einem bestimmten Arbeitgeber verfügt, oder diejenigen die von der Verpflichtung befreit sind, eine solche Arbeitserlaubnis zu erhalten, auf dem gesamten belgischen Staatsgebiet für denselben Arbeitgeber arbeiten kann bzw. können, unter der Bedingung, dass alle von der ersten Regionalbehörde festgelegten Bedingungen in Bezug auf die Arbeitserlaubnis oder Befreiung erfüllt sind.

Beispielsweise ein Arbeitgeber, der eine Arbeitserlaubnis für einen ausländischen Arbeitnehmer auf der Grundlage des territorialen Anknüpfungspunkts von Artikel 7 erhält, darf diesen Arbeitnehmer für Aufträge in anderen Regionen einsetzen, sofern die Bedingungen für eine Arbeitserlaubnis eingehalten werden (z. B. Funktionsinhalt, Lohn, ...).

Der zweite Absatz von Artikel 14 bestimmt, dass der Arbeitnehmer, der eine Arbeitserlaubnis für unbegrenzte Dauer oder eine Befreiung für unbegrenzte Dauer in einer einzigen Region erhält, aufgrund dieser Erlaubnis oder Befreiung auf dem gesamten belgischen Staatsgebiet arbeiten kann. Diese Bestimmung zielt auf die Arbeitnehmer, die eine Arbeitserlaubnis für unbegrenzte Dauer, die nicht an einen bestimmten Arbeitgeber gekoppelt ist, erhalten (z. B. Inhaber einer Arbeitserlaubnis A und Befreiungen für langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige nach 12 Monaten Beschäftigung).

Diese Bestimmung darf allerdings nicht dazu führen, dass die eine Behörde bei der Ausübung ihrer Befugnisse in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar die Befugnisse anderer Behörden beeinträchtigt. Deshalb wird im dritten Absatz aufgenommen, dass die gegenseitige Anerkennung solcher Arbeitserlaubnisse für unbegrenzte Dauer begrenzt werden kann, falls zwingende Gründe des öffentlichen Interesses dies rechtfertigen. Der Verfassungsgerichtshof erlaubt eine Einschränkung des freien Verkehrs, wenn diese Einschränkung im Hinblick auf ein gesetzmäßiges Ziel gerechtfertigt ist. Ein solcher gesetzlicher Grund wäre beispielsweise gegeben, wenn es zu einer gravierenden Störung der regionalen Arbeitsmarktlage kommt. In diesem Fall können die Parteien durch ein Ausführungszusammenarbeitsabkommen die Kategorien ausländischer Arbeitnehmer begrenzen, die in den Anwendungsbereich des zweiten Absatzes fallen.

Beispielsweise wenn eine Region bestimmt, dass einem bestimmten Profil ausländischer Arbeitnehmer automatisch für unbegrenzte Dauer erlaubt wird zu arbeiten, kann diese Erlaubnis anhand eines Ausführungszusammenarbeitsabkommens begrenzt werden auf die Beschäftigung im eigenen Gebiet. Eine solche allgemeine Erlaubnis würde den Arbeitsmarkt der anderen Regionen nämlich gravierend stören können.

Artikel 15

Artikel 15 Absatz 1 schreibt vor, dass die Bestimmungen in Sachen einheitliches Antragsverfahren für jeden Antrag auf Aufenthaltserlaubnis zwecks Arbeit im regionalen Gebiet für einen Zeitraum von mehr als neunzig Tagen gelten, einschließlich für die Anträ-

ge, die auf der Grundlage anderer Richtlinien im Bereich der Wirtschaftsmigration eingereicht wurden.

Der zweite Absatz sieht die Möglichkeit vor, die Kategorien der Ausländer, die der Anwendung der Bestimmungen in Bezug auf das einheitliche Antragsverfahren unterliegen, mittels eines Ausführungszusammenarbeitsabkommens zu begrenzen.

Dieses Kapitel gilt nicht für Arbeitserlaubnisse für Ausländer, die aus anderen Gründen als Arbeit im Gebiet verbleiben.

Artikel 16

Die bestehenden Instrumente Arbeitserlaubnis, Beschäftigungserlaubnis und Befreiung werden durch das Zusammenarbeitsabkommen nicht abgeschafft, sondern bleiben in den Vorschriften bezüglich der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer bestehen. Im einheitlichen Verfahren werden diese Instrumente allerdings nicht mehr materiell zur Verfügung gestellt, sondern im Aufenthaltsdokument aufgenommen. Dieser Artikel sorgt dafür, dass die bestehenden Instrumente über eine juristische Angleichung in die kombinierte Erlaubnis aufgenommen werden.

Durch die juristische Angleichung sind die Verfahrensbestimmungen von Kapitel IV an die Bestimmungen von Artikel 4, Artikel 5 und Artikel 7 des Gesetzes vom 30. April 1999 angeglichen, sofern die zuständigen Behörden diese Bestimmungen nicht ändern.

Artikel 17

Paragraf 1 setzt Artikel 4 (1) der Richtlinie 2011/98/EU teilweise um. Der Antrag auf eine kombinierte Erlaubnis muss im Rahmen eines einheitlichen Antragsverfahrens eingereicht werden. Absätze 1 und 2 beschreiben die Form, unter der der Antrag eingereicht werden muss. Absätze 3 und 4 bestimmen, dass die Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnisse untrennbar miteinander verbunden sind. Der Drittstaatsangehörige darf arbeiten, wenn er sich aufhalten darf und umgekehrt.

Artikel 18

Paragraf 1 setzt Artikel 4 (1) und Artikel 5 (1) der Richtlinie 2011/98/EU teilweise um. Diese Bestimmung schreibt vor, dass der Antrag auf eine kombinierte Erlaubnis vom Drittstaatsangehörigen über seinen Arbeitgeber eingereicht wird, und benennt die zuständige Behörde, die diese Anträge entgegennehmen muss.

Da der Antrag auf eine kombinierte Erlaubnis bei der territorial zuständigen Regionalbehörde eingereicht wird, bestimmt Paragraf 2, dass die Region die weiteren Regeln für das Einreichen dieses Antrags festlegt.

Der Erhalt des Antrags durch die territorial zuständige Regionalbehörde schränkt die Zuständigkeit des Föderalstaats hinsichtlich der Behandlung in Sachen Aufenthalt, die nach Ablauf des in Artikel 20 des Zusammenarbeitsabkommens vorgeschriebenen Zeitraums von 15 Tagen beginnt, keinesfalls ein.

Paragraf 3 bestimmt, dass der Antrag die Dokumente in Sachen Aufenthalt und Beschäftigung enthalten muss, die zur Analyse hinsichtlich einer kombinierten Erlaubnis erforderlich sind.

Paragraf 4 setzt Artikel 9 der Richtlinie 2011/98/EU um. Jede Verwaltung, die für die Beurteilung des Antrags auf eine kombinierte Erlaubnis befugt ist, stellt dem Antragsteller auf Anfrage hinreichende Informationen darüber zur Verfügung, welche Unterlagen dem Antrag beizufügen sind, damit dieser vollständig ist.

Artikel 19

Paragraf 1 bestimmt, dass es die Aufgabe der zuständigen Regionalbehörde ist, einen Beschluss über die Zulässigkeit des Antrags zu fassen. Die Regionalbehörde prüft, ob alle erforderlichen Unterlagen eingereicht wurden.

Paragraf 2 setzt Artikel 5 (4) der Richtlinie 2011/98/EU um. Die zuständige Regionalbehörde, die den Antrag entgegengenommen hat, teilt dem Antragsteller schriftlich mit, welche zusätzlichen Dokumente für die Behandlung des Antrags erforderlich sind. Der Antragsteller verfügt zur Vervollständigung seiner Akte über eine Frist von 15 Tagen.

Paragraf 3 Absatz 1 setzt Artikel 5 (4) der Richtlinie 2011/98/EU teilweise um. Er bestimmt, dass die zuständige Regionalbehörde die Unzulässigkeit des Antrags beschließt, wenn der Antragsteller die verlangten Unterlagen nicht innerhalb der in Paragraf 2 genannten Frist einreicht.

Paragraf 3 Absatz 2 gibt dem Ausländeramt die Möglichkeit, dem Drittstaatsangehörigen, der zum Zeitpunkt des Einreichens des Antrags aus von seinem Willen unabhängigen Gründen nicht alle Unterlagen in Sachen Aufenthalt einreichen kann, zu erlauben, manche Unterlagen eventuell später einzureichen.

Artikel 20

Dieser Artikel bestimmt, dass die zuständige Regionalbehörde nach Feststellung der Zulässigkeit des Antrags über eine Frist von 15 Tagen verfügt, um die vollständige Akte mit den Unterlagen in Sachen Aufenthalt dem Ausländeramt zu schicken. Während dieser Zeit startet die Region mit der Bearbeitung des Antrags und hat sie die Möglichkeit, kurzfristig eine Entscheidung über die Beschäftigung zu treffen. Absatz 2 bestimmt, dass diese Frist mittels Ausführungszusammenarbeitsabkommen angepasst werden kann.

Artikel 21

Dieser Artikel bestimmt, dass der Antrag auf Verlängerung der kombinierten Erlaubnis eingereicht werden muss, ehe die vorige Arbeitserlaubnis abgelaufen ist, damit eine Bearbeitung des Antrags während des übrigen Zeitraums der Gültigkeit des Aufenthaltstitels des Antragstellers möglich ist.

Artikel 22

Diese Bestimmung schreibt vor, dass der Drittstaatsangehörige einen Antrag auf eine Arbeitserlaubnis für unbegrenzte Dauer bei der Regionalbehörde einreichen muss, die für den Wohnort des Arbeitnehmers zuständig ist. Ferner wird verwiesen auf den Kommentar zu Artikel 7 Nummer 2.

Artikel 23

Dieser Artikel bestimmt, dass der Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung und auch die darauffolgenden Anträge auf Verlängerung beim Bürgermeister des Aufenthaltsortes des Drittstaatsangehörigen eingereicht werden, insofern eine Arbeitserlaubnis für unbegrenzte Dauer erteilt wurde. In diesem Fall bearbeitet die Regionalbehörde den Antrag nicht mehr.

Artikel 24

Diese Bestimmung schreibt vor, dass das Verfahren zur Analyse der Akte in Sachen Beschäftigungsgründe und das Verfahren zur Analyse der Akte in Sachen Aufenthaltsgründe unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der verschiedenen Behörden zusammengelegt und gemeinsam durchgeführt werden. Die Regionen bearbeiten die Arbeitserlaubnisse, das Ausländeramt bearbeitet die Aufenthaltsgenehmigungen.

Absatz 2 bestimmt, dass die zuständigen Behörden bei der Bearbeitung der Anträge und bei ihren Entscheidungen ihre jeweiligen Befugnisse zu respektieren haben.

Artikel 25

Artikel 5 (2) der Richtlinie 2011/98/EU legt eine Frist von vier Monaten für die Bearbeitung eines Antrags auf eine kombinierte Erlaubnis fest. Diese Frist beginnt ab dem Tag an dem die Regionalbehörde den vollständigen Antrag zulässig erklärt hat. Sofern andere europäische Richtlinien kürzere Fristen vorschreiben (Richtlinie „Blaue Karte EU", Richtlinie „ICT"), und somit eine günstigere Bestimmung darstellen, so sind diese günstigeren Fristen anwendbar.

Paragraf 2 Absatz 1 bestimmt eine angemessene Frist für das Einreichen zusätzlicher Informationen. Wenn die erforderlichen Unterlagen oder Angaben nach dem Verstreichen dieser Frist nicht eingereicht worden sind, wird der Antrag abgelehnt.

Paragraf 3 setzt Artikel 5 (2) Absatz 2 der Richtlinie 2011/98/EU teilweise um.
In diesem Fall informieren die zuständigen Behörden sich gegenseitig über die Verlängerung der Frist.

Wenn der Föderalstaat und die Regionalbehörde nicht innerhalb einer Frist von vier Monaten, eventuell unter außergewöhnlichen Umständen verlängert, eine Entscheidung treffen, werden die Aufenthaltsgenehmigungen und die Arbeitserlaubnisse gewährt.

Artikel 26

Wenn die Regionalbehörde binnen der in Artikel 20 vorgesehenen Frist von 15 Tagen beschließt, die Arbeitserlaubnis zu erteilen, übermittelt sie dem zuständigen föderalen Minister unverzüglich ihren Beschluss. Trifft der Minister eine positive Entscheidung, macht er die Akte, die die kombinierte Erlaubnis gewährt, gemäß Artikel 33 bekannt. Dazu wird verwiesen auf den Kommentar zu Artikel 33.

Wird der Aufenthalt verweigert, wird die Regionalbehörde darüber informiert, die Entscheidung wird dem Drittstaatsangehörigen zugestellt und der Arbeitgeber darüber informiert. Die Aufenthaltsverweigerung selbst wird aus Datenschutzgründen nur dem Drittstaatsangehörigen zugestellt, und nicht dem Arbeitgeber.

Artikel 27

Wenn die Regionalbehörde innerhalb der Frist von 15 Tagen entscheidet, die Arbeitserlaubnis zu verweigern, notifiziert sie dem Arbeitgeber und dem Drittstaatsangehörigen diese Entscheidung und informiert den zuständigen föderalen Minister. Das Verfahren der kombinierten Erlaubnis endet.

Artikel 28 bis 31

Nach dem Verstreichen der Frist von 15 Tagen sind der zuständige föderale Minister und die zuständige Regionalbehörde beide im Besitz der Akte. Wenn sie positive Entscheidungen treffen, informieren sie sich gegenseitig, indem sie einander ihre Entscheidungen zuschicken. In diesem Fall wird die Urkunde gemäß Artikel 33 zugestellt. Diese Situationen werden in Artikel 28 Absätze 1 und 2 sowie Artikel 29 Absätze 1 und 2 wiedergegeben.

Wenn die Entscheidung des föderalen Ministers negativ ist und die der Regionalbehörde positiv, wird der Drittstaatsangehörige über diese Entscheidung in Kenntnis gesetzt und der Arbeitgeber wird informiert.

Wenn die Entscheidung der Regionalbehörde negativ ist und die des föderalen Ministers positiv, setzt die Regionalbehörde den Drittstaatsangehörigen und den Arbeitgeber über ihre Entscheidung in Kenntnis und informiert den föderalen Minister.

Die Artikel 30 und 31 gehen von dem Grundsatz aus, dass, wenn eine der zuständigen Behörden beim Verstreichen der Frist von 15 Tagen eine ablehnende Entscheidung trifft, sie sich darüber gegenseitig informieren, ehe der Betroffene darüber in Kenntnis gesetzt wird. Diese Bestimmungen bezwecken zu verhindern, dass beide Behörden zugleich eine negative Entscheidung zustellen, die eine bezüglich der Beschäftigung, und die andere bezüglich des Aufenthalts.

Artikel 32

Diese Bestimmung erfüllt die Verpflichtung in Sachen Verfahrensgarantien, die vorgesehen sind in Artikel 8 (1) und (2) der Richtlinie 2011/98/EU. Jede Entscheidung, bei der eine kombinierte Erlaubnis verweigert wird, muss ausreichend begründet werden, sodass die Verweigerung der zuständigen Behörden verständlich erklärt wird. Im Falle einer Ablehnung des Antrags verfügt der Antragsteller über einen Rechtsbehelf, der in der Zustellung der angefochtenen Entscheidung genannt wird. Alle Behörden müssen die Rechtsbehelfe, die entsprechend ihren Gesetzen zur Verfügung stehen, mitteilen.

Artikel 33

Diese Bestimmung setzt Artikel 4 (2) der Richtlinie 2011/98/EU um. Der Verwaltungsakt, mit dem die kombinierte Erlaubnis zugestellt wird, wird ausschließlich vom zuständigen föderalen Minister zugestellt.

Artikel 34

Die Antragsteller, die den Kriterien in Bezug auf Aufenthalt und Arbeit entsprechen, erhalten einen besonderen Aufenthaltstitel, der den Inhaber zum Aufenthalt und zur Arbeit berechtigt („kombinierte Erlaubnis"). Da die kombinierte Erlaubnis hinsichtlich des Verfahrens nur im belgischen Staatsgebiet ausgestellt werden kann, wird den Drittstaatsangehörigen, die sich zum Zeitpunkt des Einreichens des Antrags im Ausland befinden, auf Ihren Wunsch hin auf der Grundlage der Instruktionen des Ausländeramtes ein Visum gewährt.

Sobald der Drittstaatsangehörige im Fremdenregister eingetragen ist, wird ihm gemäß Artikel 6 (1) der Richtlinie 2011/98/EU und gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 eine kombinierte Erlaubnis ausgestellt, für die der einheitliche Vordruck für Aufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige verwendet wird.

Bis die materielle Ausstellung der kombinierten Erlaubnis erfolgt, wird dem Drittstaatsangehörigen ein Dokument verschafft, das es ihm ermöglicht zu arbeiten.

Artikel 35

Diese Bestimmung setzt die Verpflichtung aus Artikel 7 (1) der Richtlinie 2011/98/EU um. Die Verordnung (EG) Nr. 1030/2002, die einen Vordruck des Aufenthaltstitels für Drittstaatsangehörige festlegt, erlaubt es den Mitgliedstaaten, in einem einheitlichen Vordruck alle zusätzlichen Angaben hinzuzufügen und unter anderem zu erwähnen, ob der Betroffene berechtigt ist zu arbeiten oder nicht. Die Angaben in dieser Bestimmung wurden im Rahmen des Konzertierungsausschusses vom 25. November 2015 vereinbart. Das Ausländeramt leitet diese Angaben an das Nationalregister weiter. Auf dem Aufenthaltstitel wird vermerkt ob und inwiefern die Person Zugang zum Arbeitsmarkt hat.

Artikel 36

Diese Bestimmung regelt die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden, wenn der Aufenthaltsgenehmigung oder der Arbeitserlaubnis ein Ende gesetzt wird.

Paragraf 1 regelt den Fall, wenn der Arbeitserlaubnis ein Ende gesetzt wird. Die Regionalbehörde leitet die Entscheidung weiter an den föderalen Minister, der die Entscheidung zustellt, sodass die Ausstellung eines Befehls, das belgische Hoheitsgebiet zu verlassen oder die Ausstellung eines vorläufigen Aufenthaltsdokuments möglich wird.

Paragraf 2 Absatz 1 ermöglicht eine Angleichung des Zusammenarbeitsabkommens an die Artikel 18 Nummer 3 der Europäischen Sozialcharta. Das Ende der Arbeitserlaubnis führt nicht automatisch zum Ende der Aufenthaltsgenehmigung. Der Drittstaatsangehörige verfügt über eine Frist von 90 Tagen, die ihm die Gelegenheit gibt, eine neue Arbeit zu suchen, und zwar unvermindert der Möglichkeit, falls erforderlich, seinen Aufenthalt zu beenden. Absatz 2 sieht vor, dass der Drittstaatsangehörige, wenn der Aufenthaltsgenehmigung kein Ende gesetzt wird, ein Dokument bekommt, das seinen Aufenthalt vorübergehend ermöglicht. Absatz 3 ermöglicht es der Regionalbehörde, den föderalen Minister zu bitten, die Gültigkeit des vorübergehenden Aufenthaltsdokuments zu verlängern, wenn der Drittstaatsangehörige einen Antrag auf Erneuerung der kombinierten Erlaubnis eingereicht hat und dieser Antrag eine gründlichere Prüfung der Bedingungen bezüglich der Arbeit erfordert.

Paragraf 2 Absatz 1 sieht vor, dass die Regionalbehörde informiert wird, wenn der Aufenthaltsgenehmigung ein Ende gesetzt wird. Absatz 2 sieht vor, dass das Ende der Aufenthaltsgenehmigung von Rechts wegen zum Ende der Arbeitserlaubnis führt.

Artikel 37 und 38

Die Drittstaatsangehörigen und gegebenenfalls der Arbeitgeber können gegen die Entscheidungen hinsichtlich der Verweigerung, der Beendigung der Arbeitserlaubnis oder der Aufenthaltsgenehmigung und des Entzugs der kombinierten Erlaubnis Beschwerde einlegen. Da die Arbeitserlaubnis und die Aufenthaltsgenehmigung aufgrund unterschiedlicher Gesetze gewährt werden, sind auch die entsprechenden Rechtsbehelfe unterschiedlich.

Der Regionalminister nimmt die Beschwerden gegen Verweigerungen oder Entzug von Arbeitserlaubnissen zur Kenntnis.

Der Rat für Ausländerstreitsachen nimmt die Nichtigkeitsklagen gegen Entscheidungen hinsichtlich der Verweigerung, der Beendigung von Aufenthaltsgenehmigungen und des Entzugs der kombinierten Erlaubnis zur Kenntnis.

Der Staatsrat nimmt die Beschwerden gegen die Entscheidungen der Unzulässigkeit des Antrags auf eine kombinierte Erlaubnis und die Kassationsbeschwerden gegen die Entscheidungen, die vom Regionalminister getroffen werden, sowie die Urteile, die vom Rat für Ausländerstreitsachen erlassen werden, zur Kenntnis.

Jede Behörde informiert, für ihr jeweiliges Zuständigkeitsgebiet, die andere Behörde über die eingereichten Beschwerden.

Wenn die Entscheidungen am Ende des Streitbeilegungsverfahrens positiv sind, wird die Urkunde gemäß Artikel 33 zugestellt.

Artikel 39

Die Akten und Entscheidungen zwischen Behörden werden per Brief oder auf elektronischem Wege übermittelt, mit Beachtung des Datenschutzes gemäß den entsprechenden Gesetzen.

Artikel 40

Mit dem Ziel der Rationalisierung und Vereinfachung des Austauschs von Informationen und Unterlagen im Rahmen des Verfahrens der kombinierten Erlaubnis verpflichten sich die Parteien dazu, eine elektronische Plattform zu schaffen.

Die weiteren Regeln für die Nutzung dieser Plattform werden mittels eines Ausführungszusammenarbeitsabkommens bestimmt.

Artikel 41

Die Durchführung des Zusammenarbeitsabkommens führt zu bestimmten Kosten, unter anderem zu einmaligen Kosten im Zusammenhang mit der Erstellung der neuen Aufenthaltstitel, die einen Vermerk über die Arbeitserlaubnis enthalten. Diese Titel enthalten zugleich die Aufenthaltsgenehmigung und auch die Arbeitserlaubnis. Der Schlüssel für die Verteilung dieser einmaligen Kosten zwischen den Parteien wird mittels eines Ausführungszusammenarbeitsabkommens bestimmt.

Artikel 42

Wenn neue Rechtstexte in Bezug auf die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer oder den Aufenthalt verabschiedet werden und diese Gesetze Auswirkungen auf die Durchführung dieses Abkommens haben, werden die Parteien sich gegenseitig informieren, um eine koordinierte Anwendung der Befugnisse gewährleisten zu können, und zu gewährleisten, dass die Normen kohärent sind.

Artikel 43

Diese Bestimmung sieht vor, dass eine Arbeitsgruppe, die aus Mitgliedern der für die kombinierte Erlaubnis zuständigen Verwaltungsbehörden besteht, sich regelmäßig trifft, um die technischen Fragen in Bezug auf die Durchführung des Zusammenarbeitsabkommens zu analysieren und zu regeln.

Artikel 44

Dieser Artikel bezieht sich auf die Beilegung eventueller Streitigkeiten mittels eines Zusammenarbeitsgerichts im Sinne von Artikel 92bis §5 des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen.

Artikel 45

Dieser Artikel sieht vor, dass das Zusammenarbeitsabkommen erst in Kraft tritt, nachdem es durch alle Parteien gebilligt wurde.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einziger Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer

Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

ANLAGE

ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN ZWISCHEN DEM FÖDERALSTAAT, DER WALLONISCHEN REGION, DER FLÄMISCHEN REGION, DER REGION BRÜSSEL-HAUPTSTADT UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT IN BEZUG AUF DIE KOORDINIERUNG DER POLITIK IN SACHEN ARBEITSERLAUBNIS MIT DER POLITIK IN SACHEN AUFENTHALTSGENEHMIGUNG UND IN SACHEN NORMEN FÜR DIE BESCHÄFTIGUNG UND DEN AUFENTHALT AUSLÄNDISCHER ARBEITNEHMER

Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer

Aufgrund der Artikel 39 und 139 der Verfassung;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, des Artikels 6 § 1 römisch IX Nr. 3 und 4 und des Artikels 92*bis* §§ 1 und 3 Buchstabe *c)* (nachstehend "Sondergesetz");

Aufgrund des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen, der Artikel 4 und 42;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, des Artikels 55*bis*;

Aufgrund des Gesetzes vom 23. Januar 1989 über das in den Artikeln 92*bis* § 5 und § 6 und 94 § 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen erwähnte Rechtsprechungsorgan;

Aufgrund des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern (nachstehend "Gesetz vom 15. Dezember 1980");

Aufgrund des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer;

Aufgrund des Gesetzes vom 6. Juni 2010 zur Einführung des Sozialstrafgesetzbuches;

Aufgrund des Dekrets des Wallonischen Regionalrates vom 6. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekrets des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer;

Aufgrund des Abkommens vom 25. November 2015 im Konzertierungsausschuss über die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Föderalstaat und den Regionen infolge der sechsten Staatsreform und die Umsetzung der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet

eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten (nachstehend Richtlinie "2011/98/EU");

In der Erwägung, dass in der Richtlinie 2011/98/EU zu Lasten der Mitgliedstaaten Verpflichtungen vorgesehen sind, die zum jeweiligen Zuständigkeitsbereich des Föderalstaats und der Regionen gehören, was Drittstaatsarbeitnehmer betrifft;

In der Erwägung, dass der Föderalstaat und die Regionen aufgrund von Artikel 92*bis* § 3 Buchstabe *c)* des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen ein Zusammenarbeitsabkommen für die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer abschließen müssen;

In der Erwägung, dass die Regionen infolge der sechsten Staatsreform zuständig geworden sind, um Regeln für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer festzulegen; dass die Regionen folglich zuständig sind, um die Sanktionen festzulegen, die bei Verstößen gegen diese Normen anwendbar sind;

In der Erwägung, dass die Überwachung der Einhaltung dieser Normen in die Zuständigkeit der Regionen fällt;

In der Erwägung, dass die Feststellung der Verstöße gegen diese Normen ebenfalls durch die dazu ermächtigten föderalen Inspektoren erfolgen kann;

In der Erwägung, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet die Zuständigkeiten der Wallonischen Region in Sachen Beschäftigung ausübt;

In der Erwägung, dass der Föderalstaat neben den Normen in Sachen Einreise ins Staatsgebiet, Aufenthalt, Niederlassung und Entfernen von Ausländern weiterhin für die Festlegung der Normen in Sachen Beschäftigung der ausländischen Arbeitnehmer, die sich zu anderen als zu Arbeitszwecken auf dem belgischen Staatsgebiet aufhalten, und für die Feststellung und Ahndung der Verstöße gegen diese Normen zuständig ist. Die Feststellung der Verstöße kann ebenfalls durch die dazu ermächtigten regionalen Inspektoren erfolgen;

In der Erwägung, dass der Föderalstaat also für Arbeitserlaubnisse zuständig ist, die insbesondere folgende Personen betreffen:

1. Staatsangehörige eines Mitgliedstaats des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweizerischen Eidgenossenschaft sowie ihre Familienmitglieder,

2. Personen, die internationalen Schutz beantragen oder genießen,

3. Drittstaatsangehörige, denen der Aufenthalt für unbegrenzte Dauer gestattet oder erlaubt ist,

4. Drittstaatsangehörige, die das Recht auf Familienzusammenführung genießen,

5. Drittstaatsangehörige, denen der Aufenthalt im Hinblick auf die Absolvierung eines Studienzyklus als Haupttätigkeit, der zu einem Hochschulabschluss führt, erlaubt oder gestattet ist;

In der Erwägung, dass aufgrund von Artikel 7 der Richtlinie 2011/98/EU in Bezug auf Drittstaatsangehörige, die sich zu anderen als zu Arbeitszwecken auf dem belgischen Staatsgebiet aufhalten, auf den gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 des Rates vom 13. Juni 2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige (nachstehend "Verordnung (EG) Nr. 1030/2002") ausgestellten Aufenthaltstiteln Angaben zur Arbeitserlaubnis eingetragen werden müssen; dass mit dieser Bestimmung bezweckt wird, Drittstaatsangehörigen, deren Aufenthalt kein Aufenthalt zu Arbeitszwecken ist, einen Aufenthaltstitel zu erteilen, auf dem angegeben ist, ob es ihnen erlaubt ist zu arbeiten oder nicht, und der zusätzliche Informationen über die Bedingungen der Arbeitserlaubnis enthalten kann;

In der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten in Bezug auf Drittstaatsangehörige, die sich zu Arbeitszwecken auf dem belgischen Staatsgebiet aufhalten möchten, aufgrund der Artikel 4 bis 6 der Richtlinie 2011/98/EU verpflichtet sind, ein einheitliches Antragsverfahren und die Erteilung einer kombinierten Erlaubnis einzuführen, um die Zulassungsverfahren zu vereinfachen und die Überprüfung ihrer Rechtsstellung zu erleichtern;

In der Erwägung, dass es aufgrund der Einführung der kombinierten Erlaubnis und des einheitlichen Verfahrens erforderlich ist, dass die verschiedenen für den Aufenthalt und die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zuständigen Behörden eng zusammenarbeiten und Informationen austauschen;

In der Erwägung, dass vorliegendes Abkommen es ermöglichen wird, die Normen, denen die Parteien unterliegen, und die Modalitäten für die Ausstellung der erforderlichen Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnisse nach einem einzigen Verfahren und gemäß den Regeln der Zuständigkeitsverteilung festzulegen;

In der Erwägung, dass in verschiedenen in Sachen Migration angenommenen europäischen Richtlinien besondere Regeln zugunsten der Drittstaatsangehörigen, die sich in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufhalten möchten, um dort zu arbeiten, festgelegt worden sind;

In der Erwägung, dass die Anwendung der Richtlinien in Bezug auf die Wirtschaftsmigration teilweise in die Zuständigkeit des Föderalstaates und teilweise in die Zuständigkeit der Regionen fällt; dass es demzufolge zwecks Einhaltung der aufgrund dieser Richtlinien auferlegten Verpflichtungen erforderlich ist, dass der Föderalstaat und die föderierten Teilgebiete eng zusammenarbeiten;

In der Erwägung, dass die Abstimmung der von den verschiedenen Behörden durchgeführten Kontrollen zur Bekämpfung des Missbrauchs in den Bereichen Migration und illegale Beschäftigung beiträgt und demzufolge dem wirtschaftlichen Wohlergehen des Landes zugutekommt;

In der Erwägung, dass es im Hinblick auf die Vereinfachung der Ausführung dieser Aufträge angemessen ist, dass die Parteien des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens ihre Maßnahmen koordinieren und dazu bestimmte Zusammenarbeitsregeln vereinbaren;

ZWISCHEN:

dem Föderalstaat, vertreten durch die Föderalregierung in der Person des Vizepremierministers und Ministers der Beschäftigung, der Wirtschaft und der Verbraucher, beauftragt mit dem Außenhandel, des Vizepremierministers und Ministers der Sicherheit und des Innern, beauftragt mit der Gebäuderegie, und des Staatssekretärs für Asyl und Migration, beauftragt mit der Administrativen Vereinfachung,

der Flämischen Region, vertreten durch die Flämische Regierung in der Person des Ministerpräsidenten der Flämischen Regierung und des Ministers der Beschäftigung, der Wirtschaft, der Innovation und des Sports,

der Wallonischen Region, vertreten durch die Wallonische Regierung in der Person des Ministerpräsidenten der Wallonischen Regierung und des Vizepräsidenten und Ministers für Wirtschaft, Industrie, Forschung, Innovation, Digitalisierung, Beschäftigung und Ausbildung,

der Region Brüssel-Hauptstadt, vertreten durch die Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt in der Person des Ministerpräsidenten der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt und des Ministers der Beschäftigung, der Wirtschaft, der Brandbekämpfung und der Dringenden Medizinischen Hilfe,

der Deutschsprachigen Gemeinschaft, vertreten durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Person des Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Vize-Ministerpräsidentin und Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus,

IST FOLGENDES VEREINBART WORDEN:

KAPITEL I - Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - § 1 - Mit vorliegendem Zusammenarbeitsabkommen wird die Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, teilweise umgesetzt.

Unbeschadet der anderen Befugnisse, die ihnen durch vorliegendes Abkommen zuerkannt werden, können die Parteien durch ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen, wie es in Artikel 92*bis* § 1 Absatz 3 des Sondergesetzes vorgesehen ist, die Modalitäten für die Anwendung des vorliegenden Abkommens festlegen.

§ 2 - Vorliegendes Zusammenarbeitsabkommen ist auf die Richtlinien anwendbar, die aufgrund von Artikel 79 Absatz 2 Buchstabe a und b des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union erlassen worden sind, wenn in diesen Richtlinien die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Hinblick auf eine Beschäftigung während eines Aufenthalts von mehr als neunzig Tagen festgelegt werden und auf belgischer Ebene aufgrund dieser Richtlinien die Einführung eines einheitlichen Verfahrens erforderlich ist.

Durch ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen, wie es in Artikel 92*bis* § 1 Absatz 3 des Sondergesetzes vorgesehen ist, können die Parteien die besonderen Modalitäten für die Ausführung des vorliegenden Abkommens in Bezug auf diese Richtlinien festlegen.

Art. 2 - Die Parteien üben ihre jeweiligen Zuständigkeiten unter Einhaltung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens aus.

Art. 3 - Im Sinne des vorliegenden Abkommens versteht man unter:

1. "Ausländeramt": die beim FÖD Inneres für die Anwendung der Regeln in Sachen Einreise ins Staatsgebiet, Aufenthalt, Niederlassung und Entfernen von Ausländern zuständige Verwaltungsbehörde,

2. "Regionalbehörde": die von der Region bestimmte Verwaltungsbehörde, die in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zuständig ist,

3. "Region": die Wallonische Region, die Flämische Region, die Region Brüssel-Hauptstadt oder die Deutschsprachige Gemeinschaft, die in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zuständig ist,

4. "FÖD Beschäftigung, Arbeit und Soziale Konzertierung (nachstehend FÖD BASK)": die Föderalbehörde, die in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, die sich in einer besonderen Aufenthaltssituation befinden, zuständig ist,

5. "Minister": den für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern zuständigen Minister,

6. "einheitlichem Antragsverfahren": jedes Verfahren, das auf Grundlage eines einzigen Antrags eines Drittstaatsangehörigen oder dessen Arbeitgebers auf Erteilung der Erlaubnis, sich zu Arbeitszwecken auf dem belgischen Staatsgebiet aufzuhalten, zu einem Beschluss über diesen Antrag führt,

7. "Drittstaatsangehörigem": jede Person, die weder Unionsbürger im Sinne von Artikel 20 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist noch im Rahmen des Unionsrechts das Recht auf freien Personenverkehr nach Artikel 2 Nr. 5 der Verordnung (EU) 2016/399 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) genießt,

8. "Arbeitserlaubnis": Erlaubnis, mit der einem Drittstaatsangehörigen das Recht eingeräumt wird, auf dem belgischen Staatsgebiet gemäß den Rechtsvorschriften über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zu arbeiten,

9. "Aufenthaltserlaubnis": Beschluss, mit dem einem Drittstaatsangehörigen erlaubt wird, sich gemäß den Rechtsvorschriften über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern für eine Dauer von mehr als neunzig Tagen auf dem belgischen Staatsgebiet aufzuhalten, um dort zu arbeiten,

10. "kombinierter Erlaubnis": Aufenthaltstitel, der Angaben zum Zugang zum Arbeitsmarkt enthält und es einem Drittstaatsangehörigen erlaubt, sich rechtmäßig auf dem belgischen Staatsgebiet aufzuhalten, um dort zu arbeiten,

11. "Niederlassungseinheit oder Betriebsadresse oder Betriebssitz": Betriebsadresse oder Betriebssitz gemäß Artikel 2 Nr. 6 des Gesetzes vom 16. Januar 2003 zur Schaffung einer Zentralen Datenbank der Unternehmen, zur Modernisierung des Handelsregisters, zur Schaffung von zugelassenen Unternehmensschaltern und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen,

12. "Gesellschaftssitz": den Hauptsitz eines Betriebs, den formellen Niederlassungsort einer juristischen Person,

13. "föderalem Inspektionsdienst": die Bediensteten, die von der Föderalbehörde ermächtigt worden sind, die in Artikel 6 § 1 römisch IX Nr. 3 und 4 des Sondergesetzes erwähnten Verstöße festzustellen,

14. "regionalem Inspektionsdienst": die Bediensteten, die von den Regionen ermächtigt worden sind, die in Artikel 6 § 1 römisch IX Nr. 3 und 4 des Sondergesetzes erwähnten Verstöße festzustellen.

KAPITEL II - Anwendungsbereich

Abschnitt 1 - Allgemeine Bestimmungen

Art. 4 - Vorliegendes Abkommen regelt die Zusammenarbeit zwischen den Parteien im Hinblick auf die Koordinierung und Harmonisierung der Verfahren in Bezug auf Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse und bei der Ausübung der Zuständigkeiten in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer.

In diesem Abkommen werden die spezifischen Merkmale jeder zuständigen Behörde und die von jeder dieser Behörden zu verfolgenden Zielsetzungen berücksichtigt.

Art. 5 - Mit der in Artikel 4 erwähnten Zusammenarbeit wird Folgendes bezweckt:

1. Koordinierung der Verteilung der Zuständigkeiten in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zwischen der Föderalbehörde und den Regionalbehörden, was

Normung, Anwendung der Normen, Kontrolle, Überwachung und Ahndung betrifft, gemäß den Bestimmungen von Artikel 6 § 1 römisch IX Nr. 3 und 4 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen,

2. territoriale Verteilung der Zuständigkeiten in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zwischen den Regionalbehörden aufgrund der Regel der territorialen Anknüpfung,

3. Festlegung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung, damit die Regionen ihre Zuständigkeiten in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer unter Einhaltung der belgischen Wirtschaftsunion gemäß Artikel 6 § 1 römisch VI dritter Absatz des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen ausüben,

4. Einführung und Koordinierung eines einheitlichen und gemeinsamen Verfahrens für Drittstaatsangehörige, die sich zu Arbeitszwecken auf dem Staatsgebiet aufhalten möchten, gemäß Richtlinie 2011/98/EU.

Art. 6 - Vorliegendes Abkommen regelt auch die sich aus dieser Zusammenarbeit ergebenden Querschnittmaßnahmen:

1. Aufteilung der Kosten,

2. Kohärenz zwischen Gesetzes- und Verordnungsnormen der verschiedenen Regierungen,

3. Beilegung von Rechtsstreiten, die sich aus der Auslegung oder Ausführung des vorliegenden Abkommens ergeben,

4. Inkrafttreten und Laufzeit des vorliegenden Abkommens.

Abschnitt 2 - Bestimmung der zuständigen Regionalbehörde

Art. 7 - Die für die Entgegennahme und Bearbeitung jedes Antrags auf Arbeitserlaubnis zuständige Regionalbehörde wird wie folgt bestimmt:

1. - Wenn der Arbeitgeber oder das Unternehmen, das eine Dienstleistung in Anspruch nimmt, eine oder mehrere Niederlassungseinheiten in einer oder mehreren Regionen besitzt, ist die Behörde der Region zuständig, in der sich die Niederlassungseinheit befindet, in der sich die Tätigkeiten des ausländischen Arbeitnehmers konzentrieren.

- Wenn der Hauptarbeitsplatz nicht bestimmt werden kann, ist die Behörde der Region zuständig, in der sich der Gesellschaftssitz des Unternehmens befindet.

- Wenn sich der Gesellschaftssitz des Arbeitgebers oder des Unternehmens, das eine Dienstleistung in Anspruch nimmt, nicht in Belgien befindet und der Arbeitgeber beziehungsweise das Unternehmen keine Niederlassungseinheit in Belgien besitzt, ist die

Behörde der Region zuständig, in der der Drittstaatsangehörige seine Tätigkeiten ausüben wird.

2. Wenn der Antrag sich auf eine Arbeitserlaubnis für unbegrenzte Dauer oder eine Befreiung für unbegrenzte Dauer bezieht, ist die Behörde der Region zuständig, in der sich der offizielle Wohnsitz des Arbeitnehmers befindet.

Art. 8 - Wenn die Regionalbehörde, bei der der Antrag eingereicht wird, gemäß Artikel 7 nicht zuständig ist, leitet sie den Antrag innerhalb einer Frist von vier Werktagen nach seinem Eingang an die zuständige Behörde weiter und setzt sie den Antragsteller davon in Kenntnis.

In besonderen Fällen kann die in Absatz 1 erwähnte Frist durch ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen angepasst werden.

Abschnitt 3 - Überwachung, Kontrolle und Ahndung

Art. 9 - Jede zuständige Behörde bestimmt den gesetzlichen Rahmen für die Ausübung der Kontrolle, der Überwachung und der Ahndung.

Art. 10 - Die Feststellung von Verstößen in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ist eine geteilte Zuständigkeit der Föderal- und Regionalbehörden.

Jede zuständige Behörde bestimmt die Bediensteten, die mit diesen Kontrollen beauftragt sind.

Art. 11 - Der föderale Inspektionsdienst kann neben den Verstößen gegen die föderalen Vorschriften in Anwendung von Artikel 10 Verstöße gegen die regionalen Vorschriften feststellen.

Jeder regionale Inspektionsdienst kann neben den Verstößen gegen die eigenen regionalen Vorschriften auf eigenem Gebiet in Anwendung von Artikel 10 Verstöße gegen die föderalen Vorschriften feststellen.

Art. 12 - Der betreffende Inspektionsdienst schickt dem zuständigen regionalen Büro administrative Geldbußen ein Exemplar des Protokolls zur Feststellung eines Verstoßes gegen regionale Vorschriften zu.

Der betreffende Inspektionsdienst schickt der Direktion administrative Geldbußen des FÖD BASK ein Exemplar des Protokolls zur Feststellung eines Verstoßes gegen föderale Vorschriften zu.

Art. 13 - Wenn ein Protokoll verschiedene Verstöße enthält, für die verschiedene Büros administrative Geldbußen zuständig sind, wird den zuständigen Büros administrative Geldbußen und/oder den zuständigen Direktionen administrative Geldbußen ein Exemplar des Protokolls zugeschickt.

KAPITEL III - Gegenseitige Anerkennung

Art. 14 - Drittstaatsangehörige, die über eine von einer Regionalbehörde erteilte gültige Arbeitserlaubnis für eine Beschäftigung in einer bestimmten Funktion bei einem bestimmten Arbeitgeber verfügen oder die von der Verpflichtung befreit sind, eine solche Arbeitserlaubnis zu erhalten, können auf dem gesamten belgischen Staatsgebiet für denselben Arbeitgeber arbeiten, unter der Bedingung, dass alle von der ersten Regionalbehörde festgelegten Bedingungen in Bezug auf die Arbeitserlaubnis oder Befreiung erfüllt sind.

Arbeitnehmer, die eine Arbeitserlaubnis für unbegrenzte Dauer oder eine Befreiung für unbegrenzte Dauer in einer Region erhalten, können aufgrund dieser Erlaubnis oder Befreiung auf dem gesamten belgischen Staatsgebiet arbeiten.

Wenn es aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses gerechtfertigt ist, können die Parteien durch ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen die Kategorien ausländischer Arbeitnehmer begrenzen, die in den Anwendungsbereich von Absatz 2 fallen.

KAPITEL IV - Einheitliches Antragsverfahren im Hinblick auf die Erlangung einer kombinierten Erlaubnis oder eines anderen Aufenthaltstitels zu Arbeitszwecken für einen Zeitraum von mehr als neunzig Tagen

Abschnitt 1 - Anwendungsbereich

Art. 15 - Unbeschadet günstigerer Bestimmungen findet vorliegendes Kapitel Anwendung auf jeden Antrag auf Aufenthaltserlaubnis zu Arbeitszwecken für einen Zeitraum von mehr als neunzig Tagen.

Durch ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen können die Parteien die Kategorien ausländischer Arbeitnehmer begrenzen, die in den Anwendungsbereich des vorliegenden Kapitels fallen.

Art. 16 - Unbeschadet anderslautender Verordnungsbestimmungen in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ist für die Anwendung des vorliegenden Kapitels in Bezug auf Angelegenheiten, für die die Regionen zuständig sind, die Arbeitserlaubnis im Sinne von Artikel 5 des Gesetzes vom 30. April 1999, die eine Beschäftigung von mehr als neunzig Tagen erlaubt, in der kombinierten Erlaubnis oder in einem anderen Aufenthaltstitel zu Arbeitszwecken für einen Zeitraum von mehr als neunzig Tagen enthalten.

Unbeschadet anderslautender Verordnungsbestimmungen in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ist für die Anwendung des vorliegenden Kapitels in Bezug auf Angelegenheiten, für die die Regionen zuständig sind, die Befreiung im Sinne von Artikel 7 des Gesetzes vom 30. April 1999 von der Verpflichtung, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten, die eine Beschäftigung von mehr als neunzig Tagen erlaubt, in der kombinierten Erlaubnis oder in einem anderen Aufenthaltstitel zu Arbeitszwecken für einen Zeitraum von mehr als neunzig Tagen enthalten.

Unbeschadet anderslautender Verordnungsbestimmungen in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer wird für die Anwendung des vorliegenden Kapitels in Bezug auf Angelegenheiten, für die die Regionen zuständig sind, die kombinierte Erlaubnis oder ein anderer Aufenthaltstitel zu Arbeitszwecken für einen Zeitraum von mehr als neunzig Tagen mit der Beschäftigungserlaubnis, die in Artikel 4 § 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 30. April 1999 erwähnt ist und den Arbeitgeber ermächtigt, ausländische Arbeitnehmer zu beschäftigen, gleichgesetzt.

Abschnitt 2 - Einreichung des Antrags

Unterabschnitt 1 - Allgemeine Regeln

Art. 17 - § 1 - Anträge auf Aufenthaltserlaubnis zu Arbeitszwecken für einen Zeitraum von mehr als neunzig Tagen werden in Form eines Antrags auf Arbeitserlaubnis eingereicht.

Ein Antrag auf Arbeitserlaubnis gilt als Antrag auf Aufenthaltserlaubnis.

Eine Aufenthaltserlaubnis ist nur gültig, wenn eine Arbeitserlaubnis erteilt wird.

Eine Arbeitserlaubnis ist nur gültig, wenn eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.

Art. 18 - § 1 - Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 22 und 23 werden der Antrag auf Aufenthaltserlaubnis zu Arbeitszwecken und der Antrag auf Erneuerung dieser Erlaubnis vom Drittstaatsangehörigen über seinen Arbeitgeber bei der territorial zuständigen Regionalbehörde eingereicht.

§ 2 - Die Region bestimmt die Bedingungen und Modalitäten für die Einreichung des Antrags.

§ 3 - Neben den Dokumenten, die in den Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen in Sachen Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer vorgesehen sind, enthält der Antrag die in den Rechtsvorschriften über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern vorgesehenen Dokumente in Bezug auf den Aufenthalt.

§ 4 - Auf Ersuchen erteilen das Ausländeramt und die Regionalbehörden, jeder für seinen Bereich, dem Drittstaatsangehörigen und seinem Arbeitgeber entsprechende Informationen in Bezug auf die für die Einreichung eines vollständigen Antrags erforderlichen Dokumente.

Art. 19 - § 1 - Die zuständige Regionalbehörde fasst einen Beschluss über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags.

§ 2 - Wenn nicht alle zur Unterstützung des Antrags erforderlichen Dokumente vorgelegt werden oder wenn sie nicht vollständig sind, teilt die Regionalbehörde dem Antragsteller schriftlich mit, welche zusätzlichen Informationen oder Dokumente er binnen einer Frist von 15 Tagen nach Notifizierung des Schreibens, mit dem diese Dokumente angefördert werden, vorlegen muss.

§ 3 - Wenn die zusätzlichen Dokumente oder Informationen nicht binnen der in § 2 erwähnten Frist übermittelt werden, erklärt die Regionalbehörde den Antrag für unzulässig.

In Abweichung von Absatz 1 erklärt die Regionalbehörde den Antrag für zwar unvollständig, aber trotzdem zulässig, wenn der Minister oder sein Beauftragter angibt, dass bestimmte in den Rechtsvorschriften über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern vorgesehene Dokumente im Laufe des Verfahrens noch hinzugefügt werden.

Art. 20 - Binnen 15 Tagen nach der Zulässigkeit des Antrags übermittelt die Regionalbehörde dem Ausländeramt eine Kopie der Akte.

In besonderen Fällen kann die in Absatz 1 erwähnte Frist durch ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen geändert werden.

Art. 21 - Der Antrag auf Erneuerung der Aufenthaltserlaubnis zu Arbeitszwecken wird spätestens zwei Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer der vorherigen Erlaubnis bei der Regionalbehörde eingereicht.

Unterabschnitt 2 - Besondere Regeln

Art. 22 - Anträge auf Aufenthaltserlaubnis zu Arbeitszwecken für unbegrenzte Dauer werden von Drittstaatsangehörigen bei der gemäß Artikel 7 Nr. 2 territorial zuständigen Regionalbehörde eingereicht, wenn sie einen Antrag auf unbegrenzte Arbeitserlaubnis einreichen.

Art. 23 - Wenn die zuständige Regionalbehörde eine Arbeitserlaubnis für unbegrenzte Dauer erteilt, reicht der Drittstaatsangehörige den nächsten Antrag zur Erneuerung seiner Aufenthaltserlaubnis gemäß den Rechtsvorschriften über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern beim Bürgermeister seines Aufenthaltsortes ein.

Abschnitt 3 - Prüfung des Antrags

Art. 24 - § 1 - Der Föderalstaat und die Regionen bestimmen, jeder für seinen Bereich, die Modalitäten für die Prüfung der Anträge.

§ 2 - Das Ausländeramt und die Regionalbehörden bearbeiten die Anträge gemeinsam unter Beachtung ihrer jeweiligen Zuständigkeiten.

Art. 25 - § 1 - Unbeschadet günstigerer Bestimmungen in den europäischen Richtlinien, wie in Artikel 1 § 2 erwähnt, werden Beschlüsse in Bezug auf Anträge auf Aufenthaltserlaubnis zu Arbeitszwecken binnen vier Monaten nach der Notifizierung der Vollständigkeit des Antrags gefasst.

§ 2 - Während der Prüfung des Antrags kann vom Drittstaatsangehörigen oder vom Arbeitgeber verlangt werden, dass sie binnen einer Frist von 15 Tagen zusätzliche Informationen oder Dokumente vorlegen.

Wenn diese zusätzlichen Informationen oder Dokumente nicht binnen der vorgesehenen Frist vorgelegt wurden, wird der Antrag abgelehnt.

§ 3 - Bei außergewöhnlichen Umständen, die mit der Komplexität des Antrags verbunden sind, kann die in § 1 erwähnte Frist verlängert werden.

Wenn der Minister oder sein Beauftragter diese Frist verlängert, setzt er den Drittstaatsangehörigen und die zuständige Regionalbehörde davon in Kenntnis.

Wenn die Regionalbehörde diese Frist verlängert, setzt sie den Antragsteller und den Minister oder seinen Beauftragten davon in Kenntnis.

§ 4 - Wenn nach Ablauf der in § 1 erwähnten, eventuell gemäß § 3 verlängerten Frist kein Beschluss gefasst worden ist, gilt die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis als erteilt.

Art. 26 - Wenn die zuständige Regionalbehörde binnen der in Artikel 20 vorgesehenen Frist einen Beschluss zur Erteilung einer Arbeitserlaubnis fasst, übermittelt sie dem Minister oder seinem Beauftragten unverzüglich ihren Beschluss und eine Kopie der vollständigen Akte.

Wenn der Minister oder sein Beauftragter einen Beschluss zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis fasst, notifiziert er dem Drittstaatsangehörigen die beiden positiven Beschlüsse gemäß Artikel 33.

Wenn der Minister oder sein Beauftragter einen Beschluss zur Verweigerung einer Aufenthaltserlaubnis fasst, notifiziert er dem Drittstaatsangehörigen seinen Beschluss und setzt er die zuständige Regionalbehörde und den Arbeitgeber davon in Kenntnis.

Art. 27 - Wenn die Regionalbehörde binnen der in Artikel 20 vorgesehenen Frist einen Beschluss zur Verweigerung einer Arbeitserlaubnis fasst, notifiziert sie dem Antragsteller ihren Beschluss und setzt sie den Minister oder seinen Beauftragten davon in Kenntnis.

Art. 28 - Wenn die zuständige Regionalbehörde nach Ablauf der in Artikel 20 vorgesehenen Frist einen Beschluss zur Erteilung einer Arbeitserlaubnis fasst, übermittelt sie dem Minister oder seinem Beauftragten ihren Beschluss.

Wenn der Minister oder sein Beauftragter einen Beschluss zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis fasst, notifiziert er dem Drittstaatsangehörigen die beiden positiven Beschlüsse gemäß Artikel 33.

Wenn der Minister oder sein Beauftragter einen Beschluss zur Verweigerung einer Aufenthaltserlaubnis fasst, notifiziert er dem Drittstaatsangehörigen seinen Beschluss und setzt er den Arbeitgeber davon in Kenntnis.

Art. 29 - Wenn der Minister oder sein Beauftragter nach Ablauf der in Artikel 20 vorgesehenen Frist einen Beschluss zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis fasst, übermittelt er der zuständigen Regionalbehörde seinen Beschluss.

Wenn die Regionalbehörde einen Beschluss zur Erteilung einer Arbeitserlaubnis fasst, übermittelt sie dem Minister oder seinem Beauftragten ihren Beschluss. Der Minister oder sein Beauftragter notifiziert diese Beschlüsse gemäß Artikel 33.

Wenn die Regionalbehörde einen Beschluss zur Verweigerung einer Arbeitserlaubnis fasst, notifiziert sie dem Antragsteller ihren Beschluss und setzt sie den Minister oder seinen Beauftragten davon in Kenntnis.

Art. 30 - Wenn die Regionalbehörde nach Ablauf der in Artikel 20 vorgesehenen Frist einen Beschluss zur Verweigerung einer Arbeitserlaubnis fasst, setzt sie den Minister oder seinen Beauftragten davon in Kenntnis, bevor sie dem Antragsteller den Beschluss notifiziert.

Art. 31 - Wenn der Minister oder sein Beauftragter nach Ablauf der in Artikel 20 vorgesehenen Frist einen Beschluss zur Verweigerung einer Aufenthaltserlaubnis fasst, setzt er die zuständige Regionalbehörde davon in Kenntnis, bevor er dem Drittstaatsangehörigen den Beschluss notifiziert, und setzt er den Arbeitgeber davon in Kenntnis.

Art. 32 - Beschlüsse in Bezug auf Anträge auf Aufenthaltserlaubnis zu Arbeitszwecken werden mit Gründen versehen und dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt.

In der schriftlichen Notifizierung werden die bei Verweigerung der Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis möglichen Rechtsmittel angegeben.

Art. 33 - Beschlüsse zur Erteilung der kombinierten Erlaubnis werden in der Form eines kombinierten Verwaltungsakts gefasst, mit dem gleichzeitig Aufenthalt und Arbeit erlaubt werden.

Der Minister oder sein Beauftragter notifiziert dem Drittstaatsangehörigen und dem Arbeitgeber diesen Akt.

Abschnitt 4 - Ausstellung der kombinierten Erlaubnis

Art. 34 - Wenn einem Drittstaatsangehörigen der Aufenthalt zu Arbeitszwecken auf dem belgischen Staatsgebiet erlaubt wird, setzt das Ausländeramt die diplomatischen Vertretungen und/oder die Gemeinden von den positiven Beschlüssen in Kenntnis.

Befindet sich der Drittstaatsangehörige am Datum des Beschlusses zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis zu Arbeitszwecken im Ausland, wird ihm auf seinen Antrag hin ein Visum ausgestellt.

Drittstaatsangehörige, denen der Aufenthalt zu Arbeitszwecken erlaubt worden ist, werden ins Fremdenregister eingetragen. Ihnen wird eine kombinierte Erlaubnis gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 des Rates vom 13. Juni 2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige ausgestellt.

Drittstaatsangehörige, denen der Aufenthalt zu Arbeitszwecken erlaubt worden ist, können anfangen zu arbeiten, sobald sie im Besitz des vorläufigen Aufenthaltsdokuments sind, das in Erwartung der Ausstellung der kombinierten Erlaubnis oder in Erwartung der Verlängerung der kombinierten Erlaubnis ausgestellt wird.

Art. 35 - In Absprache mit allen Parteien gibt das Ausländeramt auf dem Aufenthaltstitel gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002, der Drittstaatsangehörigen ausgestellt wird, denen der Aufenthalt gestattet oder erlaubt ist, die in den föderalen oder regionalen Rechtsvorschriften festgelegten Beschränkungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt an.

Diese Angabe lautet wie folgt:

1. entweder "Arbeitsmarkt": beschränkt

2. oder "Arbeitsmarkt": unbeschränkt

3. oder "Arbeitsmarkt": nein.

Abschnitt 5 - Ende der Arbeits- oder der Aufenthaltserlaubnis

Art. 36 - § 1 - Wenn eine Regionalbehörde gemäß den Rechtsvorschriften in Sachen Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen der Arbeitserlaubnis eines Drittstaatsangchörigen ein Ende setzt, übermittelt sie dem Minister oder seinem Beauftragten ihren Beschluss.

Der Minister oder sein Beauftragter notifiziert dem Drittstaatsangehörigen und dem Arbeitgeber den Beschluss.

§ 2 - Wenn es einem Drittstaatsangehörigen nicht mehr erlaubt ist zu arbeiten, endet sein Aufenthalt von Rechts wegen neunzig Tage nach Ende der Arbeitserlaubnis, unbeschadet der Befugnis des Ministers oder seines Beauftragten, dem Aufenthalt gemäß den Rechtsvorschriften über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern ein Ende zu setzen.

Wird dem Aufenthalt während dieses Zeitraums kein Ende gesetzt, erhält der Drittstaatsangehörige ein vorläufiges Aufenthaltsdokument.

Im Falle eines Erneuerungsantrags kann der Minister oder sein Beauftragter auf Antrag der zuständigen Regionalbehörde bei außergewöhnlichen Umständen, die mit der Prüfung der Gründe in Bezug auf die Arbeit verbunden sind, die Gültigkeit dieses Aufenthaltsdokuments verlängern.

§ 3 - Wenn der Minister oder sein Beauftragter dem Aufenthalt eines Drittstaatsangehörigen ein Ende setzt, setzt er die zuständige Regionalbehörde davon in Kenntnis und notifiziert er dem Drittstaatsangehörigen seinen Beschluss.

Bei einem Beschluss zur Beendigung des Aufenthalts verfällt die Arbeitserlaubnis von Rechts wegen.

Abschnitt 6 - Rechtsmittel

Art. 37 - Antragsteller können eine Beschwerde gegen den Beschluss der Regionalbehörde einreichen in Bezug auf:

1. die Zulässigkeit des Antrags gemäß Artikel 14 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat,

2. die Verweigerung der kombinierten Erlaubnis aus Gründen der Verweigerung der Arbeitserlaubnis gemäß den Bestimmungen der regionalen Rechtsvorschriften,

3. die Verweigerung der Erneuerung der kombinierten Erlaubnis aus Gründen der Verweigerung der Erneuerung der Arbeitserlaubnis gemäß den Bestimmungen der regionalen Rechtsvorschriften,

4. den Entzug der Arbeitserlaubnis gemäß den Bestimmungen der regionalen Rechtsvorschriften.

Wenn eine Beschwerde eingereicht wird, setzt die Regionalbehörde den Minister oder seinen Beauftragten davon in Kenntnis.

Wird der angefochtene Beschluss abgeändert, übermittelt die Regionalbehörde dem Minister oder seinem Beauftragten unverzüglich den neuen Beschluss, damit dieser gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Rechtsvorschriften über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern einen Beschluss in Bezug auf den Aufenthalt fasst.

Wird der Beschluss vom Staatsrat für nichtig erklärt und ist der Beschluss der Regionalbehörde positiv, übermittelt sie dem Minister oder seinem Beauftragten unverzüglich den Beschluss, damit dieser gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Rechtsvorschriften über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern einen Beschluss in Bezug auf den Aufenthalt fasst.

Art. 38 - Drittstaatsangehörige können gemäß den Rechtsvorschriften über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern eine Beschwerde gegen den Beschluss des Ministers oder seines Beauftragten einreichen in Bezug auf:

1. die Verweigerung der kombinierten Erlaubnis aus Gründen der Verweigerung des Aufenthalts,

2. die Verweigerung der Erneuerung der kombinierten Erlaubnis aus Gründen der Verweigerung der Erneuerung der Aufenthaltserlaubnis,

3. den Entzug der kombinierten Erlaubnis.

Wenn eine Beschwerde eingereicht wird, setzt der Minister oder sein Beauftragter die zuständige Regionalbehörde davon in Kenntnis.

Wenn nach einer Erklärung der Nichtigkeit des Beschlusses durch den Rat für Ausländerstreitsachen oder infolge eines vom Staatsrat erlassenen Entscheids ein positiver Beschluss gefasst wird, setzt der Minister oder sein Beauftragter die zuständige Regionalbehörde davon in Kenntnis und notifiziert dem Drittstaatsangehörigen die beiden positiven Beschlüsse gemäß Artikel 33.

KAPITEL V - Querschnittbestimmungen

Abschnitt 1 - Umlauf und Übertragung der Akten zwischen den Diensten

Art. 39 - Bis zur Schaffung der in Artikel 40 erwähnten elektronischen Plattform übermittelt die Regionalbehörde die vollständige Akte und die von ihr gefassten Beschlüsse per gewöhnlichen Brief, per Boten, per Fax oder per E-Mail an den Minister oder seinen Beauftragten.

Die Regionalbehörde wird per gewöhnlichen Brief, per Fax oder per E-Mail von dem vom Minister oder von seinem Beauftragten gefassten Beschluss in Kenntnis gesetzt.

Jeder Austausch von Informationen oder Dokumenten erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Abschnitt 2 - Elektronische Plattform

Art. 40 - Die Parteien verpflichten sich, eine gemeinsame elektronische Plattform zu schaffen, anhand deren die Daten und Dokumente elektronisch gesammelt und zwischen den für die Bearbeitung der Anträge auf eine kombinierte Erlaubnis zuständigen Diensten ausgetauscht werden können.

Durch ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen bestimmen die Parteien die Modalitäten für die Nutzung dieser Plattform.

Abschnitt 3 - Aufteilung der Kosten

Art. 41 - Die Parteien werden, jede für ihren Bereich, die Maßnahmen treffen und die Mittel freimachen, die für die Erfüllung der ihnen zugeteilten Aufgaben notwendig sind.

Durch ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen bestimmen die Parteien den Schlüssel für die Verteilung der einmaligen Kosten für die Herstellung der Titel, die zugleich Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis sind.

Abschnitt 4 - Kohärenz der Gesetzes- und Verordnungsnormen der verschiedenen Regierungen - Vorab zu erfüllende Formalitäten, die bei späteren Abänderungen der geltenden Normen notwendig sind

Art. 42 - Die Minister und die Mitglieder der Regionalregierungen oder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft informieren, jeder für seinen Bereich, jede Partei des vorliegenden Abkommens über alle Vorentwürfe von Gesetzen, Dekreten oder Ordonnanzen beziehungsweise alle Entwürfe von Erlassen mit Verordnungscharakter, wenn diese Entwürfe in den Anwendungsbereich des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens fallen und/oder einen Einfluss auf seine Umsetzung haben.

Art. 43 - Die Parteien verpflichten sich, eine Arbeitsgruppe einzurichten, in der die in Sachen Aufenthalt und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zuständigen Verwaltungsbehörden vertreten sind.

Unter Berücksichtigung der Zuständigkeiten der verschiedenen Föderal-, Regional- und Gemeinschaftsbehörden beschäftigt sich die Arbeitsgruppe mit den praktischen Modalitäten in Bezug auf die allgemeine Koordinierung der Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen, die im Rahmen des vorliegenden Abkommens ergehen, und untersucht sie alle Fragen in Zusammenhang mit seiner Anwendung.

Die Arbeitsgruppe tritt in regelmäßigen Zeitabständen und auf Ersuchen eines oder mehrerer ihrer Mitglieder zusammen.

Abschnitt 5 - Beilegung von Rechtsstreiten, die sich aus der Auslegung oder Ausführung des vorliegenden Abkommens ergeben

Art. 44 - Rechtsstreite zwischen den Parteien des vorliegenden Abkommens in Bezug auf die Auslegung oder die Ausführung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens werden einem Zusammenarbeitsgericht im Sinne von Artikel 92*bis* § 5 des Sondergesetzes vorgelegt.

KAPITEL VI - Schlussbestimmungen

Art. 45 - Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und tritt am Tag der Veröffentlichung des letzten Zustimmungsakts der Parteien im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Ausgestellt zu Brüssel, am xx/xx/2017, in xx Exemplaren

Für den Föderalstaat:

Der Vizepremierminister und Minister der Beschäftigung, der Wirtschaft und der Verbraucher, beauftragt mit dem Außenhandel
K. PEETERS

Der Vizepremierminister und Minister der Sicherheit und des Innern, beauftragt mit der Gebäuderegie
J. JAMBON

Der Staatssekretär für Asyl und Migration, beauftragt mit der Administrativen Vereinfachung, dem Minister der Sicherheit und des Innern beigeordnet
T. FRANCKEN

Für die Flämische Region:

Der Ministerpräsident der Flämischen Regierung
G. BOURGEOIS

Der Minister der Beschäftigung, der Wirtschaft, der Innovation und des Sports
Ph. MUYTERS

Für die Wallonische Region:

Der Ministerpräsident der Wallonischen Regierung
W. BORSUS

Der Vizepräsident und Minister für Wirtschaft, Industrie, Forschung, Innovation, Digitalisierung, Beschäftigung und Ausbildung
P-Y. JEHOLET

Für die Region Brüssel-Hauptstadt:

Der Ministerpräsident der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt
R. VERVOORT

Der Minister der Beschäftigung, der Wirtschaft, der Brandbekämpfung und der Dringenden Medizinischen Hilfe
D. GOSUIN

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft:
Der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin und Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE,

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret portant assentiment à l'Accord de coopération entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers

CONTENU

Cet avant-projet de décret porte assentiment à l'Accord de coopération entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers.

TABLE DES MATIÈRES

Page

Exposé des motifs 2

Explications générales 2

Commentaire de l'article unique 15

Avant-projet 15

Annexe

Accord de coopération entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers 15

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

1. Exposé général

Cet avant-projet de décret a pour objet l'assentiment à l'Accord de coopération entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone en vue de la transposition partielle de la Directive 2011/98/UE du Parlement européen et du Conseil du 13 décembre 2011 établissant une procédure de demande unique en vue de la délivrance d'un permis unique autorisant les ressortissants de pays tiers à résider et à travailler sur le territoire d'un État membre et établissant un socle commun de droits pour les travailleurs issus de pays tiers qui résident légalement dans un État membre (ci-après dénommée « Directive 2011/98/UE ») et d'autres directives créant des statuts particuliers de séjour au profit de ressortissants de pays désireux de séjourner dans les États membres afin d'y exercer un travail particulier.

À la suite de la Sixième réforme de l'État, l'article 6, § 1er, IX, 3° et 4°, de la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980 transfère aux Régions les matières suivantes :

« 3° l'occupation des travailleurs étrangers, à l'exception des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation particulière de séjour des personnes concernées et aux dispenses de cartes professionnelles liées à la situation particulière de séjour des personnes concernées. La constatation des infractions peut aussi être effectuée par les fonctionnaires habilités à cette fin par l'État fédéral.

4° l'application des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation particulière de séjour des personnes concernées. La surveillance du respect de ces normes relève de la compétence de l'État fédéral. La constatation des infractions peut également être faite par des fonctionnaires habilités à cette fin par les régions. »

Sur la base de l'article 139 de la Constitution, la Région wallonne a transféré ces compétences à la Communauté germanophone en date du 1er janvier 2016.

L'État fédéral demeure compétent pour l'élaboration des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation de séjour particulière des personnes concernées. L'État fédéral demeure également compétent, en vertu de sa compétence résiduelle, pour les matières relatives au statut administratif des étrangers (accès au territoire, séjour, établissement et éloignement des étrangers).

La Directive 2011/98/UE impose aux États membres :

- de mettre en place, en faveur des ressortissants de pays tiers souhaitant travailler sur leur territoire, une procédure unique de demande d'admission au séjour et au travail. Cette procédure implique la délivrance d'un seul et même titre attestant de l'octroi des autorisations requises pour pouvoir séjourner et travailler;
- les titres de séjour conformes au règlement (CE) 1030/2002 délivrés par les États membres aux ressortissants de pays tiers qui séjournent sur leur territoire à des fins autres que le travail comportent une mention relative à l'accès au marché de l'emploi;
- une série de droits (notamment l'égalité de traitement avec les ressortissants du pays concerné) pour les travailleurs non ressortissants de l'UE concernés par la Directive.

Le but principal de cette directive est de simplifier la procédure d'admission des ressortissants de pays tiers qui souhaitent venir travailler dans les États membres et

d'harmoniser les règles actuellement applicables dans les États membres. Une telle simplification procédurale permet aux migrants et à leurs employeurs de disposer d'une procédure plus efficace, qui facilite également les contrôles de la légalité de leur séjour et de leur autorisation d'accès au marché de l'emploi.

Cette Directive européenne aurait dû être transposée pour le 25 décembre 2013 au plus tard. Cette transposition n'a été opérée que de manière très limitée, de sorte que la Commission européenne a initié la procédure d'infraction.

Depuis la Sixième réforme de l'État, l'occupation de travailleurs étrangers relève en grande partie de la compétence des Régions alors que l'État fédéral reste entre autres compétent pour le statut en matière de séjour de travailleurs étrangers; il faut donc élaborer une procédure qui, d'une part, respecte la répartition des compétences et, d'autre part, aboutit à la délivrance d'un document unique régissant les deux aspects.

Aux termes de l'article 92*bis*, § 3, c), de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles l' autorité fédérale et les régions concluent un accord de coopération pour la coordination des politiques d'octroi du permis de travail et l'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi de travailleurs étrangers.

2. Contenu de l'Accord de coopération

L'Accord de coopération doit assurer une application coordonnée de la Directive 2011/98/UE.

Il poursuit un double objectif : d'une part, instaurer une procédure de demande unique conduisant à la délivrance, dans le cadre d'un acte administratif unique, d'un titre combiné autorisant à la fois le séjour et le travail (appelé « permis unique ») qui permet à un ressortissant de pays tiers de résider légalement sur le territoire belge pour y travailler; d'autre part, prévoir la délivrance d'un titre de séjour comportant une mention relative à l'accès au marché de l'emploi pour tous les ressortissants de pays tiers dont la raison de leur venue est autre que l'emploi et possédant un titre de séjour conforme au règlement européen (CE) 1030/2002 conformément à l'article 7 de la directive « permis unique ».

Différentes parties de la directive appartenant simultanément aux compétences des autorités fédérales et régionales, l'accord de coopération règle la coordination dans l'exercice conjoint de ces compétences et la coopération entre les autorités concernées, là où convergent les compétences en matière d'emploi des travailleurs étrangers ou d'admission à l'emploi et au séjour.

L'accord prévoit également un système d'échange d'informations entre les différentes autorités compétentes liées aux inspections et mesures de contrôle du respect de la législation relative à l'occupation des travailleurs étrangers et à leur séjour.

Les dispositions générales du projet d'accord de coopération (chapitres I, II et III) sont applicables aux compétences relatives à l'emploi des travailleurs étrangers. Cela concerne la détermination du point de rattachement territorial, les clauses de reconnaissance mutuelle et les dispositions relatives à la surveillance, au contrôle et à la sanction.

Le chapitre IV est consacré aux dispositions procédurales de la nouvelle procédure de permis unique et réalise une transposition partielle de la directive 2011/98/UE.

La procédure de permis unique conduit à l'obtention d'un permis unique ou d'un autre titre de séjour afin de travailler pour une durée supérieure à nonante jours (par ex. une

carte bleue européenne). La carte bleue européenne et d'autres titres de séjour sont des variantes spéciales du permis unique. Les futurs titres de séjour délivrés en vue de travailler pour une durée supérieure à nonante jours (par ex. travail saisonnier, ICT...) seront repris sous cette appellation. Ces demandes suivent la procédure de permis unique du chapitre IV.

Le chapitre V comporte quelques dispositions transversales de l'accord : premièrement en ce qui concerne la circulation des dossiers entre les administrations compétentes et la création d'une plateforme électronique, deuxièmement en ce qui concerne l'information réciproque en cas de modification des normes en vigueur et le règlement de litiges, et enfin en ce qui concerne la répartition des coûts engendrés.

La mise en œuvre de certaines dispositions de l'accord de coopération est prévue par un accord de coopération d'exécution, conformément à l'article 92*bis*, § 1er, alinéa 3, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réforme institutionnelle.

2.1 Procédure de demande unique

Dans le cadre de cette procédure de demande unique, l'Accord de coopération prévoit un ensemble de règles applicables aux différentes autorités compétentes et visant à régir la procédure d'examen d'une demande de permis unique.

Chaque autorité compétente, chacune pour ce qui la concerne, détermine dans des dispositions législatives ou réglementaires les conditions d'admission au séjour et d'autorisations de travail des ressortissants de pays tiers et détermine les moyens de contrôle et les sanctions y afférentes.

Les autorités concernées décideront de l'octroi de l'autorisation de séjour et de l'octroi de l'autorisation de travail dans le respect des compétences respectives de chacune d'entre elles.

Dans le respect des règles relatives à la procédure de demande unique prévues par la Directive 2011/98/UE, l'accord de coopération :

- détermine les modalités d'introduction de la demande;
- désigne l'autorité compétente pour réceptionner cette demande et pour délivrer le permis unique ;
- énonce l'obligation de fournir, sur demande, au ressortissant de pays tiers et à son employeur les informations adéquates concernant les documents requis pour introduite une demande complète;
- prescrit l'obligation de préciser au demandeur, par écrit, les informations ou documents complémentaires requis lorsque les informations ou documents fournis à l'appui de la demande sont incomplets;
- prévoit la conséquence de l'absence de décision dans le délai prévu par la directive;
- fixe les voies de recours en cas de refus ou de retrait de permis unique.

2.2 Permis unique

Le modèle du permis unique, tel que prévu par la Directive 2011/98/UE, est le même que celui décrit dans le règlement (CE) 1030/2002 établissant un modèle uniforme de titre de pour les ressortissants de pays tiers. Il permet aux États membres d'insérer des informations indiquant notamment si l'intéressé est autorisé à travailler.

La délivrance d'un titre de séjour comportant une mention relative à l'accès au marché de l'emploi pour tous les ressortissants de pays tiers dont la raison de leur venue en Bel-

gique est autre que l'emploi et possédant un titre de séjour conforme au règlement précité est prévue également par l'accord de coopération.

2.3 Transposition d'autres directives européennes relatives à la migration économique

Au même titre que la Directive 2011/98/UE, d'autres directives font partie des mesures prises par l'Union européenne visant à faciliter l'immigration des ressortissants de pays tiers à des fins économiques sur son territoire.

La transposition de ces directives doit également être effectuée par le biais d'un accord de coopération ayant pour objet la coordination des politiques d'octroi du permis de travail et d'octroi de permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi de travailleurs étrangers.

Tel est notamment le cas des directives suivantes :

- 2009/50/CE du Conseil du 25 mai 2009 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers aux fins d'un emploi hautement qualifié;
- 2014/36/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 février 2014 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers aux fins d'un emploi en tant que travailleur saisonnier;
- 2014/66/UE du Parlement européen et du Conseil du 15 mai 2014 établissant les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers dans le cadre d'un transfert temporaire intragroupe;
- 2016/801/UE du Parlement européen et du Conseil du 11 mai 2016 relative aux conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers à des fins de recherche, d'études, de formation, de volontariat et de programmes d'échange d'élèves ou de projets éducatifs et de travail au pair.

Le but est de simplifier, de faciliter et d'harmoniser la procédure d'admission de travailleurs étrangers.

Il a été convenu que la procédure de demande unique telle que déterminée dans l'accord de coopération s'appliquera aux ressortissants de pays tiers visés par de telles directives et de faire application de l'article 92*bis*, § 1er, alinéa 3, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles. Si l'exécution de ces directives le nécessite ou le permet, des règles de procédure complémentaires pourront être prévues à cette fin par un accord d'exécution dont l'effectivité ne requiert pas d'acte législatif d'assentiment.

3. Commentaire des articles de l'Accord

Article 1er

Le paragraphe 1er, alinéa 1er, fait application de l'article 16, § 1er, de la Directive 2011/98/UE qui dispose que lorsque les États membres adoptent les dispositions législatives, réglementaires et administratives nécessaires pour se conformer à la directive, ces dispositions doivent contenir une référence à la directive ou doivent être accompagnées d'une telle référence lors de leur publication officielle. La transposition réalisée par le présent accord de coopération est partielle étant donné que la transposition est également assurée par d'autres textes législatifs et réglementaires qui relèvent des attributions des différents Ministres compétents.

Le paragraphe 1er, alinéa 2, prévoit que la mise en œuvre de certaines dispositions pourra être assurée par des accords de coopération d'exécution conformément à l'article

92*bis*, § 1er, alinéa 3, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles et habilite les parties à l'accord à prendre conjointement des dispositions destinées à en assurer l'exécution.

Le paragraphe 2, alinéa 1er, prévoit l'application des dispositions de l'accord de coopération aux directives prises dans le domaine de la migration économique et nécessitant une coopération entre l'État fédéral et les Régions. Les directives visées sont celles qui fixent les conditions d'entrée et de séjour de ressortissants de pays tiers désireux d'occuper un emploi sur le territoire de l'Union pour une période de plus de nonante jours. Cette application s'inscrit dans le cadre de la Sixième Réforme de l'État. Dans le but d'harmoniser la procédure d'admission des travailleurs étrangers, les ressortissants de pays tiers visés par les directives qui instaurent une procédure de demande unique, qui prévoient la délivrance d'un titre combiné de séjour et de travail ou qui nécessitent au niveau belge de suivre la procédure « permis unique » seront soumis aux règles prévues par l'accord de coopération.

Le paragraphe 2, alinéa 2, prévoit que, pour répondre aux exigences des directives visées au premier alinéa, des règles spéciales complémentaires relatives à la procédure de demande unique pourront être fixées par des accords de coopération d'exécution.

Article 2

Cet article prévoit que les différentes autorités respectent les dispositions de l'accord de coopération dans le cadre de l'exercice de leurs compétences respectives.

Article 3 -

Cet article définit les notions utilisées dans l'accord de coopération.

Article 4

Cet article définit la finalité de l'accord de coopération : la coopération entre les différentes autorités compétentes est nécessaire dans l'exercice des compétences en matière d'emploi des travailleurs étrangers et en fonction de la coordination et de l'harmonisation des procédures relatives aux permis de séjour et aux autorisations de travail. Il souligne également que chaque autorité conserve le plein contrôle de ses propres compétences.

Article 5

Cet article précise l'objectif de la coopération. Cet objectif consiste en :

1° une coordination de la répartition des compétences relatives à l'emploi de la main-d'œuvre étrangère entre l'État fédéral et les autorités régionales;

2° la répartition territoriale des compétences entre les autorités régionales, sur la base d'un point de rattachement territorial;

3° le respect du principe de reconnaissance mutuelle;

4° la coordination d'une procédure de permis unique, conformément à la Directive 2011/98/UE.

Article 6

Cet article énumère les mesures transversales discutées au chapitre V.

Article 7

Cet article définit le point de rattachement territorial utilisé pour déterminer l'autorité régionale compétente lors d'une demande d'autorisation de travail.

Le point de rattachement territorial est déterminé au 1° lorsqu'une demande d'autorisation de travail est introduite en cas d'occupation chez un seul patron. Le lieu où l'em-

ployeur est établi et le lieu de travail effectif du travailleur étranger sont déterminants. Il y a trois scénarios possibles :

- si l'employeur ou le bénéficiaire d'une prestation de service (p. ex. en cas de détachement) possède une ou plusieurs unités d'établissement situées dans une ou plusieurs Régions, l'autorité régionale compétente est celle qui correspond à l'unité d'établissement où les activités des travailleurs étrangers sont concentrées. Par exemple, un employeur ayant son siège social à Bruxelles souhaite employer un travailleur à 70 % dans une unité d'établissement en Flandre et à 30 % en Région wallonne.?? L'autorité flamande est alors compétente pour délivrer l'autorisation de travail.
- si le lieu de travail principal ne peut être déterminé, l'autorité régionale compétente est celle où est implanté le siège social de l'entreprise. Par exemple, un employeur ayant son siège social à Bruxelles souhaite employer un travailleur à 50 % dans une unité d'établissement en Flandre et à 50 % en Région wallonne. L'autorité bruxelloise est alors compétente.
- si l'employeur ou le bénéficiaire d'une prestation de service ne possède aucun siège ni aucune unité d'établissement en Belgique, l'autorité régionale compétente est l'autorité de la Région où le ressortissant de pays tiers exercera ses activités. Par exemple, un employeur étranger occupe un travailleur étranger sur le territoire belge, sans posséder de siège en Belgique et sans être bénéficiaire dans le cadre d'un détachement. Dans ce cas exceptionnel, la Région compétente est déterminée par le lieu de travail effectif.

Le point de rattachement territorial est déterminé au point 2° lorsqu'une demande d'autorisation de travail est délivrée pour une durée indéterminée. Dans ce cas, l'autorisation n'est pas liée à un employeur spécifique et le domicile officiel du travailleur est déterminant.

Article 8

Cet article prévoit que l'autorité régionale qui reçoit une demande pour laquelle elle n'est pas compétente conformément aux dispositions de l'article 7, doit transmettre cette demande dans un délai de quatre jours ouvrables à l'autorité compétente. Dans des cas particuliers ce délai peut être prolongé par le biais d'un accord de coopération d'exécution.

Article 9

Depuis la Sixième Réforme de l'État, les autorités régionales sont compétentes pour l'occupation des travailleurs étrangers, à l'exception des normes relatives au permis de travail délivré en fonction de la situation de séjour particulière des personnes concernées (article 6 § 1er, IX, 3° de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles). Cela signifie que les Régions sont compétentes pour la réglementation, l'application, le contrôle et la sanction en la matière. Cet article prévoit que chaque autorité détermine le cadre juridique dans lequel sont exercés le contrôle, la surveillance et le maintien de sa propre réglementation.

Une coopération administrative adéquate et efficace entre les différents services d'inspection compétents est essentielle au contrôle du respect de la législation relative à l'occupation des travailleurs étrangers.

Article 10

Conformément à l'article 6, § 1er, IX, 3° et 4°, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, la compétence en matière de contrôle est restée une compétence partagée dans tous les cas. Chaque autorité doit désigner les agents habilités à exercer le contrôle et la surveillance dans le domaine de l'emploi des travailleurs étrangers.

Article 11

La compétence partagée en matière de contrôle implique que les agents régionaux désignés conformément à l'article 10 sont habilités à constater les infractions fédérales sur leur propre territoire. À l'inverse, les agents fédéraux désignés conformément à l'article 10 sont habilités à constater les infractions régionales.

Article 12

La compétence de sanction en matière de migration économique a également été partiellement régionalisée conformément aux dispositions de l'article 6, § 1er, IX, 3°, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles. Les différentes cellules « Amendes administratives » sont habilitées à sanctionner les infractions à leur règlement respectif. L'inspecteur qui a constaté une infraction, conformément à l'article 10 , envoie à cet effet un exemplaire du procès-verbal à la cellule régionale « Amendes administratives » compétente et à la Direction Amendes administratives de l'État fédéral lorsqu'il s'agit d'une infraction à la réglementation fédérale.

Article 13

Si un procès-verbal comporte plusieurs infractions relevant de la compétence de différentes cellules « Amendes administratives », un exemplaire du procès-verbal est envoyé à chacune d'entre elles.

Article 14

Cet article contient des dispositions relatives à la reconnaissance mutuelle des autorisations régionales de travail. L'exposé des motifs de la loi du 6 janvier 2014 relative à la Sixième Réforme de l'État prévoit que « les Régions doivent exercer leurs compétences en matière d'emploi des travailleurs étrangers dans le respect de l'Union économique belge, conformément à l'article 6, § 1er, VI, aliéna 3, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, ce qui implique l'existence de la libre circulation des personnes, des biens, des services et des capitaux entre les Régions. Ces principes de libre circulation impliquent le principe de reconnaissance mutuelle. Le principe de reconnaissance mutuelle signifie, selon la Cour constitutionnelle, qu'une personne proposant des services sur le territoire d'une composante de l'État en se conformant aux règles qui y sont applicables est présumée pouvoir exercer librement cette activité sur le territoire de toute autre composante de l'État, sauf pour cette dernière à démontrer la nécessité d'imposer des règles plus strictes afin d'atteindre un objectif légitime (C.C. 29 avril 2010, 41/2010, B.5.3) ».

En application du principe de reconnaissance mutuelle, le premier paragraphe de l'article 14 prévoit que le ressortissant d'un pays tiers titulaire d'une autorisation de travail valable octroyée par une autorité régionale pour l'occupation d'un poste déterminé chez un employeur déterminé, ou celui qui est dispensé de l'obligation d'obtenir une telle autorisation de travail peut travailler sur l'ensemble du territoire belge pour le compte du même employeur, pourvu que toutes les conditions d'admission à l'emploi ou de dispense prévues par la première autorité régionale soient respectées.

Par exemple, un employeur qui obtient une autorisation de travail pour un travailleur étranger sur la base du point de rattachement territorial de l'article 7 peut affecter ce travailleur à des postes dans d'autres Régions, pour autant que les conditions d'admission à l'emploi soient respectées (par ex. contenu du travail, salaire...).

L'alinéa 2 de l'article 14 prévoit que le travailleur qui obtient une autorisation de travail pour une durée indéterminée ou qui est dispensé de l'obligation d'obtenir une telle autorisation de travail dans une Région pour une durée indéterminée, peut travailler sur l'ensemble du territoire belge sur la base de cette autorisation ou de cette dispense. Cette disposition vise les travailleurs qui obtiennent une autorisation de travail pour une durée

indéterminée qui n'est pas liée à un employeur spécifique (par ex. titulaires d'un permis de travail A et dispenses accordées aux ressortissants de pays tiers résidents de longue durée après 12 mois d'occupation).

Toutefois, cette disposition ne peut pas avoir pour effet qu'une autorité, dans le cadre de l'exercice de ses compétences en matière d'emploi des travailleurs étrangers, affecte directement ou indirectement les compétences d'autres autorités. C'est la raison pour laquelle le troisième alinéa prévoit que la reconnaissance mutuelle de telles autorisations de travail peut être limitée pour une durée indéterminée si une raison impérieuse d'intérêt général le justifie. La Cour constitutionnelle autorise une restriction à la libre circulation si cette restriction est justifiée par un but légitime. Il peut s'agir d'une grave perturbation de la situation du marché du travail régional. Dans ce cas, les parties peuvent limiter, au moyen d'un accord de coopération d'exécution, les catégories de travailleurs étrangers relevant du champ d'application de l'alinéa 2.

Par exemple si une Région prévoit qu'un profil déterminé de travailleurs étrangers est automatiquement autorisé à travailler pour une durée indéterminée, un accord de coopération d'exécution peut limiter cette autorisation à une occupation sur leur propre territoire. Une autorisation générale pourrait en effet gravement perturber le marché du travail d'autres Régions.

Article 15

L'article 15, alinéa 1er, précise que les dispositions relatives à la procédure de demande unique sont applicables à toute demande d'autorisation de séjour pour occuper un travail sur le territoire régional pour une période de plus de nonante jours, en ce compris les demandes introduites sur base d'autres directives prises dans le domaine de la migration économique.

L'alinéa 2 prévoit la faculté de limiter, par accord de coopération d'exécution, les catégories d'étrangers soumis à l'application des dispositions relatives à la procédure de demande unique.

Ce chapitre n'est pas d'application pour les autorisations de travail pour les étrangers qui séjournent sur le territoire pour une autre raison que le travail.

Article 16

L'accord de coopération ne supprime pas les instruments existants que sont le permis de travail, l'autorisation de travail et la dispense; ils subsistent toujours dans la réglementation relative à l'emploi des travailleurs étrangers. Cependant, dans la procédure de permis unique, ces instruments ne sont plus délivrés matériellement, mais ils figurent dans le document de séjour. Cet article garantit que les instruments existants seront repris dans le permis unique par le biais d'un alignement juridique.

Grâce à cet alignement juridique, les dispositions procédurales du chapitre IV sont conformes aux dispositions des articles 4, 5 et 7 de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, à condition que les autorités compétentes ne modifient pas ces dispositions.

Article 17

Le paragraphe 1er transpose partiellement l'article 4, § 1er, de la Directive 2011/98/UE. La demande de permis unique doit être introduite dans le cadre d'une procédure de demande unique. Les alinéas 1er et 2 décrivent la forme que prend l'introduction de cette demande. Les alinéas 3 et 4 précisent que les autorisations de séjour et les autorisations

de travail sont indissociablement liées. Le ressortissant de pays tiers est autorisé à travailler s'il est autorisé au séjour et inversement.

Article 18

Le paragraphe 1er transpose partiellement les articles 4, § 1er, et 5, § 1er, de la Directive 2011/98/UE. Cette disposition prévoit que la demande de permis unique est introduite par le ressortissant de pays tiers par le biais de son employeur et désigne l'autorité compétente chargée de réceptionner ces demandes.

La demande de permis unique étant introduite auprès de l'autorité régionale territorialement compétente, le paragraphe 2 prévoit que la Région détermine les modalités d'introduction de cette demande.

La réception de la demande par l'autorité régionale territorialement compétente est sans préjudice de la compétence de l'État fédéral en ce qui concerne l'examen relatif au séjour qui débutera à l'issue de la période de quinze jours prévue à l'article 20 de l'accord de coopération.

Le paragraphe 3 précise que la demande doit contenir les documents relatifs au séjour et au travail nécessaires à l'analyse de la demande de permis unique.

Le paragraphe 4 transpose l'article 9 de la Directive 2011/98/UE. Chacune des administrations compétentes pour apprécier la demande de permis unique fournit au demandeur, sur demande, les informations adéquates concernant les documents requis pour introduire une demande complète.

Article 19

Le paragraphe 1er prévoit qu'il revient à l'autorité régionale de statuer sur la recevabilité de la demande. L'autorité régionale vérifie si le demandeur a fourni l'ensemble des documents requis.

Le paragraphe 2 transpose l'article 5, § 4, de la Directive 2011/98/UE. L'autorité régionale compétente qui a reçu la demande précise par écrit au demandeur quels documents complémentaires sont nécessaires à l'examen de la demande. Le demandeur dispose d'un délai raisonnable de quinze jours pour compléter son dossier.

Le paragraphe 3, alinéa 1er, transpose partiellement l'article 5, § 4, de la Directive 2011/98/UE. Il prévoit que si, à l'expiration du délai prévu au paragraphe 2, le demandeur n'a pas communiqué les documents demandés, l'autorité régionale prend une décision d'irrecevabilité de la demande.

Le paragraphe 3, alinéa 2, donne la possibilité à l'Office des étrangers de permettre au ressortissant de pays tiers, qui, au moment de l'introduction de la demande, n'est pas en mesure de présenter l'ensemble des documents relatifs au séjour pour des raisons indépendantes de sa volonté, de fournir éventuellement certains documents ultérieurement.

Article 20

Cet article prévoit que l'autorité régionale dispose d'un délai de quinze jours à compter de la recevabilité de la demande pour transmettre à l'Office des étrangers le dossier complet contenant les documents relatifs au séjour. Durant ce temps, la Région entame l'examen de la demande et a la possibilité de prendre à court terme une décision relative à l'emploi. Le deuxième alinéa prévoit que ce délai pourrait être adapté par accord de coopération d'exécution.

Article 21

Cet article prévoit que la demande de renouvellement du permis unique doit être introduite avant l'expiration de l'autorisation de travail précédente afin de privilégier un traitement de la demande durant le reste de la période de validité du titre de séjour du demandeur.

Article 22

Cette disposition prévoit que le ressortissant de pays tiers introduit une demande d'autorisation de travail à durée indéterminée auprès de l'autorité régionale compétente du domicile du travailleur.

Il est renvoyé au commentaire de l'article 7, 2°, pour le surplus.

Article 23

Cet article prévoit que, si une autorisation de travail à durée indéterminée a été octroyée, la demande de renouvellement d'autorisation de séjour ainsi que les demandes de renouvellement subséquentes sont introduites auprès du bourgmestre de la localité où le ressortissant de pays tiers séjourne. Dans ce cas, l'autorité régionale ne traite plus la demande.

Article 24

Cette disposition énonce que la procédure d'analyse du dossier quant aux motifs d'emploi et la procédure d'analyse du dossier quant aux motifs de séjour est conjointe et s'effectue en parallèle en fonction des compétences des différentes autorités. Les Régions examinent les autorisations de travail, l'Office des étrangers les autorisations de séjour.

L'alinéa 2 précise que dans l'examen des demandes et dans leurs prises de décisions, les administrations compétentes respectent leurs compétences.

Article 25

L'article 5, § 2, de la Directive 2011/98/UE fixe le délai de traitement de la demande de permis unique à quatre mois. Ce délai commence à courir à partir de la date à laquelle l'autorité régionale a déclaré la demande complète recevable. Dans la mesure où d'autres directives européennes fixent des délais plus courts (Directive « Carte bleue, Directive « ICT ») et représentent dès lors une disposition plus favorable, ces délais plus courts s'appliquent.

Le paragraphe 2, alinéa 1er, fixe un délai raisonnable pour la transmission d'informations complémentaires. À l'issue de ce délai, si les documents ou informations nécessaires ne sont pas communiqués, la demande est refusée.

Le paragraphe 3, alinéa 1er, transpose partiellement l'article 5, § 2, alinéa 2, de la Directive 2011/98/UE.

Dans ce cas, les administrations compétentes s'informent mutuellement de la prolongation du délai.

Si l'État fédéral et l'autorité régionale n'ont pas statué dans le délai de quatre mois éventuellement prolongé en cas de circonstances exceptionnelles, les autorisations de séjour et de travail sont accordées.

Article 26

Lorsque l'autorité régionale prend une décision d'autorisation de travail dans le délai de quinze jours fixé par l'article 20, elle transmet sa décision immédiatement au ministre fé-

déral compétent. S'il prend une décision positive, il notifie l'acte accordant le permis unique conformément à l'article 33. Il est renvoyé au commentaire de l'article 33.

Si le séjour est refusé, l'autorité régionale en est informée, la décision est notifiée au ressortissant de pays tiers et le travailleur en est informé. Le refus de séjour est notifié au ressortissant de pays tiers uniquement et pas à l'employeur en raison du respect de la vie privée.

Article 27

Lorsque l'autorité régionale prend dans le délai de quinze jours une décision de refus d'autorisation de travail, elle notifie la décision à l'employeur et au ressortissant de pays tiers et en informe le ministre fédéral compétent. La procédure permis unique prend fin.

Articles 28 à 31

À l'expiration du délai de quinze jours, le ministre fédéral compétent et l'autorité régionale compétente sont tous deux en possession du dossier. S'ils prennent des décisions positives ils s'en informent l'un l'autre en se transmettant les décisions. Dans ce cas, l'acte est notifié conformément à l'article 33. Ces situations sont reflétées aux articles 28, alinéas 1er et 2, et 29, alinéas 1er et 2.

Lorsque la décision du ministre fédéral compétent est négative alors que la décision de l'autorité régionale est positive, la décision est notifiée au ressortissant de pays tiers et l'employeur est informé.

Lorsque la décision de l'autorité régionale est négative alors que la décision du ministre fédéral compétent est positive, l'autorité régionale notifie sa décision à l'employeur et au ressortissant de pays tiers et en informe le ministre fédéral compétent.

Les articles 30 et 31 posent comme principe que si, à l'issue du délai de quinze jours, l'une des autorités compétentes prend une décision de refus, elles s'en informent l'une l'autre avant la notification à l'intéressé. Ces dispositions ont pour objectif d'éviter que les deux administrations notifient en même temps une décision négative l'une sur le volet emploi l'autre sur le séjour.

Article 32

Cette disposition répond à l'obligation de garanties procédurales prévues par l'article 8, §§ 1er et 2, de la Directive 2011/98/UE. Toute décision de refus de permis unique doit être dûment motivée, de façon à ce qu'une explication claire du refus opposé par les administrations compétentes soit fournie. En cas de refus de la demande, le demandeur dispose d'une voie de recours qui figurera dans la notification de la décision attaquée. Chacune des administrations doit mentionner les voies de recours possibles conformément à leur législation.

Article 33

Cette disposition transpose l'article 4, § 2, de la Directive 2011/98/UE. L'acte administratif accordant le permis unique est uniquement notifié par le ministre fédéral compétent.

Article 34

Les demandeurs qui satisfont aux critères relatifs au séjour et au travail recevront un titre de séjour particulier, autorisant le titulaire à séjourner et à travailler, appelé « permis unique ». Le permis unique n'étant délivré que sur le territoire belge vu la procédure, les ressortissants de pays tiers se trouvant à l'étranger au moment de l'introduction de la demande se verront attribuer un visa, à leur demande, sur instructions de l'Office des étrangers.

Une fois inscrit au registre des étrangers, le ressortissant de pays tiers se verra, conformément à l'article 6 ,§ 1er, de la Directive 2011/98/UE au règlement CE n°1030/2002, délivrer un permis unique établi d'après le modèle uniforme de titre de séjour pour les ressortissants de pays tiers.

Dans l'attente de la délivrance physique du permis unique, le ressortissant de pays tiers sera mis en possession d'un document qui lui permettra de travailler.

Article 35

Cette disposition transpose l'obligation prévue à l'article 7, § 1er, de la Directive 2011/98/UE. Le règlement (CE) n° 1030/2002, qui établit un modèle de titre de séjour pour les ressortissants de pays tiers, permet aux États membres d'ajouter, dans un modèle uniforme, toute autre information et d'indiquer notamment si l'intéressé est ou non autorisé à travailler. Les mentions qui figurent dans cette disposition ont été convenues lors du comité de concertation du 25 novembre 2015. L'Office des étrangers communique ces mentions au Registre National. Le titre de séjour indique si et dans quelle mesure la personne a accès au marché du travail.

Article 36

Cette disposition règle la coopération entre les autorités compétentes lorsqu'il est mis fin à l'autorisation de séjour ou à l'autorisation de travail.

Le paragraphe 1er règle le cas où il est mis fin à l'autorisation de travail. L'autorité régionale communique la décision au ministre fédéral compétent qui se chargera de notifier la décision pour permettre la délivrance d'un ordre de quitter le territoire ou d'un document provisoire de séjour.

Le paragraphe 2, alinéa 1er, permet de rendre conforme l'accord de coopération à l'article 18, paragraphe 3, de la Charte sociale européenne. La fin de l'autorisation de travail ne donne pas automatiquement lieu à la fin de l'autorisation de séjour. Le ressortissant de pays tiers dispose d'un délai de nonante jours qui lui permettra de rechercher un nouvel emploi sans préjudice, s'il y a lieu, de mettre fin à son séjour. L'alinéa 2 prévoit que dans le cas où il n'est pas mis fin à l'autorisation de séjour, le ressortissant de pays tiers est mis en possession d'un document couvrant provisoirement son séjour. L'alinéa 3 donne la possibilité à l'autorité régionale de demander au ministre fédéral compétent de prolonger la validité du document de séjour provisoire lorsque le ressortissant d'un pays tiers a introduit une demande de renouvellement du permis unique qui nécessite un examen plus approfondi des conditions relatives au travail.

Le paragraphe 2, alinéa 1er, prévoit que lorsqu'il est mis fin à l'autorisation de séjour, l'autorité régionale en est informée. Le deuxième alinéa prévoit que la fin de l'autorisation de séjour entraîne la fin de l'autorisation de travail de plein droit.

Articles 37 et 38

À l'encontre des décisions de refus, de fin d'autorisations de séjour et de travail et de retrait de permis unique, le ressortissant de pays tiers et, le cas échéant, l'employeur disposent d'une voie de recours. Les autorisations de travail et de séjour étant prises selon des législations différentes, les voies de recours y afférentes sont également différentes.

Le Ministre régional connaît des recours à l'encontre des refus ou de retrait d'autorisations de travail.

Le Conseil du Contentieux des étrangers connaît des recours en annulation à l'encontre des décisions de refus, de fin d'autorisations de séjour et de retrait de permis unique.

Le Conseil d'État connaît des recours à l'encontre des décisions d'irrecevabilité de la demande de permis unique et des pourvois en cassation des décisions prises par le Ministre régional et des arrêts rendus par le Conseil du Contentieux des étrangers.

Chaque administration, chacune en ce qui la concerne, informe l'autre administration des recours qui sont introduits.

Lorsqu'au terme de la procédure contentieuse, les décisions sont positives, l'acte est notifié conformément à l'article 33.

Article 39

La transmission des dossiers et des décisions entre administrations s'effectue par courrier ou voie électronique dans le respect de la vie privée, conformément à la législation y relative.

Article 40

Afin de rationaliser et de faciliter l'échange d'informations et des documents dans le cadre de la procédure de permis unique, les parties s'engagent à créer une plateforme électronique.

Les modalités liées à l'usage de cette plateforme sont définies par accord de coopération d'exécution.

Article 41

L'exécution de l'accord de coopération engendre un coût déterminé, à savoir le coût unique lié à la fabrication des nouveaux titres comportant une mention relative à l'autorisation de travailler. Ces titres contiennent tant une autorisation de séjour qu'une autorisation de travailler. La répartition des coûts entre les parties sera définie par accord de coopération d'exécution.

Article 42

Lorsque de nouvelles législations sont prises en matière d'occupation des travailleurs étrangers ou en matière de séjour, législations qui ont un impact sur l'exécution du présent accord, les parties s'en informent afin de pouvoir garantir une coordination dans l'exercice des compétences et une cohérence des normes.

Article 43

Cette disposition prévoit qu'un groupe de travail constitué de membres des autorités administratives compétentes dans le cadre du permis unique se réunit à intervalles réguliers pour analyser et régler les questions techniques liées à l'exécution de l'accord de coopération.

Article 44

Cet article concerne le règlement d'éventuels différends par une juridiction de coopération dans le sens de l'article 92*bis*, § 5, de la loi spéciale de réformes institutionnelles.

Article 45

Cet article prévoit que l'accord de coopération ne prendra effet qu'après avoir été approuvé par toutes les parties.

COMMENTAIRE DE L'ARTICLE UNIQUE

Article unique - L'article unique ne nécessite pas de commentaire particulier.

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret portant assentiment à l'Accord de coopération entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers

Article unique - Il est donné assentiment à l'Accord de coopération entre l'État fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS

ANNEXE

Accord de coopération entre l'état fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers

Samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat, het Waals Gewest, het Vlaams Gewest, het Brussels-Hoofdstedelijk Gewest en de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de coördinatie tussen het beleid inzake de toelatingen tot arbeid en het beleid inzake de verblijfsvergunningen en inzake de normen betreffende de tewerkstelling en het verblijf van buitenlandse arbeidskrachten	**Accord de coopération entre l'Etat fédéral, la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination des politiques d'octroi d'autorisations de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi et au séjour des travailleurs étrangers**
Gelet op de artikelen 39 en 139 van de Grondwet;	Vu les articles 39 et 139 de la Constitution ;
Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 6, §1, IX, 3° en 4°, en artikel 92bis, §§ 1 en 3, c (hierna "Bijzondere wet");	Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 6, §1er, IX, 3° et 4°, et l'article 92bis, §§ 1er et 3, c (ci-après « Loi spéciale ») ;
Gelet op de bijzondere wet van 12 januari 1989 met betrekking tot de Brusselse Instellingen, de artikelen 4 en 42;	Vu la loi spéciale du 12 janvier 1989 relative aux institutions bruxelloises, les articles 4 et 42 ;
Gelet op de bijzondere wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 55bis;	Vu la loi spéciale du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 55bis ;
Gelet op de wet van 23 januari 1989 op het rechtscollege bedoeld bij artikel 92bis, § 5 en § 6, en 94, § 3, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen;	Vu la loi du 23 janvier 1989 sur la juridiction visée aux articles 92bis, § 5 et § 6, et 94, § 3, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles ;
Gelet op de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen (hierna « wet van 15 december 1980»);	Vu la loi du 15 décembre 1980 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers (ci-après« Loi du 15 décembre 1980 ») ;
Gelet op de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers;	Vu la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers ;
Gelet op de wet van 6 juni 2010 tot invoering van het Sociaal Strafwetboek;	Vu la loi du 6 juin 2010 introduisant le Code pénal social ;
Gelet op het decreet van de Waalse Gewestraad van 6 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;	Vu le décret du Conseil régional wallon du 6 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles ;
Gelet op het decreet van de Duitstalige Gewestraad van 10 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;	Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 10 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles ;
Gelet op het koninklijk besluit van 8 oktober 1981 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen;	Vu l'arrêté royal du 8 octobre 1981 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers ;
Gelet op het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende de uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers;	Vu l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers ;
Gelet op het akkoord van 25 november 2015 in het Overlegcomité betreffende de verdeling van de bevoegdheden tussen de Federale Staat en	Vu l'accord du 25 novembre 2015 en Comité de concertation relatif à la répartition des compétences entre l'Etat fédéral et les Régions

de Gewesten als gevolg van de zesde staatshervorming en de omzetting van richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven (hierna Richtlijn « 2011/98/EU »);	suite à la sixième réforme de l'Etat et la transposition de la directive 2011/98/UE du Parlement européen et du Conseil du 13 décembre 2011 établissant une procédure de demande unique en vue de la délivrance d'un permis unique autorisant les ressortissants de pays tiers à résider et à travailler sur le territoire d'un Etat membre et établissant un socle commun de droits pour les travailleurs issus de pays tiers qui résident légalement dans un Etat membre (ci-après Directive « 2011/98/UE ») ;
Gelet op het feit dat richtlijn 2011/98/EU voor de lidstaten verplichtingen voorziet die onder de respectieve bevoegdheden van de Federale Staat en de Gewesten, wat de werknemers die onderdanen van derde landen zijn betreft, vallen;	Considérant que la directive 2011/98/UE prévoit des obligations à charge des Etats membres qui relèvent des compétences respectives de l'Etat fédéral et des Régions en ce qui concerne les travailleurs ressortissants de pays tiers ;
Overwegende dat de Federale Staat en de Gewesten, krachtens artikel 92bis § 3, c, van de bijzondere wet tot hervorming der instellingen, een samenwerkingsakkoord sluiten voor de coördinatie van het beleid inzake de arbeidsvergunningen en het beleid inzake de verblijfsvergunningen en inzake de normen betreffende de tewerkstelling van buitenlandse arbeidskrachten;	Considérant qu'en vertu de l'article 92bis §3, c, de la loi spéciale, l'Etat fédéral et les Régions sont tenus de conclure un accord de coopération pour la coordination des politiques d'octroi du permis de travail et d'octroi du permis de séjour, ainsi que les normes relatives à l'emploi de travailleurs étrangers ;
Overwegende dat de Gewesten, als gevolg van de zesde staatshervorming, bevoegd zijn geworden om regels op te stellen voor de tewerkstelling van buitenlandse werknemers; dat de Gewesten bijgevolg bevoegd zijn om de sancties die van toepassing zijn in geval van inbreuken op deze normen te bepalen. Overwegende dat het toezicht op de naleving van deze normen behoort tot de bevoegdheid van de Gewesten. Overwegende dat de vaststelling van de inbreuken op deze normen eveneens kan gebeuren door de daartoe gemachtigde federale inspecteurs;	Considérant que les Régions, à la suite de la sixième réforme de l'Etat, sont devenues compétentes pour légiférer en matière d'occupation des travailleurs étrangers; que les Régions sont dès lors compétentes pour établir les sanctions applicables en cas d' infractions à ces normes. Considérant que la surveillance du respect de ces normes relève de la compétence des Régions. Considérant que la constatation des infractions à ces normes peut être effectuée par les inspecteurs fédéraux, habilités à cet effet ;
Overwegende dat de Duitstalige Gemeenschap op het Duitse taalgebied de bevoegdheden van het Waals Gewest inzake tewerkstelling uitoefent;	Considérant que la Communauté germanophone exerce sur le territoire de la Région de langue allemande, les compétences de la Région wallonne dans la matière de l'emploi ;
Overwegende dat de Federale Staat, naast de normen inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen, bevoegd blijft om de normen inzake de tewerkstelling van de buitenlandse werknemers die om andere doeleinden dan werk op het Belgische grondgebied verblijven op	Considérant que l'Etat fédéral, outre les normes relatives à l'accès au territoire, au séjour, à l'établissement et à l'éloignement des étrangers, demeure compétent pour établir les normes relatives à l'emploi des travailleurs étrangers qui séjournent sur le territoire belge pour d'autres fins que le travail ainsi que pour constater et

te stellen, alsook om de inbreuken op deze normen vast te stellen en te sanctioneren. De vaststelling van de inbreuken kan eveneens gebeuren door de daartoe gemachtigde regionale inspecteurs;	sanctionner les infractions à ces normes. La constatation des infractions peuvent également se faire par les inspecteurs régionaux, habilités à cet effet.
Overwegende dat de Federale Staat aldus bevoegd is voor de toelatingen om te werken voor onder meer : 1° de onderdanen van een lidstaat van de Europese Economische Ruimte en van de Zwitserse Bondstaat, evenals hun familieleden; 2° de verzoekers en de begunstigden van de internationale beschermingsstatus; 3° de onderdanen van derde landen die tot een verblijf van onbeperkte duur zijn toegelaten of gemachtigd; 4° de onderdanen van derde landen die van het recht op gezinshereniging genieten; 5° de onderdanen van derde landen die tot een verblijf zijn gemachtigd of toegelaten om als hoofdactiviteit een studieopleiding te volgen die leidt tot het behalen van een titel van het hoger onderwijs;	Considérant que l'Etat fédéral est donc compétent pour les autorisations de travail concernant notamment : 1° les ressortissants d'un Etat membre de l'Espace économique européen et de la Confédération Suisse ainsi que les membres de leur famille ; 2° les demandeurs et les bénéficiaires de la protection internationale; 3° les ressortissants de pays tiers autorisés ou admis au séjour pour une durée illimitée; 4° les ressortissants de pays tiers qui bénéficient du droit au regroupement familial ; 5° les ressortissants de pays tiers autorisés ou admis au séjour pour suivre, à titre d'activité principale, un cycle d'études menant à l'obtention d'un titre d'enseignement supérieur ;
Overwegende dat, wat de onderdanen van derde landen die voor andere doeleinden dan werk op het Belgische grondgebied verblijven betreft, artikel 7 van de richtlijn 2011/98/EU voorziet dat de verblijfstitels afgegeven overeenkomstig Verordening (EG) nr. 1030/2002 van de Raad van 13 juni 2002 betreffende de invoering van een uniform model voor verblijfstitels voor onderdanen van derde landen (hierna « Verordening (EG) nr. 1030/2002 ») indicaties dienen te bevatten inzake de toelating tot arbeid ; dat deze bepalingen tot doel hebben dat derdelanders voor wie werk niet het doel van het verblijf is een verblijfstitel ontvangen die vermeldt of zij al dan niet zijn toegelaten arbeid te verrichten en dewelke, desgevallend, bijkomende informatie bevat over de voorwaarden waaronder zij zijn toegelaten te werken;	Considérant que, en ce qui concerne les ressortissants de pays tiers qui séjournent sur le territoire belge à d'autres fins que le travail, l'article 7 de la directive 2011/98/UE prévoit que, les titres de séjour délivrés conformément au Règlement (CE) n°1030/2002 du Conseil du 13 juin 2002 établissant un modèle uniforme de titre de séjour pour les ressortissants de pays tiers (ci-après « Règlement (CE) n°1030/2002 ») doivent contenir des indications concernant l'autorisation de travailler ; que cette disposition a pour but que les ressortissants de pays tiers dont la finalité du séjour n'est pas de travailler reçoivent un titre de séjour indiquant s'ils sont autorisés ou non à travailler et pouvant contenir des informations supplémentaires sur les conditions auxquelles ils sont autorisés à travailler ;
Gelet op het feit dat de artikelen 4 tot 6 van de richtlijn 2011/98/EU, wat de onderdanen van derde landen die op het Belgische grondgebied willen verblijven om er te werken betreft, de lidstaten ertoe verplichten om één enkele aanvraagprocedure en één gecombineerde vergunning in te voeren, om de toelatingsprocedures te vereenvoudigen en het gemakkelijker te maken om hun statuut te	Considérant que, concernant les ressortissants de pays tiers qui souhaitent séjourner sur le territoire belge afin d'y travailler, les articles 4 à 6 de la directive 2011/98/UE, obligent les Etats membres à mettre en place une procédure de demande unique et la création d'un permis unique dans le but de simplifier les procédures d'admission et de faciliter le contrôle de leur statut ;

controleren ;	
Overwegende dat de invoering van de gecombineerde vergunning en de gecombineerde procedure een nauwe samenwerking en uitwisseling van informatie vereist tussen de verschillende overheden die bevoegd zijn voor het verblijf en de tewerkstelling van de buitenlandse werknemers;	Considérant que l'introduction du permis unique et de la procédure unique nécessite une étroite collaboration et l'échange d'informations entre les différentes autorités qui sont compétentes pour le séjour et l'emploi des travailleurs étrangers;
Overwegende dat dit akkoord het mogelijk zal maken om de normen waaraan de partijen onderworpen zijn en de nadere procedureregels voor de afgifte van de vereiste verblijfsvergunning en toelating tot arbeid vast te leggen, volgens één enkele procedure en in overeenstemming met de bevoegdheidsverdelende regels;	Considérant que cet accord permettra de déterminer les normes auxquelles sont soumises les parties et les modalités procédurales pour la délivrance des permis de séjour et d'autorisation de travail requis, selon une procédure unique et conformément aux règles de répartition des compétences ;
Overwegende dat verschillende Europese richtlijnen die op het vlak van migratie goedgekeurd werden bijzondere regels bevatten ten gunste van de onderdanen van derde landen die in de Lidstaten van de Europese Unie wensen te verblijven om er te werken;	Considérant que plusieurs directives européennes adoptées dans le domaine de la migration établissent des règles particulières en faveur des ressortissants de pays tiers qui souhaitent séjourner dans les Etats membres de l'Union européenne afin d'y travailler ;
Overwegende dat de toepassing van de richtlijnen met betrekking tot de economische migratie deels onder de bevoegdheid van de Federale Staat en deels onder de bevoegdheid van de Gewesten valt ; dat bijgevolg het respecteren van deze richtlijnen een nauwe samenwerking vereist tussen de Federale Staat en de gefedereerde entiteiten;	Considérant que la mise en œuvre des directives relatives à la migration économique relève en partie de la compétence de l'Etat fédéral et en partie de celle des Régions ; que par conséquent le respect des obligations imposées par ces directives nécessite une étroite collaboration entre l'Etat fédéral et les entités fédérées ;
Overwegende dat de afstemming tussen de door de verschillende overheden uitgevoerde controles bijdraagt tot de strijd tegen het misbruik op het gebied van migratie en illegale tewerkstelling, en bijgevolg de economische gezondheid van het land ten goede komt;	Considérant que l'harmonisation entre les contrôles effectués par les différentes autorités contribue à la lutte contre l'abus en matière de migration illégale et de travail illégal, et par conséquent qu'elle profite à la santé économique du pays ;
Overwegende dat het, met het oog op de vereenvoudiging van de uitvoering van deze opdrachten, gepast is dat de partijen bij dit akkoord hun acties coördineren en het ten dien einde eens worden over de bijzondere modaliteiten van samenwerking;	Considérant que, afin de faciliter l'exercice de ces missions, il est opportun que les parties à cet accord coordonnent leurs actions et conviennent à cette fin de modalités particulières de coopération ;
TUSSEN :	**ENTRE :**
De Federale Staat, vertegenwoordigd door de Federale Regering, in de persoon van de Vice-eersteminister en Minister van Werk, Economie en Consumenten, belast met Buitenlandse Handel, van de Vice-eersteminister en Minister van Veiligheid en Binnenlandse Zaken, belast met de Regie der gebouwen, en van de Staatssecretaris voor Asiel en Migratie, belast	L'Etat Fédéral représenté par le Gouvernement fédéral, en la personne du Vice-Premier Ministre et Ministre de l'Emploi, de l'Economie et des Consommateurs, chargé du Commerce extérieur, du Vice-Premier Ministre et Ministre de la Sécurité et de l'Intérieur, chargé de la Régie des bâtiments et du Secrétaire d'Etat à l'Asile et la Migration, chargé de la Simplification

met Administratieve Vereenvoudiging ;	administrative ;
Het Vlaams Gewest, vertegenwoordigd door de Vlaamse Regering, in de persoon van de Minister-President van de Vlaamse Regering en van de Minister van Werk, Economie, Innovatie en Sport ;	La Région flamande, représentée par le Gouvernement flamand, en la personne du Ministre-Président du Gouvernement flamand et du Ministre de l'Emploi, de l'Economie, de l'Innovation et du Sport ;
Het Waals Gewest, vertegenwoordigd door de Waalse Regering, in de persoon van de Minister-President van de Waalse Regering en van de Viceminister-President en Minister van Economie, Industrie, Onderzoek, Innovatie, Digitalisering, Werk en Vorming;	La Région wallonne, représentée par le Gouvernement wallon, en la personne du Ministre-Président du Gouvernement wallon et du Vice-Président et Ministre de l'Economie, de l'Industrie, de la Recherche, de l'Innovation, du Numérique, de l'Emploi et de la Formation;
Het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, vertegenwoordigd door de Brusselse Hoofdstedelijke Regering, in de persoon van de Minister-President van de Regering van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest en van de Minister belast met Tewerkstelling, Economie, Brandbestrijding en Dringende medische hulp;	La Région de Bruxelles-Capitale, représentée par le Gouvernement de Bruxelles-Capitale, en la personne du Ministre-Président du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale et du Ministre chargé de l'Emploi, de l'Economie et de la Lutte contre l'Incendie et l'Aide médicale urgente ;
De Duitstalige Gemeenschap, vertegenwoordigd door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, in de persoon van de Minister-president van de Duitstalige Gemeenschap en de Viceminister-President Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme.	La Communauté germanophone, représentée par le Gouvernement de la Communauté germanophone, en la personne du Ministre-Président de la Communauté germanophone et de la Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme.
IS HET VOLGENDE OVEREENGEKOMEN :	**EST CONVENU CE QUI SUIT :**
HOOFDSTUK I. Algemene bepalingen	**CHAPITRE I. Dispositions générales**
Artikel 1.§1. Dit samenwerkingsakkoord betreft een gedeeltelijke omzetting van richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven gedeeltelijk om. Onverminderd de andere bevoegdheden die hun door dit akkoord worden toegekend, kunnen de partijen, met een uitvoerend samenwerkingsakkoord zoals voorzien in artikel 92bis, § 1, derde lid, van de bijzondere wet, de nadere regels omschrijven die zijn vereist voor	**Article 1er.§1.** Cet accord de coopération transpose partiellement la directive 2011/98/UE du Parlement européen et du Conseil du 13 décembre 2011 établissant une procédure de demande unique en vue de la délivrance d'un permis unique autorisant les ressortissants de pays tiers à résider et à travailler sur le territoire d'un Etat membre et établissant un socle commun de droits pour les travailleurs issus de pays tiers qui résident légalement dans un Etat membre. Sans préjudice des autres pouvoirs qui leur sont attribués par cet accord, les parties peuvent, par un accord de coopération d'exécution tel que prévu à l'article 92bis §1er alinéa 3 de la loi spéciale, définir les modalités nécessaires à la mise en œuvre de cet accord.

het uitvoeren van dit akkoord.	
§2. Dit samenwerkingsakkoord is van toepassing op de richtlijnen die zijn uitgevaardigd op grond van artikel 79, § 2, onder a) en b) van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie, wanneer ze de voorwaarden voor toegang en verblijf van de onderdanen van derde landen met het oog op een tewerkstelling gedurende meer dan negentig dagen bepalen en wanneer ze de invoering van één enkele procedure op het Belgisch niveau noodzakelijk maken. De partijen kunnen, met een uitvoerend samenwerkingsakkoord zoals bepaald in artikel 92bis, § 1, derde lid, van de bijzondere wet, de bijzondere modaliteiten voor de uitvoering van dit akkoord die van toepassing zijn op deze richtlijnen bepalen.	§2. Cet accord de coopération est applicable aux directives prises sur base de l'article 79 § 2, a) et b) du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne lorsqu'elles établissent les conditions d'entrée et de séjour des ressortissants de pays tiers aux fins d'occuper un emploi pendant un séjour de plus de nonante jours et qu'elles nécessitent, au niveau belge, la mise en place d'une procédure unique. Les parties peuvent, par un accord de coopération d'exécution tel que prévu à l'article 92bis §1er alinéa 3 de la loi spéciale, définir les modalités particulières de la mise en œuvre de cet accord applicables à ces directives.
Art. 2. De partijen oefenen hun respectieve bevoegdheden uit met inachtneming van dit akkoord.	**Art. 2.** Les parties exercent leurs compétences respectives dans le respect de cet accord.
Art. 3. In de zin van dit akkoord wordt verstaan onder :	**Art. 3.** Au sens de cet accord, on entend par :
1° "Dienst Vreemdelingenzaken" : de bestuursoverheid die bij de FOD Binnenlandse Zaken bevoegd is voor de toepassing van de regels inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen ;	1° « Office des Etrangers » : au sein du SPF Intérieur, l'autorité administrative compétente pour l'application des règles relatives à l'accès au territoire, au séjour, à l'établissement et à l'éloignement des étrangers ;
2° "Gewestelijke overheid" : de door het Gewest aangeduide bestuursoverheid die bevoegd is voor de tewerkstelling van de buitenlandse werknemers;	2° « autorité régionale » : l'autorité administrative désignée par la Région et qui est compétente en matière d'occupation des travailleurs étrangers ;
3° "Gewest" : het Waals Gewest, het Vlaams Gewest, het Brussels Hoofdstedelijk Gewest of de Duitstalige Gemeenschap dat of die bevoegd is voor de tewerkstelling van de buitenlandse werknemers;	3°« Région » : la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale ou la Communauté germanophone compétente en matière d'occupation des travailleurs étrangers ;
4° "FOD Werkgelegenheid, Arbeid en Sociaal Overleg" (hierna FOD WASO)" : federale overheidsdienst die bevoegd is voor de tewerkstelling van de buitenlandse werknemers op basis van hun specifieke verblijfssituatie;	4° « SPF Emploi, Travail et Concertation sociale (ci – après SPF ETCS) » : autorité fédérale compétente en matière d'occupation des travailleurs étrangers en situation particulière de séjour ;
5° "de Minister" : de Minister die bevoegd is voor de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen ;	5° « le Ministre » : le Ministre qui a l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers dans ses attributions ;
6° "gecombineerde aanvraagprocedure" : elke procedure , op basis van een gecombineerde aanvraag die door een onderdaan van een derde land of zijn werkgever wordt ingediend om	6° « procédure de demande unique » : toute procédure conduisant, sur le fondement d'une demande unique introduite par un ressortissant d'un pays tiers ou par son employeur, en vue

te worden gemachtigd om op het Belgische grondgebied te verblijven en er te werken, en dewelke tot een beslissing in verband met deze aanvraag leidt;	d'être autorisé à séjourner sur le territoire belge afin d'y travailler, à une décision statuant sur cette demande ;
7° "onderdaan van een derde land": een persoon die noch een burger is van de Unie in de zin van artikel 20, paragraaf 1, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie, noch een persoon die onder het Unierecht inzake vrij verkeer valt , zoals gedefinieerd in artikel 2, punt 5, van de Verordening (EU) 2016/399 van het Europees Parlement en de Raad van 9 maart 2016 betreffende een Uniecode voor de overschrijding van de grenzen door personen (Schengengrenscode) is;	7° « ressortissant d'un pays tiers » : une personne qui n'est ni un citoyen de l'Union au sens de l'article 20, paragraphe 1, du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, ni une personne jouissant du droit à la libre circulation au titre du droit de l'Union telle que définie à l'article 2, point 5, du Règlement (UE) 2016/399 du Parlement européen et du Conseil du 9 mars 2016 concernant un code de l'Union relatif au régime de franchissement des frontières par les personnes (Code frontières Schengen) ;
8° "toelating tot arbeid" : machtiging die de onderdaan van een derde land toelaat om op het Belgische grondgebied te werken, overeenkomstig de wetgeving inzake de tewerkstelling van de buitenlandse werknemers ;	8° « autorisation de travail » : autorisation qui permet au ressortissant d'un pays tiers de travailler sur le territoire belge conformément à la législation relative à l'occupation des travailleurs étrangers ;
9° "machtiging tot verblijf" : beslissing die de onderdaan van een derde land machtigt om voor een duur van meer dan negentig dagen in het op het Belgische grondgebied te verblijven om er te werken, overeenkomstig de wetgeving inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen ;	9° « autorisation de séjour » : décision qui autorise le ressortissant d'un pays tiers à séjourner pour une durée de plus de nonante jours sur le territoire belge afin d'y travailler conformément à la législation relative à l'accès au territoire, au séjour, à l'établissement et à l'éloignement des étrangers ;
10° "gecombineerde vergunning" : verblijfstitel die een vermelding bevat met betrekking tot de toegang tot de arbeidsmarkt en dewelke een onderdaan van een derde land in staat stelt om wettelijk op het Belgische grondgebied te verblijven, om er te werken;	10° « permis unique » : titre de séjour, comportant une mention relative à l'accès au marché du travail, qui permet à un ressortissant d'un pays tiers de séjourner légalement sur le territoire belge pour y travailler ;
11° "vestigingseenheid of uitbatingsadres of exploitatiezetel" : het uitbatingsadres of de exploitatiezetel, overeenkomstig artikel 2.6° van de wet van 16 januari 2003 tot oprichting van een Kruispuntbank van Ondernemingen, tot modernisering van het handelsregister, tot oprichting van erkende ondernemingsloketten en houdende diverse bepalingen;	11° « unité d'établissement ou adresse d'exploitation ou siège d'exploitation » : adresse d'exploitation ou siège d'exploitation, conformément à l'article 2, 6° de la loi du 16 janvier 2003 portant création d'une Banque-Carrefour des Entreprises, modernisation du registre de commerce, création de guichets-entreprises agréés et portant diverses dispositions ;
12° "maatschappelijke zetel": het hoofdkantoor van een bedrijf, de formele vestigingsplaats van een rechtspersoon;	12° « siège social » : le siège central d'une entreprise ; le lieu d'établissement formel d'une personne juridique ;
13° : "federale inspectiedienst": de door de federale overheid gemachtigde ambtenaren voor het vaststellen van inbreuken zoals bedoeld in artikel 6, §1, IX, 3° en 4° van de bijzondere wet;	13° « service d'inspection fédéral » : les agents habilités par l'autorité fédérale à constater les infractions visées à l'article 6, § 1er, IX, 3° et 4° de la loi spéciale ;
14°: "gewestelijke inspectiedienst": de door de gewesten gemachtigde ambtenaren voor het vaststellen van inbreuken zoals bedoeld in artikel 6, §1, IX, 3° en 4° van de bijzondere wet.;	14° « service d'inspection régionale » : les agents habilités par les Régions à constater les infractions visées à l'article 6, § 1er, IX, 3° et 4° de la loi spéciale.

HOOFDSTUK II. Toepassingsgebied	CHAPITRE II. Champ d'application
Afdeling 1. Algemene bepalingen	**Section 1. Dispositions générales**
Art. 4. Dit akkoord regelt de samenwerking tussen de partijen met het oog op de coördinatie en de harmonisatie van de procedures aangaande machtigingen tot verblijf en toelatingen tot arbeid, en bij de uitoefening van de bevoegdheden inzake tewerkstelling van buitenlandse werknemers. Dit akkoord respecteert de specifieke kenmerken van elke bevoegde overheid en de doelstellingen die door elk van deze overheden dienen te worden nagestreefd.	**Art. 4.** Cet accord règle la coopération entre les parties en vue de la coordination et de l'harmonisation des procédures relatives aux autorisations de séjour et aux autorisations de travail ainsi que dans le cadre de l'exercice des compétences relatives à l'occupation de travailleurs étrangers. Cet accord respecte les particularités de chaque autorité compétente et les objectifs que doit poursuivre chacune d'entre elles.
Art. 5. De samenwerking bedoeld in artikel 4 heeft tot doel :	**Art. 5.** La coopération visée à l'article 4 a pour objet :
1° de coördinatie van de verdeling van de bevoegdheden inzake de tewerkstelling van buitenlandse arbeidskrachten tussen de federale overheid en de gewestelijke overheden, wat betreft normering, toepassing der normen, controle, toezicht en sanctionering, overeenkomstig de bepalingen van artikel 6, §1, IX, 3° en 4° van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen;	1° la coordination de la répartition des compétences en matière d'emploi des travailleurs étrangers entre l'Etat fédéral et les autorités régionales, concernant l'établissement des normes, l'application des normes, le contrôle, la surveillance et les sanctions, conformément aux dispositions de l'article 6, § 1er, IX, 3° et 4° de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles ;
2° de territoriale verdeling van de bevoegdheden inzake de tewerkstelling van buitenlandse arbeidskrachten tussen de gewestelijke overheden op grond van het territoriaal aanknopingspunt;	2° la répartition territoriale des compétences en matière d'emploi des travailleurs étrangers entre les autorités régionales sur la base du point de rattachement territorial ;
3° de vastlegging van het principe van wederzijdse erkenning, opdat de Gewesten hun bevoegdheden inzake tewerkstelling van buitenlandse arbeidskrachten uitoefenen met inachtneming van de Belgische economische unie overeenkomstig artikel 6, §1, VI, derde lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen;	3° la détermination du principe de reconnaissance mutuelle, de sorte que les Régions exercent leurs compétences en matière d'emploi des travailleurs étrangers dans le respect de l'Union économique belge, conformément à l'article 6, § 1er, VI, alinéa 3, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles ;
4° de invoering en de coördinatie van één enkele gemeenschappelijke aanvraagprocedure voor onderdanen van derde landen die op het grondgebied wensen te verblijven om er te werken, overeenkomstig richtlijn 2011/98/EU;	4° l'instauration et la coordination d'une procédure de demande unique et commune pour les ressortissants de pays tiers qui souhaitent séjourner sur le territoire en vue d'y travailler, conformément à la directive 2001/98/UE.
Art. 6. Dit akkoord regelt eveneens de transversale maatregelen die uit deze samenwerking voortvloeien:	**Art. 6.** Cet accord règle également les mesures transversales consécutives à cette coopération :
1° de verdeling van de kosten;	1° la répartition des coûts ;

2° de coherentie tussen wetgevende en reglementaire normen van de verschillende regeringen;	2° la cohérence des normes législatives et réglementaires des différents gouvernements ;
3° de regeling van de geschillen die voortvloeien uit de interpretatie of de uitvoering van dit akkoord ;	3° le règlement des litiges issus de l'interprétation ou de l'exécution de cet accord ;
4° de inwerkingtreding en de duur van dit akkoord.	4° l'entrée en vigueur et la durée du présent accord.
Afdeling 2. Vaststellen van de bevoegde gewestelijke overheid	**Section 2. Détermination de l'autorité régionale compétente**
Art. 7. De gewestelijke overheid die bevoegd is om elke aanvraag voor toelating tot arbeid te ontvangen en te behandelen wordt als volgt vastgesteld:	**Art. 7.** La détermination de l'autorité régionale compétente pour réceptionner et traiter toute demande d'autorisation de travail s'établit comme suit :
1° - wanneer de werkgever of de gebruiker van een dienstverrichting één of meerdere vestigingseenheden bezit die in één of verschillende gewesten gesitueerd zijn, is de bevoegde gewestelijke overheid de overheid die overeenkomt met de vestigingseenheid waar de activiteiten van de buitenlandse werknemer geconcentreerd zijn; - wanneer de hoofdzakelijke plaats van tewerkstelling niet kan worden bepaald, is de bevoegde gewestelijke overheid de overheid die overeenkomt met de maatschappelijke zetel van de onderneming; - wanneer de werkgever of de gebruiker van een dienstverrichting geen enkele maatschappelijke zetel en geen enkele vestigingseenheid in België bezit, is de bevoegde gewestelijke overheid de overheid van het gewest waar de onderdaan van het derde land zijn activiteiten zal uitoefenen.	1° - lorsque l'employeur ou l'entreprise bénéficiaire d'une prestation de service possède une ou plusieurs unités d'établissement situées dans une région ou dans des régions différentes, l'autorité régionale compétente est celle correspondant à l'unité d'établissement où les activités du travailleur étranger se concentrent ; - lorsque le lieu principal de travail ne peut être déterminé, l'autorité régionale compétente est celle correspondant au siège social de l'entreprise ; - lorsque l'employeur ou l'entreprise bénéficiaire d'une prestation de service ne possède aucun siège social et aucune unité d'établissement en Belgique, l'autorité régionale compétente est celle où le ressortissant d'un pays tiers exercera ses activités.
2° wanneer de aanvraag betrekking heeft op een toelating tot arbeid voor onbepaalde duur of een vrijstelling voor onbepaalde duur is de bevoegde gewestelijke overheid de overheid die overeenkomt met de officiële woonplaats van de werknemer.	2° lorsque la demande concerne une autorisation de travail à durée illimitée ou une dispense à durée illimitée, l'autorité régionale compétente est celle correspondant au domicile officiel du travailleur.
Art. 8. Wanneer de gewestelijke overheid waarbij de aanvraag wordt ingediend, niet de bevoegde overheid is overeenkomstig artikel 7	**Art. 8.** Lorsque l'autorité régionale saisie de la demande n'est pas compétente conformément à l'article 7, elle la transmet à l'autorité

niet bevoegd is, geeft deze de aanvraag binnen een termijn van vier werkdagen na ontvangst door aan de bevoegde overheid en brengt ze de verzoeker hiervan op de hoogte.	compétente dans un délai de quatre jours ouvrables suivant la réception de celle-ci et en informe le requérant.
In bijzondere gevallen kan de in het eerste lid bepaalde termijn bij uitvoerend samenwerkingsakkoord aangepast worden	Le délai prévu à l'alinéa 1er peut être adapté, dans des cas particuliers, par accord de coopération d'exécution.
Afdeling 3. Toezicht, controle en sanctionering	**Section 3 : Surveillance, contrôle et sanctions**
Art. 9. Elke bevoegde overheid bepaalt het wettelijk kader waarbinnen de uitoefening van de controle en het toezicht en de bijbehorende sancties geregeld worden.	**Art. 9.** Chaque autorité compétente fixe le cadre légal régissant l'exercice du contrôle, de la surveillance et des sanctions y afférentes.
Art. 10. De vaststelling van inbreuken betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers is een gedeelde bevoegdheid van de federale overheid en de gewestelijke overheden. Elke bevoegde overheid wijst haar ambtenaren aan die belast zijn met deze controles.	**Art. 10.** La constatation des infractions relatives à l'emploi des travailleurs étrangers est une compétence partagée entre l'Etat fédéral et les autorités régionales. Chaque autorité compétente désigne ses agents qui sont chargés de mener ces contrôles.
Art. 11. De federale inspectiedienst kan, naast inbreuken op de federale regelgeving, in toepassing van artikel 10 inbreuken vaststellen op de regionale regelgeving. Elke gewestelijke inspectiedienst kan, naast inbreuken op de eigen regionale regelgeving binnen haar eigen grondgebied, in toepassing van artikel 10 inbreuken vaststellen op de federale regelgeving.	**Art. 11.** Outre les infractions à la réglementation fédérale, le service d'inspection fédéral peut constater les infractions à la règlementation régionale en application de l'article 10. Outre les infractions à la réglementation régionale au sein de son propre territoire, chaque service d'inspection régional peut constater les infractions à la réglementation fédérale en application de l'article 10.
Art. 12. De betrokken inspectiedienst stuurt een exemplaar van het proces-verbaal dat de inbreuk op de gewestelijke reglementering vaststelt naar de bevoegde gewestelijke cel Administratieve geldboeten. De betrokken inspectiedienst stuurt een exemplaar van het proces-verbaal dat de inbreuk op de federale reglementering vaststelt naar de Directie Administratieve boeten van de FOD WASO.	**Art. 12.** Le service d'inspection concerné transmet un exemplaire du procès-verbal constatant l'infraction à la réglementation régionale à la cellule régionale Amendes administratives compétente. Le service d'inspection concerné transmet un exemplaire du procès-verbal constatant l'infraction à la réglementation fédérale à la Direction des Amendes administratives du SPF ETCS.
Art. 13. Ingeval één proces-verbaal verschillende inbreuken bevat waarvoor verschillende cellen administratieve geldboeten bevoegd zijn, wordt een exemplaar van het proces-verbaal naar de bevoegde cellen	**Art. 13.** Si un seul procès-verbal reprend différentes infractions impliquant différentes cellules Amendes administratives compétentes, un exemplaire du procès-verbal est envoyé aux cellules Amendes administratives et/ou aux

administratieve geldboeten en/of de bevoegde directies administratieve geldboeten gestuurd.	directions des Amendes administratives compétentes.
HOOFDSTUK III. Wederzijdse erkenning	**CHAPITRE III. Reconnaissance mutuelle**
Art. 14. De onderdanen van derde landen die beschikken over een geldige toelating tot arbeid die toegekend werd door een gewestelijke overheid voor de tewerkstelling in een bepaalde functie bij een bepaalde werkgever, of zij die vrijgesteld zijn van de verplichting om een dergelijke toelating tot arbeid te verkrijgen, kunnen in opdracht van dezelfde werkgever op het hele Belgische grondgebied werken, op voorwaarde dat alle voorwaarden betreffende de toelating tot arbeid of de vrijstelling hiervan, zoals vastgesteld door de eerste gewestelijke overheid, zijn vervuld.	**Art. 14.** Les ressortissants de pays tiers en possession d'une autorisation de travail en cours de validité octroyée par une autorité régionale pour un emploi dans une fonction déterminée par un employeur déterminé, ou dispensés de l'obligation d'obtenir une telle autorisation de travail peuvent travailler pour le même employeur sur tout le territoire belge, à condition que toutes les conditions fixées par la première autorité régionale relatives à l'autorisation de travail ou la dispense soient remplies.
De werknemer die een toelating tot arbeid voor onbepaalde duur in één Gewest verkrijgt, of die vrijgesteld is voor onbepaalde duur in één Gewest, kan op basis van diezelfde vergunning of vrijstelling op het hele Belgische grondgebied werken.	Le travailleur qui se voit octroyer une autorisation de travail à durée illimitée ou une dispense pour une durée illimitée au sein d'une Région, peut travailler sur l'ensemble du territoire belge, sur la base de cette autorisation.
Indien dwingende redenen van algemeen belang dit rechtvaardigen, kunnen de partijen bij uitvoerend samenwerkingsakkoord, de categorieën buitenlandse werknemers die onder het toepassingsgebied van het tweede lid vallen, beperken.	Si des raisons impérieuses d'intérêt général le justifient, les parties peuvent limiter les catégories de travailleurs étrangers qui tombent dans le champ d'application du deuxième alinéa par accord de coopération d'exécution.
HOOFDSTUK IV. Gecombineerde aanvraagprocedure met het oog op het verkrijgen van een gecombineerde vergunning of een andere verblijfstitel om voor een periode van meer dan negentig dagen te werken.	**CHAPITRE IV. Procédure de demande unique en vue de l'obtention d'un permis unique ou d'un autre titre de séjour afin de venir travailler pour une période de plus de 90 jours.**
Afdeling 1. Toepassingsgebied	**Section 1. Champ d'application**
Art. 15. Onverminderd gunstigere bepalingen is dit hoofdstuk van toepassing op elke aanvraag voor een machtiging tot verblijf met het oog op werk voor een periode van meer dan 90 dagen.	**Art. 15.** Sans préjudice de dispositions plus favorables, le présent chapitre s'applique à toute demande d'autorisation de séjour à des fins de travail pour une période de plus de 90 jours.
De partijen kunnen bij uitvoerend samenwerkingsakkoord, de categorieën buitenlandse werknemers die onder het toepassingsgebied van dit hoofdstuk vallen, beperken.	Les parties peuvent limiter les catégories de travailleurs étrangers qui tombent dans le champ d'application de ce chapitre par accord de coopération d'exécution.
Art. 16. Onverminderd andersluidende	**Art. 16.** Sauf dispositions réglementaires

reglementaire bepalingen inzake de tewerkstelling van de buitenlandse werknemers, zijn voor de toepassing van dit hoofdstuk, voor wat betreft de aangelegenheden waarvoor de Gewesten bevoegd zijn, de arbeidskaarten, die toelating geven tot arbeid voor meer dan negentig dagen in de zin van artikel 5 van de wet van 30 april 1999, vervat in de gecombineerde vergunning of in een andere verblijfstitel met het oog op werk voor een periode van meer dan negentig dagen.	contraires relatives à l'occupation de travailleurs étrangers, pour l'application du présent chapitre, en ce qui concerne les matières pour lesquelles les Région sont compétentes, les permis de travail donnant accès à un emploi de plus de nonante jours au sens de l'article 5 de la loi du 30 avril 1999, sont contenus dans le permis unique ou un autre permis de séjour en vue d'un emploi d'une période de plus de nonante jours.
Onverminderd andersluidende reglementaire bepalingen inzake de tewerkstelling van de buitenlandse werknemers, zijn voor de toepassing van dit hoofdstuk , voor wat betreft de aangelegenheden waarvoor de Gewesten bevoegd zijn, de vrijstellingen van de verplichting om een arbeidskaart te verkrijgen, die toelating geven tot arbeid voor een periode van meer dan negentig dagen in de zin van artikel 7 van de wet van 30 april 1999, vervat in de gecombineerde vergunning of in een andere verblijfstitel met het oog op werk voor een periode van meer dan negentig dagen.	Sauf dispositions réglementaires contraires relatives à l'occupation de travailleurs étrangers, pour l'application du présent chapitre-, en ce qui concerne les matières pour lesquelles les Régions sont compétentes, les dispenses de l'obligation d'obtenir un permis de travail donnant accès à un emploi de plus de nonante jours au sens de l'article 7 la loi du 30 avril 1999, sont contenues dans le permis unique ou un autre permis de séjour en vue d'un emploi d'une période de plus de nonante jours.
Onverminderd andersluidende reglementaire bepalingen inzake de tewerkstelling van de buitenlandse werknemers, wordt voor de toepassing van dit hoofdstuk voor wat betreft de aangelegenheden waarvoor de Gewesten bevoegd zijn, de gecombineerde vergunning of een andere verblijfstitel met het oog op werk voor een periode van meer dan negentig dagen gelijkgesteld met de arbeidsvergunning, vermeld in artikel 4, §1, eerste lid, van de wet van 30 april 1999, die de werkgever machtigt de buitenlandse werknemer tewerk te stellen.	Sauf dispositions réglementaires contraires relatives à l'occupation de travailleurs étrangers, pour l'application du présent chapitre-, en ce qui concerne les matières pour lesquelles les Régions sont compétentes, le permis unique ou un autre permis de séjour en vue d'accéder à un emploi d'une période de plus de nonante jours sont assimilés à l'autorisation d'occupation visée à l'article 4, § 1er, premier alinéa, de la loi du 30 avril 1999, qui autorise l'employeur à occuper des travailleurs étrangers.
Afdeling 2. Indiening van de aanvraag.	**Section 2. Introduction de la demande**
Onderafdeling 1. Algemene regels	***Sous-section 1re. Règles générales***
Art. 17. §1. De aanvraag voor een machtiging tot verblijf met het oog op werk voor een periode van meer dan negentig dagen wordt ingediend in de vorm van een aanvraag voor een toelating tot arbeid.	**Art. 17.§1er.** La demande d'autorisation de séjour à des fins de travail pour une période de plus de nonante jours est introduite sous la forme d'une demande d'autorisation de travail.
De aanvraag voor een toelating tot arbeid geldt als aanvraag voor een machtiging tot verblijf.	La demande d'autorisation de travail vaut demande d'autorisation de séjour.
De machtiging tot verblijf is enkel geldig indien een toelating tot arbeid wordt toegekend.	L'autorisation de séjour est valable uniquement si une autorisation de travail est accordée.
De toelating tot arbeid is enkel geldig indien een machtiging tot verblijf wordt toegekend.	L'autorisation de travail est valable uniquement si une autorisation de séjour est accordée.

Art. 18. §1. Onverminderd de bepalingen van de artikelen 22 en 23 wordt de aanvraag voor een machtiging tot verblijf met het oog op werk en de aanvraag voor de vernieuwing van deze machtiging door de onderdaan van een derde land ingediend via zijn werkgever bij de territoriaal bevoegde gewestelijke overheid.	**Art. 18. §1er.** Sans préjudice des dispositions des articles 22 et 23, la demande d'autorisation de séjour à des fins de travail et la demande de renouvellement de cette autorisation sont introduites par le ressortissant d'un pays tiers par le biais de son employeur auprès de l'autorité régionale territorialement compétente.
§2. Het Gewest bepaalt, de voorwaarden en de nadere regels voor de indiening van de aanvraag.	**§2.** La Région détermine les conditions et modalités d'introduction de la demande.
§3. Naast de documenten die zijn voorgeschreven door de wetgevende of reglementaire bepalingen inzake de tewerkstelling van de buitenlandse werknemers, bevat de aanvraag de documenten met betrekking tot het verblijf die voorgeschreven zijn door de wetgeving inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen.	**§3.** Outre les documents prévus par les dispositions législatives ou réglementaires en matière d'occupation des travailleurs étrangers, la demande contient les documents relatifs au séjour prévus par la législation relative à l'accès au territoire, au séjour, à l'établissement et à l'éloignement des étrangers.
§4. Op verzoek verstrekken de Dienst Vreemdelingenzaken en de gewestelijke overheden, ieder wat hen betreft, aan de onderdaan van een derde land en zijn werkgever de relevante informatie inzake de documenten die vereist zijn om een volledige aanvraag in te dienen.	**§4.** L'Office des Etrangers et les autorités régionales, chacun pour ce qui le concerne, fournissent, sur demande, au ressortissant d'un pays tiers et à son employeur les informations adéquates concernant les documents requis pour introduire une demande complète.
Art. 19. §1. De bevoegde gewestelijke overheid neemt een beslissing over de volledigheid en de ontvankelijkheid van de aanvraag.	**Art. 19. §1er.** L'autorité régionale compétente statue sur le caractère complet et recevable de la demande.
§2. Wanneer niet alle documenten die vereist zijn om de aanvraag te staven voorgelegd worden, of indien ze onvolledig zijn, deelt de gewestelijke overheid de aanvrager schriftelijk mee welke aanvullende inlichtingen of documenten hij moet voorleggen, en dit binnen een termijn van vijftien dagen na de betekening van de brief waarin deze documenten gevraagd worden.	**§2.** Lorsque tous les documents requis à l'appui de la demande ne sont pas produits ou sont incomplets, l'autorité régionale précise par écrit au demandeur les informations ou documents complémentaires qu'il doit produire dans un délai de quinze jours à compter de la notification du courrier réclamant ces documents.
§3. Indien de aanvullende documenten of inlichtingen niet binnen de termijn bedoeld in § 2 geleverd werden, verklaart de gewestelijke overheid de aanvraag onontvankelijk.	**§3.** Si les documents ou informations complémentaires n'ont pas été fournis dans le délai visé au § 2, l'autorité régionale déclare la demande irrecevable.
In afwijking van het eerste lid, verklaart de gewestelijke overheid de aanvraag onvolledig doch ontvankelijk indien de Minister of zijn gemachtigde aangeeft dat bepaalde documenten voorgeschreven door de wetgeving inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen, in de loop van de procedure zullen worden toegevoegd.	Par dérogation à l'alinéa 1er, l'autorité régionale déclare la demande incomplète mais recevable si le Ministre ou son délégué indique que certains documents prévus par les dispositions de la législation relative à l'accès au territoire, au séjour, à l'établissement et à l'éloignement des étrangers seront joints durant la procédure.
Art. 20. Ten laatste vijftien dagen na de ontvankelijkheid van de aanvraag stuurt de	**Art. 20.** Au plus tard dans les quinze jours à compter de la recevabilité de la demande,

gewestelijke overheid een kopie van het dossier naar de Dienst Vreemdelingenzaken.	l'autorité régionale transmet une copie du dossier à l'Office des Etrangers.
In bepaalde gevallen kan de in het eerste lid bepaalde termijn bij uitvoerend samenwerkingsakkoord gewijzigd worden.	Le délai prévu à l'alinéa 1er peut être modifié, dans des cas particuliers, par accord de coopération d'exécution.
Art. 21. De aanvraag voor verlenging van de machtiging tot verblijf met het oog op werk wordt ten laatste twee maanden voor het verstrijken van de geldigheidsduur van de vorige machtiging bij de gewestelijke overheid ingediend.	**Art. 21.** La demande de renouvellement d'autorisation de séjour à des fins de travail est introduite auprès de l'autorité régionale au plus tard deux mois avant l'expiration de la validité de l'autorisation précédente.
Onderafdeling 2. Bijzondere regels	**Sous-section 2. Règles particulières**
Art. 22. De aanvraag voor een machtiging tot verblijf met het oog op werk voor onbepaalde duur wordt door de onderdaan van een derde land ingediend bij de territoriaal bevoegde gewestelijke overheid, overeenkomstig artikel 7, 2° wanneer hij een aanvraag voor een toelating tot arbeid van onbeperkte duur indient.	**Art. 22.** La demande d'autorisation de séjour à des fins de travail pour une période illimitée est introduite par le ressortissant d'un pays tiers auprès de l'autorité régionale territorialement compétente lorsqu'il introduit une demande d'autorisation de travail illimitée conformément à l'article 7, 2°.
Art. 23. Indien de toelating tot arbeid door de bevoegde gewestelijke overheid voor onbeperkte duur wordt toegekend, dient de onderdaan van een derde land de volgende aanvraag voor vernieuwing van zijn machtiging tot verblijf in bij de burgemeester van de plaats waar hij verblijft, overeenkomstig de wetgeving inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen.	**Art. 23.** Lorsque l'autorisation de travailler est accordée par l'autorité régionale compétente de manière illimitée, le ressortissant d'un pays tiers introduit sa demande de renouvellement d'autorisation de séjour auprès du bourgmestre de la localité où il séjourne conformément à la législation relative à l'accès au territoire, au séjour, à l'établissement et à l'éloignement des étrangers.
Afdeling 3 . Behandeling van de aanvraag	**Section 3 . – Examen de la demande**
Art. 24. §1. De Federale staat en de Gewesten bepalen de nadere regels voor het behandelen van de aanvragen.	**Art. 24. §1er.** L'Etat fédéral et les Régions déterminent les modalités d'examen des demandes, chacun les concernant.
§2. De Dienst Vreemdelingenzaken en de gewestelijke overheden behandelen de aanvragen gezamenlijk en respecteren daarbij hun respectieve bevoegdheden.	**§2.** L'Office des Etrangers et les autorités régionales traitent les demandes de manière conjointe et se conforment dans ce cadre à leurs compétences respectives.
Art. 25. §1. Onverminderd gunstigere bepalingen in de Europese richtlijnen bedoeld in artikel 1, § 2, wordt de beslissing met betrekking tot de aanvraag voor een machtiging tot verblijf met het oog op werk ten laatste binnen de vier maanden na de kennisgeving van het feit dat de aanvraag volledig is genomen.	**Art. 25. §1er.** Sans préjudice de dispositions plus favorables contenues dans des directives européennes telles que visées à l'article 1er § 2, la décision relative à la demande d'autorisation de séjour à des fins de travail est prise au plus tard dans les quatre mois suivant la notification du caractère complet de la demande.

§2. Tijdens het onderzoek van de aanvraag kan aan de onderdaan van een derde land of aan de werkgever worden gevraagd om dat binnen een termijn van 15 dagen aanvullende inlichtingen of documenten voor te leggen.	§2. Lors de l'examen de la demande, il peut être exigé du ressortissant d'un pays tiers ou de l'employeur de produire dans un délai de 15 jours des informations ou documents complémentaires.
Indien de aanvullende inlichtingen of documenten niet binnen de voorgeschreven termijn werden voorgelegd, wordt de aanvraag geweigerd.	Si les informations ou les documents complémentaires n'ont pas été produits dans le délai prévu, la demande est refusée.
§3. In uitzonderlijke omstandigheden, die verbonden zijn met de complexiteit van de aanvraag, kan de termijn bedoeld in paragraaf 1 verlengd worden.	§3. Le délai visé au paragraphe 1er peut être prorogé dans des circonstances exceptionnelles liées à la complexité de la demande.
Wanneer de Minister of zijn gemachtigde deze termijn verlengt, brengt hij de onderdaan van een derde land en de bevoegde gewestelijke overheid daarvan op de hoogte.	Lorsque le Ministre ou son délégué proroge ce délai, il en informe le ressortissant d'un pays tiers et l'autorité régionale compétente.
Wanneer de gewestelijke overheid deze termijn verlengt, brengt ze de aanvrager en de Minister of zijn gemachtigde daarvan op de hoogte.	Lorsque l'autorité régionale proroge ce délai, elle en informe le demandeur et le Ministre ou son délégué.
§4. Indien er na het verstrijken van de termijn bedoeld in paragraaf 1, die eventueel verlengd werd overeenkomstig paragraaf 3, geen enkele beslissing werd genomen, worden de machtigingen tot verblijf en de toelatingen tot arbeid beschouwd te zijn toegekend.	§4. Si aucune décision n'a été prise après l'expiration du délai visé au paragraphe 1er, qui a éventuellement fait l'objet d'une prorogation conformément au paragraphe 3, les autorisations de séjour et de travail sont réputées octroyées.
Art. 26. Indien de bevoegde gewestelijke overheid binnen de in artikel 20 bepaalde termijn beslist om een toelating tot arbeid toe te kennen, stuurt ze onmiddellijk haar beslissing en een kopie van het volledig dossier naar de Minister of zijn gemachtigde.	Art. 26. Si, dans le délai prévu à l'article 20, l'autorité régionale compétente prend une décision d'autorisation de travail, elle transmet immédiatement sa décision et une copie du dossier complet au Ministre ou son délégué.
Wanneer de Minister of zijn gemachtigde beslist om een machtiging tot verblijf toe te kennen, betekent hij de twee positieve beslissingen in overeenstemming met artikel 33 aan de onderdaan van een derde land.	Lorsque le Ministre ou son délégué prend une décision d'autorisation de séjour, il notifie les deux décisions positives au ressortissant d'un pays tiers conformément à l'article 33.
Wanneer de Minister of zijn gemachtigde een beslissing tot weigering van een machtiging tot verblijf neemt, betekent hij zijn beslissing aan de onderdaan van een derde land en brengt hij de bevoegde gewestelijke overheid en de werkgever daarvan op de hoogte.	Lorsque le Ministre ou son délégué prend une décision de refus d'autorisation de séjour, il notifie sa décision au ressortissant d'un pays tiers et informe l'autorité régionale compétente et l'employeur.
Art. 27. Indien de gewestelijke overheid binnen de in artikel 20 bepaalde termijn een beslissing tot weigering van toelating tot arbeid neemt, betekent ze haar beslissing aan de aanvrager, en brengt ze de Minister of zijn gemachtigde daarvan op de hoogte.	Art. 27. Si, dans le délai prévu à l'article 20, l'autorité régionale prend une décision de refus d'autorisation de travail, elle notifie sa décision au demandeur et en informe le Ministre ou son délégué.

Art. 28. Indien de bevoegde gewestelijke overheid na de in artikel 20 bepaalde termijn beslist om een toelating tot arbeid toe te kennen, stuurt ze haar beslissing naar de Minister of zijn gemachtigde.	**Art. 28.** Si, après le délai prévu à l'article 20, l'autorité régionale compétente prend une décision d'autorisation de travail, elle transmet sa décision au Ministre ou à son délégué.
Wanneer de Minister of zijn gemachtigde beslist om een machtiging tot verblijf toe te kennen, betekent hij de twee positieve beslissingen in overeenstemming met artikel 33 aan de onderdaan van een derde land.	Lorsque le Ministre ou son délégué prend une décision d'autorisation de séjour, il notifie les deux décisions positives au ressortissant d'un pays tiers conformément à l'article 33.
Wanneer de Minister of zijn gemachtigde een beslissing tot weigering van een machtiging tot verblijf neemt, betekent hij zijn beslissing aan de onderdaan van een derde land, en brengt hij de werkgever daarvan op de hoogte.	Lorsque le Ministre ou son délégué prend une décision de refus d'autorisation de séjour, il notifie sa décision au ressortissant d'un pays tiers et informe l'employeur.
Art. 29. Indien de Minister of zijn gemachtigde na de in artikel 20 bepaalde termijn beslist om een machtiging tot verblijf toe te kennen stuurt hij zijn beslissing naar de bevoegde gewestelijke overheid.	**Art. 29.** Si, après le délai prévu à l'article 20, le Ministre ou son délégué prend une décision d'autorisation de séjour, il transmet sa décision à l'autorité régionale compétente.
Wanneer de gewestelijke overheid beslist om een toelating tot arbeid toe te kennen stuurt ze haar beslissing naar de Minister of zijn gemachtigde. De Minister of zijn gemachtigde geeft kennis van deze beslissingen overeenkomstig artikel 33.	Lorsque l'autorité régionale prend une décision d'autorisation de travail, elle transmet sa décision au Ministre ou à son délégué. Le Ministre ou son délégué notifie ces décisions conformément à l'article 33.
Wanneer de gewestelijke overheid een beslissing tot weigering van een toelating tot arbeid neemt, betekent ze haar beslissing aan de aanvrager, en brengt ze Minister of zijn gemachtigde daarvan op de hoogte.	Lorsque l'autorité régionale prend une décision de refus d'autorisation de travail, elle notifie sa décision au demandeur et en informe le Ministre ou son délégué.
Art. 30. Indien de gewestelijke overheid na de in artikel 20 bepaalde termijn een beslissing tot weigering van een toelating tot arbeid neemt, brengt ze de Minister of zijn gemachtigde daarvan op de hoogte vooraleer ze de beslissing aan de aanvrager betekent.	**Art. 30.** Si, après le délai prévu à l'article 20, l'autorité régionale prend une décision de refus d'autorisation de travail, elle informe le Ministre ou son délégué préalablement à la notification de la décision au demandeur.
Art. 31. Indien de Minister of zijn gemachtigde na de in artikel 20 bepaalde termijn een beslissing neemt tot weigering van een machtiging tot verblijf, brengt hij de bevoegde gewestelijke overheid daarvan op de hoogte vooraleer hij de beslissing aan de onderdaan van een derde land betekent en brengt hij de werkgever daarvan op de hoogte brengt.	**Art. 31.** Si, après le délai prévu à l'article 20, le Ministre ou son délégué prend une décision de refus d'autorisation de séjour, il informe l'autorité régionale compétente préalablement à la notification de la décision au ressortissant d'un pays tiers et en informe l'employeur.
Art. 32. De beslissingen die betrekking hebben op de aanvragen voor een machtiging tot verblijf met het oog op werk worden gemotiveerd en schriftelijk meegedeeld aan de aanvrager.	**Art. 32.** Les décisions portant sur les demandes d'autorisation de séjour à des fins de travail sont motivées et communiquées par écrit au demandeur.
De schriftelijke betekening vermeldt de mogelijke rechtsmiddelen in geval van weigering	La notification écrite indique les voies de recours possibles en cas de refus d'autorisation

van toelating tot arbeid of machtiging tot verblijf.	de travail ou d'autorisation de séjour.
Art. 33. De beslissingen waarmee de gecombineerde vergunning wordt toegekend nemen de vorm aan van een gecombineerde administratieve akte die tegelijkertijd het verblijf en het werk toestaat.	**Art. 33.** Les décisions accordant le permis unique prennent la forme d'un acte administratif unique autorisant à la fois le séjour et le travail.
De Minister of zijn gemachtigde betekent deze akte aan de derdelander en de werkgever.	Le Ministre ou son délégué notifie cet acte au ressortissant d'un pays tiers et à l'employeur.
Afdeling 4. Afgifte van de gecombineerde vergunning	**Section 4. Délivrance du permis unique**
Art. 34. Wanneer de onderdaan van een derde land gemachtigd wordt om op het Belgische grondgebied te verblijven en te werken, brengt de Dienst Vreemdelingenzaken de diplomatieke posten en/of de gemeenten op de hoogte van de positieve beslissingen.	**Art. 34.** Lorsque le ressortissant d'un pays tiers est autorisé à séjourner et à travailler sur le territoire belge, l'Office des Etrangers porte à la connaissance des postes diplomatiques et/ou des communes les décisions positives.
Indien de onderdaan van een derde land zich op de datum van de beslissing tot machtiging tot verblijf en arbeid in het buitenland bevindt, wordt op zijn verzoek een visum aan hem afgeleverd.	Lorsque le ressortissant d'un pays tiers autorisé au séjour et au travail se trouve à l'étranger à la date de la décision d'autorisation de séjour et de travail, un visa lui est délivré, à sa demande.
De tot verblijf met het oog op werk gemachtigde onderdaan van een derde land wordt in het vreemdelingenregister ingeschreven. Een gecombineerde vergunning conform aan verordening (EG) nr. 1030/2002 van de Raad van 13 juni 2002 betreffende de invoering van een uniform model voor verblijfstitels voor onderdanen van derde landen wordt aan hem afgegeven.	Le ressortissant d'un pays tiers autorisé au séjour et au travail est inscrit au registre des étrangers. Un permis unique conforme au règlement (CE) n° 1030/2002 du Conseil du 13 juin 2002 établissant un modèle uniforme de titre de séjour pour les ressortissants de pays tiers, lui est délivré.
De tot verblijf met het oog op werk gemachtigde onderdaan van een derde land kan beginnen te werken, zodra hij in het bezit is van het voorlopige verblijfsdocument dat wordt afgeleverd in afwachting van de afgifte van de gecombineerde vergunning, of in afwachting van de verlenging van de gecombineerde vergunning.	Le ressortissant d'un pays tiers autorisé à séjourner sur le territoire en vue d'y travailler peut commencer à travailler dès qu'il est en possession du document de séjour provisoire qui est délivré en attente de la délivrance du permis unique, ou en attente de la prolongation de celui-ci.
Art. 35. In overleg met alle partijen vermeldt de Dienst Vreemdelingenzaken op de verblijfstitel conform aan Verordening (EG) 1030/2002 die afgegeven wordt aan de onderdanen van derde landen die toegelaten of gemachtigd zijn tot verblijf de beperkingen van de arbeidsmarkt die vastgelegd zijn door de federale of gewestelijke wetgeving. Deze vermelding ziet er als volgt uit : 1°ofwel « Arbeidsmarkt » : beperkt 2° ofwel « Arbeidsmarkt » : onbeperkt 3° ofwel « Arbeidsmarkt » : nee	**Art. 35.** En concertation avec l'ensemble des parties, l'Office des Etrangers mentionne sur le titre de séjour conforme au Règlement (CE) 1030/2002 délivré aux ressortissants de pays tiers admis ou autorisés au séjour les limites à l'accès au marché du travail fixées par la législation fédérale ou régionale. Cette mention se présente comme suit : 1° soit, « Marché du travail » : limité 2° soit, « Marché du travail » : illimité 3° soit « Marché du travail » : non

Afdeling 5. Beëindiging van de toelating tot arbeid of de machtiging tot verblijf.	**Section 5. Fin de l'autorisation de travail ou de l'autorisation de séjour**
Art. 36. § 1. Wanneer de gewestelijke overheid overeenkomstig de reglementering inzake de tewerkstelling van onderdanen van derde landen een einde maakt aan de toelating tot arbeid van de onderdaan van een derde land, stuurt ze haar beslissing naar de Minister of zijn gemachtigde. De Minister of zijn gemachtigde betekent de beslissing aan de onderdaan van een derde land en aan de werkgever.	**Art. 36. § 1er.** Lorsque l'autorité régionale met fin à l'autorisation de travail du ressortissant d'un pays tiers conformément à la réglementation en matière d'occupation de ressortissants de pays tiers, elle transmet sa décision au Ministre ou à son délégué. Le Ministre ou son délégué notifie la décision au ressortissant d'un pays tiers et à l'employeur.
§ 2. Indien de onderdaan van een derde land niet meer toegelaten is tot arbeid , eindigt zijn verblijf negentig dagen na het einde van de toelating tot arbeid van rechtswege, en dit onverminderd de bevoegdheid van de Minister, of zijn gemachtigde, om overeenkomstig de wetgeving inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen een einde te maken aan het verblijf. Indien er gedurende deze periode geen einde wordt gemaakt aan het verblijf wordt de onderdaan van een derde land in het bezit gesteld van een voorlopig verblijfsdocument Indien een aanvraag tot vernieuwing wordt ingediend, verlengt de Minister of zijn gemachtigde op verzoek van de bevoegde gewestelijke overheid, in uitzonderlijke omstandigheden die verbonden zijn met het onderzoek van de redenen die betrekking hebben op het werk, de geldigheid van dit verblijfsdocument.	§ 2. Lorsque le ressortissant d'un pays tiers n'est plus autorisé à travailler, son séjour prend fin de plein droit nonante jours après la fin de l'autorisation de travailler, sans préjudice de la faculté du Ministre ou de son délégué, de mettre fin au séjour conformément à la législation relative à l'accès au territoire, au séjour, à l'établissement et à l'éloignement des étrangers. S'il n'est pas mis fin au séjour durant cette période, le ressortissant de pays tiers est mis en possession d'un document de séjour provisoire. En cas de demande de renouvellement, le Ministre ou son délégué proroge, sur demande de l'autorité régionale compétente, la validité de ce document de séjour dans des circonstances exceptionnelles liées à l'examen des motifs relatifs au travail.
§ 3. . Wanneer de Minister of zijn gemachtigde een einde maakt aan het verblijf van de onderdaan van een derde land, brengt hij de bevoegde gewestelijke overheid daarvan op de hoogte en betekent hij zijn beslissing aan de onderdaan van een derde land.	§ 3. Lorsque le Ministre ou son délégué met fin au séjour du ressortissant d'un pays tiers, il en informe l'autorité régionale compétente et notifie sa décision au ressortissant d'un pays tiers.
De toelating tot arbeid vervalt van rechtswege bij een beslissing van beëindiging van het verblijf.	L'autorisation de travail expire de plein droit lors d'une décision de fin de séjour.
Afdeling 6. Rechtsmiddelen	**Section 6 – Voies de recours**
Art. 37. De aanvrager kan een beroep indienentegen de beslissing van de gewestelijke overheid inzake : 1° de ontvankelijkheid van de aanvraag,	**Art. 37.** Le demandeur peut introduire un recours, contre une décision des autorités régionales en matière de : 1° recevabilité de la demande, conformément à

overeenkomstig artikel 14 van de gecoördineerde wetten op de Raad van State van 12 januari 1973;	l'article 14 des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat du 12 janvier 1973 ;
2° de weigering van de gecombineerde vergunning om reden van weigering van de toelating tot arbeid, overeenkomstig de bepalingen van de regionale wetgeving;	2° refus du permis unique pour des raisons de refus) de l'autorisation de travail conformément aux dispositions de la législation régionale ;
3°de weigering van de vernieuwing van de gecombineerde vergunning om redenen van weigering van de vernieuwing van de toelating tot arbeid, overeenkomstig de bepalingen van de regionale wetgeving. 4° de intrekking van de toelating tot arbeid overeenkomstig de bepalingen van de regionale wetgeving.	3° refus du renouvellement du permis unique pour des raisons de refus de renouvellement de l'autorisation de travail conformément aux dispositions de la législation régionale ; 4° retrait d'autorisation de travail conformément aux dispositions de la législation régionale ;
De gewestelijke overheid brengt de Minister of zijn gemachtigde op de hoogte wanneer een beroep wordt ingediend.	L'autorité régionale informe le Ministre ou son délégué de l'introduction de tout recours.
Indien de bestreden beslissing hervormd wordt, stuurt de gewestelijke overheid de nieuwe beslissing onmiddellijk naar de Minister of zijn gemachtigde, opdat deze beslist over het verblijf overeenkomstig de toepasselijke bepalingen van de wetgeving inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen.	Si la décision entreprise est réformée, l'autorité régionale transmet immédiatement la nouvelle décision au Ministre ou son délégué afin qu'il statue sur le séjour conformément aux dispositions applicables de la législation relative à l'accès au territoire, au séjour, à l'établissement et à l'éloignement des étrangers.
Indien de beslissing nietig wordt verklaard door de Raad van State en de beslissing van de gewestelijke overheid positief is, stuurt ze de beslissing onmiddellijk naar de Minister of zijn gemachtigde, opdat deze beslist over het verblijf overeenkomstig de toepasselijke bepalingen van de wetgeving inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen.	Si la décision est annulée par le Conseil d'Etat et que la décision de l'autorité régionale est positive, elle la transmet immédiatement au Ministre ou à son délégué afin qu'il statue sur le séjour conformément aux dispositions applicables de la législation relative à l'accès au territoire, au séjour, à l'établissement et à l'éloignement des étrangers.
Art. 38. De onderdaan van een derde land kan een beroep indienen, overeenkomstig de wetgeving inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen, tegen de beslissingen van de Minister of zijn gemachtigde inzake:	**Art. 38.** Le ressortissant d'un pays tiers peut introduire un recours, conformément à la législation relative à l'accès au territoire, au séjour, à l'établissement et à l'éloignement des étrangers, contre les décisions du Ministre ou son délégué en matière de :
1° de weigering van de gecombineerde vergunning om reden van weigering van het verblijf;	1° refus du permis unique pour des raisons de refus de séjour ;
2° de weigering van de vernieuwing van de gecombineerde vergunning om redenen van weigering van de vernieuwing van de machtiging tot verblijf ; 3° de intrekking van de gecombineerde vergunning.	2° refus de renouvellement du permis unique pour des raisons de refus de renouvellement de l'autorisation de séjour ; 3° retrait du permis unique.

De Minister of zijn gemachtigde brengt de bevoegde gewestelijke overheid op de hoogte wanneer een beroep wordt ingediend.	Le Ministre ou son délégué informe l'autorité régionale compétente de l'introduction de tout recours.
Indien er na een nietigverklaring van de beslissing door de Raad voor Vreemdelingenbetwistingen of na het arrest dat door de Raad van State uitgevaardigd werd een positieve beslissing wordt genomen brengt de Minister of zijn gemachtigde de bevoegde gewestelijke overheid daarvan op de hoogte en betekent hij de twee positieve beslissingen overeenkomstig artikel 33 aan de onderdaan van een derde land.	En cas de décision positive suite à une annulation de la décision par le Conseil du Contentieux des Etrangers ou suite à l'arrêt rendu par le Conseil d'Etat, le Ministre ou son délégué en informe l'autorité régionale compétente et notifie au ressortissant d'un pays tiers les deux décisions positives conformément à l'article 33.
HOOFDSTUK V. Transversale bepalingen.	**CHAPITRE V. Dispositions transversales**
Afdeling 1. Circulatie en overdracht van de dossiers tussen de diensten	**Section 1re. Circulation et transfert des dossiers entre les administrations**
Art. 39. In afwachting van de creatie van het elektronisch platform overeenkomstig artikel40, maakt de gewestelijke overheid het volledige dossier evenals en de door haar genomen beslissingen bij gewone brief, per drager, per fax of via elektronische weg aan de Minister of zijn gemachtigde.	**Art. 39.** Dans l'attente de la création de la plate-forme électronique visée à l'article 40, l'autorité régionale transmet le dossier complet et les décisions qu'elle prend par pli ordinaire, par porteur, par télécopie ou par courrier électronique au Ministre ou son délégué.
De gewestelijke overheid wordt bij gewone brief, per fax of via elektronische weg op de hoogte gebracht van de door de inister of zijn gemachtigde genomen beslissing.	L'autorité régionale est informée de la décision prise par le Ministre ou son délégué par pli ordinaire, par télécopie ou par courrier électronique.
Bij elke uitwisseling van inlichtingen of documenten wordt de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens gerespecteerd.	Tout échange d'informations ou de documents se fait dans le respect de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel.
Afdeling 2. Elektronisch platform	**Section 2. Plate-forme électronique**
Art. 40. De partijen verbinden zich ertoe om een gemeenschappelijk elektronisch platform te creëren dat het mogelijk maakt om gegevens en documenten op elektronische wijze te verzamelen en uit te wisselen tussen de diensten die bevoegd zijn voor de behandeling van de aanvragen voor een gecombineerde vergunning.	**Art. 40.** Les parties s'engagent à créer une plate-forme électronique commune permettant la collecte et l'échange électronique de données et de documents entre administrations compétentes pour le traitement des demandes de permis unique.
De partijen preciseren bij uitvoerend samenwerkingsakkoord de nadere regels voor het gebruik van dit platform.	Les parties précisent, les modalités d'utilisation de cette plateforme par accord de coopération d'exécution.
Afdeling 3. Verdeling van de kosten	**Section 3. Répartition des coûts**
Art. 41. De partijen zullen, elk binnen hun bevoegdheid, de nodige maatregelen nemen en middelen vrijmaken om de taken die hen zijn	**Art. 41.** Les parties dégageront, chacune dans le cadre de leurs compétences, les mesures et les moyens nécessaires à l'exécution des

toegewezen uit te voeren.	tâches qui leur ont été confiées.
Met behulp van een uitvoerend samenwerkingsakkoord preciseren de partijen de sleutel voor de verdeling van de éénmalige kost met betrekking tot het aanmaken van de titels die gelijktijdig de verblijfsvergunning en de arbeidsvergunning zijn.	Les parties précisent, par voie d'accord de coopération d'exécution, la clé de répartition d'un coût unique relatif à la fabrication des titres constituant à la fois le permis de séjour et le permis de travail.
Afdeling 4. – Coherentie van de wetgevende en reglementaire normen van de verschillende regeringen – Voorafgaande formaliteiten die tijdens latere wijzigingen van de geldende normen noodzakelijk zijn	**Section 4 - Cohérence des normes législatives et réglementaires des différents gouvernements - Formalités préalables nécessaires lors de modifications ultérieures des normes en vigueur**
Art. 42. De inisters, de Leden van de gewestregeringen of van de Duitstalige Gemeenschap, brengen elke partij van dit akkoord, ieder wat hen betreft, op de hoogte , van alle voorontwerpen van wet, van decreet of ordonnantie of van alle ontwerpen van reglementaire besluit, wanneer deze ontwerpen binnen het toepassingsgebied van dit samenwerkingsakkoord vallen en/of een impact hebben op de toepassing van dit akkoord.	**Art. 42.** Les Ministres, les Membres des gouvernements régionaux ou de la Communauté germanophone, chacun pour ce qui le concerne, informent chaque partie à cet accord, de tous avant-projets de loi, de décret, d'ordonnance ou de projets d'arrêtés réglementaires lorsque ces projets entrent dans le champ d'application de cet accord de coopération et/ou ont un impact sur sa mise en œuvre.
Art. 43. De partijen verbinden zich ertoe om een werkgroep op te richten waarin de bestuursoverheden die bevoegd zijn voor het verblijf en de tewerkstelling van buitenlandse werknemers vertegenwoordigd zijn. Rekening houdend met de bevoegdheden van de verschillende federale, gewestelijke en communautaire overheden houdt de werkgroep zich bezig met de praktische modaliteiten die betrekking hebben op de algemene coördinatie van de wettelijke en reglementaire bepalingen die in het kader van dit akkoord genomen worden. De werkgroep onderzoekt elke vraag met betrekking tot de toepassing van dit akkoord. De werkgroep komt regelmatig en op verzoek van een of meerdere van zijn Leden samen.	**Art. 43.** Les parties s'engagent à mettre en place un groupe de travail dans lequel sont représentées les autorités administratives compétentes en matière de séjour et d'occupation de travailleurs étrangers. Compte tenu des compétences des diverses autorités fédérales, régionales et communautaire, le groupe de travail assure les modalités pratiques relatives à la coordination générale des dispositions légales et réglementaires prises dans le cadre du présent accord et examine toute question concernant son application. Le groupe de travail se réunit à intervalles réguliers et à la demande d'un ou plusieurs de ses Membres.
Afdeling 5. - Regeling van de geschillen die het gevolg zijn van de interpretatie of de uitvoering van dit akkoord.	**Section 5. – Règlement des litiges issus de l'interprétation ou de l'exécution de présent accord.**
Art. 44. De geschillen tussen de partijen bij dit akkoord met betrekking tot de interpretatie of de uitvoering van dit samenwerkingsakkoord worden voorgelegd aan een samenwerkingsgerecht, in de zin van artikel	**Art. 44.** Les litiges entre les parties à cet accord concernant l'interprétation et l'exécution de cet accord de coopération sont soumis à une juridiction de coopération au sens de l'article 92bis, § 5, de la loi spéciale.

92bis, § 5, van de bijzondere wet.	
HOOFDSTUK VI. Slotbepalingen	**CHAPITRE VI. Dispositions finales**
Art. 45. Het akkoord wordt afgesloten voor onbepaalde duur en treedt in werking op de dag van publicatie in het Belgisch Staatsblad van de laatste goedkeurende akte uitgaande van de partijen	**Art. 45.** L'accord est conclu pour une durée indéterminée et entre en vigueur le jour de la publication au Moniteur belge du dernier des actes d'assentiment des parties.
Brussel, op xx/xx/2017 in xx exemplaren,	Bruxelles, le xx/xx/2017 en xx exemplaires,
Voor de Federale Staat :	Pour l'Etat fédéral :
De Vice-eersteminister en Minister van Werk, Economie en Consumenten, belast met Buitenlandse Handel,	Le Vice-Premier Ministre et Ministre de l'Emploi, de l'Economie et des Consommateurs, chargé du Commerce extérieur,
K. PEETERS	K. PEETERS
De Vice-eersteminister en Minister van Veiligheid en Binnenlandse Zaken, belast met de Regie der Gebouwen	Le Vice-Premier Ministre et Ministre de la Sécurité et de l'Intérieur, chargé de la Régie des bâtiments
J. JAMBON	J. JAMBON
De Staatssecretaris voor Asiel en Migratie, belast met Administratieve Vereenvoudiging, toegevoegd aan de Minister van Veiligheid en Binnenlandse Zaken,	Le Secrétaire d'Etat à l'Asile et la Migration, chargé de la Simplification administrative, adjoint au Ministre de la Sécurité et de l'Intérieur,
T. FRANCKEN	T. FRANCKEN
Voor het Vlaamse Gewest :	Pour la Région flamande :
De Minister-President van de Vlaamse Regering,	Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,
G. BOURGEOIS	G. BOURGEOIS
De Minister van Werk, Economie, Innovatie en Sport,	Le Ministre de l'Emploi, de l'Economie, de l'Innovation et du Sport,
Ph. MUYTERS	Ph. MUYTERS
Voor het Waalse Gewest :	Pour la Région wallonne :
De Minister-President van de Waalse Regering,	Le Ministre-Président du Gouvernement wallon,
W. BORSUS	W. BORSUS
De Viceminister-President en Minister van Economie, Industrie, Onderzoek, Innovatie, Digitalisering, Werk en Vorming	Le Vice-Président et Ministre de l'Economie, de l'Industrie, de la Recherche, de l'Innovation, du Numérique, de l'Emploi et de la Formation
P-Y. JEHOLET	P-Y. JEHOLET

Voor het Brusselse Hoofdstedelijk Gewest :	Pour la Région de Bruxelles-Capitale :
De Minister-President van de Regering van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest,	Le Ministre-Président du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale,
R. VERVOORT	R. VERVOORT
De Minister belast met Tewerkstelling, Economie, Brandbestrijding en Dringende medische hulp,	Le Ministre chargé de l'Emploi, de l'Economie et de la Lutte contre l'Incendie et l'Aide médicale urgente,
D. GOSUIN	D. GOSUIN
Voor de Duitstalige Gemeenschap :	Pour la Communauté germanophone :
De Minister-President van de Duitstalige Gemeenschap	Le Ministre-Président de la Communauté germanophone
O. PAASCH	O. PAASCH
De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme	La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS	I. WEYKMANS